

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



18. Juni 1983
Jg. 4 Nr. 12

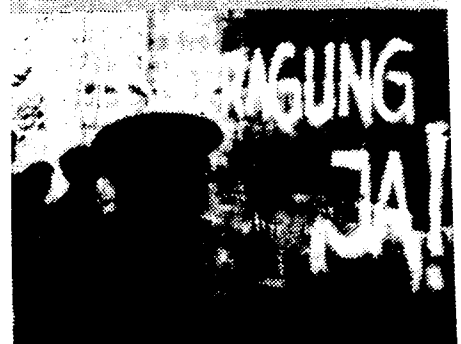
G 7756 D Preis:
2,50



Ausländergesetzgebung: Zimmermann bereitet Zwangsabschiebung alter und kranker Ausländer vor Seite 8



BRD: Westdeutsche imperialistische „Balkanpolitiker“ auf alten Pfaden: Die Wiederbelebung des „Mitteleuropa-Syndroms“ Seite 13



Nachrüstung: Welche Aufgaben stellt die Volksentscheidungskampagne Seite 35

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Großbritannien: Thatchers Mandat gegen die Arbeiter und für imperiale Größe ist durch das Wahlergebnis bekräftigt Seite 3

Die britische Regierung verstärkt die Flottenrüstung für den Einsatz „überall in der Welt“ Seite 4

Rapide Verelendung der ärmeren Arbeiter in den letzten vier Jahren Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

Mehrwertsteuererhöhung: Die Arbeiterbevölkerung soll für ein Hochrüstungs-Programm bluten Seite 7

Türkei-Demonstrationen: Gegen BRD-Türkei, „hilfe“ und Juntaterror Seite 7

Ausländergesetzgebung: Zimmermann bereitet Zwangsabschiebung alter und kranker Ausländer vor Seite 8

Agrarpolitik: Kiechles Vorschlag: ausharren und darben Seite 9

DDR: Agrarpreisreform zwecks Leistungssteigerung ... Seite 9

Abschluß öffentlicher Dienst: Schlimme Auswirkungen auch für die Lohnabhängigen anderer Branchen Seite 10

Niederlande: Wachsender Widerstand gegen Lohnsenkungen Seite 11

Antarktiskonferenz: Imperialisten wollen ihre Ansprüche sichern Seite 12

BRD: Westdeutsche imperialistische „Balkanpolitiker“ auf alten Pfaden: Die Wiederbelebung des „Mitteleuropa-Syndroms“ Seite 13

Nationalsozialistische Balkan-Politik: „Alte Verbindungen — neue Aufgaben“ Seite 14

„Inseln der Marktwirtschaft“ — Kapitalanlagen westdeutscher Kapitalisten in den Balkanstaaten Seite 16

Siedlerumtriebe auf dem Balkan in der Tradition des deutschen Imperialismus Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Sanitärhandwerk: Die Ergebnisse des Streiks im Sanitärhandwerk Hamburg Seite 19

§ 218: Frauenausschüsse gegen Verschärfung Seite 19

Lohnfortzahlung: Drohschrift gegen Ärzte: „Krankschreiben — nur wenn arbeitsunfähig“ Seite 20

Bielefeld: Rationalisierung durch Konzentration Seite 21

HAW: Anrechnung erfolgreich abgewehrt Seite 21

FAG Kugelfischer: Halbierung der Betriebsrente, Umwandlung in Aktiengesellschaft Seite 22

Betriebsrenten abgesichert? Seite 23

Wiederaufarbeitungsanlage: Sicherung des Atomprogramms der BRD Seite 23

17. Juni: Konservative Aktion in Westberlin Seite 23

GEW Niedersachsen: Beschlüsse der Landesvertreerversammlung Seite 24

Nordrhein-Westfalen: KZ-Methoden gegen Obdachlose Seite 24

Kernkraftwerk Wyhl: Ministerpräsident Späths Akzeptanz-Strategie für eine Polizeischlacht um Wyhl. Seite 25

Ministerpräsident Späth und die Philosophie der Versöhnung Seite 26

Stichwort: Kernenergierecht Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

USA: Kapitalisten wollen Tarifbruch vor dem Obersten Gerichtshof absichern lassen Seite 29

Italien: Gesundheitsdienst pleite / DC will Privatisierung Seite 29

Österreich: Deutsch-Nationales auf dem Vormarsch Seite 30

Griechenland: Streikrecht eingeschränkt durch EG-Anpassung Seite 30

Indien: Siemens plant Erweiterung Seite 31

Azania: Front gegen Verfassungsentwurf gebildet Seite 31

Zimbabwe: Einigungsverhandlungen zwischen ZANU und ZAPU Seite 32

Das neue Arbeitsrecht muß gegen den Widerstand der Siedler durchgesetzt werden Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

Bahumutsi Drama Group: Theater im Befreiungskampf des Volkes von Azania Seite 34

Krieg gegen die Russen, Liebschaften im All Seite 34

US-Putsch in Indonesien als „Geheimnis Asiens“ Seite 34

Pfäffische Weltuntergangsstimmung Seite 35

Nachrüstung: Welche Aufgaben stellt die Volksentscheidkampagne Seite 35

Vorschlag für eine Volksentscheidkampagne gegen die „Nachrüstung“ Seite 36

Entwicklung der Zusatzversorgung im öff. Dienst (II) .. Seite 38

Zusatzversorgung: auf 90% gekürzt Seite 38

Finanzlage der Zusatzversicherung Seite 39

Thatchers Mandat gegen die Arbeiter und für imperiale Größe ist durch das Wahlergebnis bekräftigt

Ein reichlich konfuse Bild liefert die Berichterstattung über den Wahlausgang in Großbritannien. Der Wahlerfolg der Regierung Thatcher wird einerseits nur dem britischen Mehrheitswahlrecht zugeschrieben, andererseits wird behauptet, sie habe einen „erd-rutschartigen Sieg“ errungen.

Über 397 Sitze wird die Regierung Thatcher für die nächsten fünf Jahre im Unterhaus verfügen, 58 mehr als bisher. Alle Oppositionsparteien zusammen haben 253 Sitze statt bisher 295. Bei einer gesunkenen Wahlbeteili-

London hat die Labour-Partei in Südenland fast alle Sitze und mehr als 60% der Stimmen verloren. In den Wohngebieten der Angestellten außerhalb der Großstädte hat Labour entsprechend verloren, während der Rückgang in den Arbeiterwohngebieten der Innenstädte geringer war. Verloren hat Labour aber auch Stimmen der Arbeitslosen.

Die Isolierung der Industriearbeiterschaft erwächst vor allem aus dem Erfolg der Bourgeoisie, die zahlenmäßig wachsende Gruppe von Angestellten

öffentlichen Dienst gegen die immer weiter sinkenden Löhne. Zögernd schlossen sich 1978 die Gewerkschaften der Angestellten im öffentlichen Dienst an.

Die Streikbewegung gegen die Niedrigstlöhne in Krankenhäusern, bei der Müllabfuhr, in den Schreibbüros setzte mehr als eine Million Arbeiter in Bewegung – die größte Arbeitergruppe, für die ein einheitlicher Tarifvertrag ausgehandelt wurde. Mit einer beispiellosen Hetze ging die Bourgeoisie gegen den Streik vor. Die Streikenden wurden isoliert. Mit dem Argument, eine Fortdauer des Streiks würde das Ende der Labour-Regierung und den Machtantritt der Konservativen bedeuten, beendete die Gewerkschaftsführung den Kampf nach mehreren Monaten mit einer klaren Niederlage.

Wenige Monate später – im Mai 1979 – kam tatsächlich eine konservative Regierung an die Macht. Die Labour-Partei verlor zwar Sitze, hielt aber die Stimmenzahl von 11,5 Mio. Margaret Thatcher wurde Premierministerin, die Konservativen hatten ihren Stimmenanteil von 10,4 Millionen 1974 auf 13,7 Millionen ausgebaut.

Im ersten Jahr der Regierung Thatcher glaubte die Gewerkschaftsbewegung, sie ähnlich wie Heath durch eine massive Streikbewegung aus der Regierung verjagen zu können. Als schließlich die Stahlarbeiter gegen ein 2%-Angebot 1980 in den Streik traten, erklärte der Vorsitzende der Stahlarbeitergewerkschaft noch, die Politik dieser Regierung könnte zu einem Generalstreik führen. Aber nach 14 Wochen Streik in allen Stahlwerken verloren die Arbeiter den Kampf. Die Streikenden waren isoliert, und die vorausgegangene Niederlage der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst hatte den entsprechenden Druck auf die Löhne der einfachen Arbeiter in der Industrie erzeugt. Die Kapitalisten konnten ab 1980 die Löhne drastisch senken.

Die Regierung Thatcher war schnell bei der Hand, ihre geplanten Anti-Gewerkschaftsgesetze, wenn auch vorsichtig, in die Tat umzusetzen. Die Kürzungen von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld traten in Kraft.

Im März 1981 trat eine Gruppe von Abgeordneten der Labour-Partei aus der Partei aus und gründete die „Social Democratic Party“, erklärterweise nach dem Vorbild der westdeutschen Regierungssozialdemokratie. Schon wenig später bildeten sie mit der alten Liberalen Partei eine Allianz.



Noch schärfere Antistreikgesetze stehen auf dem Programm der neuen Regierung.

gung (72,7% nach 76% 1979) erhielt die Konservative Partei 12,99 Mio. Stimmen, etwa 5% weniger als 1979, als sie 13,697 Mio. bekam, die Labour-Partei 8,43 Mio. Stimmen, das sind 27% weniger als 1979 (11,5 Mio.). Die Allianz aus der rechten Labour-Ab-spaltung SDP und der Liberalen Partei dagegen kam auf 7,78 Mio. Stimmen, das sind 80% mehr, als die Liberale Partei 1979 allein verbuchen konnte.

Obwohl die Konservative Partei Stimmen verlor, konnte die britische Bourgeoisie das Wahlergebnis von ganzem Herzen bejubeln. Es bestätigte eine politische Entwicklung, an der sie seit mehr als zehn Jahren arbeitet: die Isolierung der Gewerkschaftsbewegung und damit der Industriearbeiter.

Nach den ersten Analysen des Wahlausgangs ist die Labour-Partei jetzt regional und sozial auf ihre eigentliche Basis – den Kern der Gewerkschaftsbewegung – reduziert. Außerhalb

und Beamten, also die neuen Mittelklassen, die in den Wahlen 1966 bis 1974 zunehmend die Labour-Partei unterstützten und deren gewerkschaftliche Organisierung Anfang der siebziger Jahre sprunghaft anstieg, von dieser abzuspalten. Die Methode war – neben einer gezielten Förderung gut verdienender Gruppen durch Steuererleichterungen – vor allem das brutale Niederhalten der ärmsten Arbeiter und ihrer Gewerkschaften.

In den fünf Jahren nach dem Sturz des konservativen Premierministers Heath 1973 durch eine große Streikbewegung konnte die Labour-Regierung unter Wilson und später Callaghan drastische Lohnleitlinien gegen die Gewerkschaften durchsetzen. Die Gewerkschaften hofften, sich mit Wohlverhalten politische Zugeständnisse erkaufen zu können. Aber die Rechnung ging nicht auf. 1977 streikten die Feuerwehrleute, 1978 fast alle Arbeiter im

Die britische Regierung verstärkt die Flottenrüstung für den Einsatz „überall in der Welt“

Die britischen Imperialisten haben den Krieg gegen Argentinien zur Rückeroberung der Malwinen nicht nur benutzt, um sich einen starken Stützpunkt außerhalb des NATO-Gebietes auch in Zukunft zu sichern. Sie haben damit auch kaltblütig einen Test durchgeführt, welche Art der Streitkräfte und der Bewaffnung am tauglichsten ist, ihre Interessen überall, wo sie in Übersee Kapital angelegt haben, militärisch zu schützen.

Diese ausländischen Interessen der britischen Kapitalisten sind in den letzten Jahren erneut gewaltig gewachsen. Der Nettobestand dieser britischen Direktinvestitionen betrug 1970 bereits 8950 Mio. Pfund. Die britischen Kapitalisten hielten damit die zweitgrößte Kapitalmasse im Ausland nach den USA. In dem Jahrzehnt bis 1970 hatten sie pro Jahr unter einer, meist weniger als eine halbe Milliard Pfund zusätzlicher Direktinvestitionen dazugehäuft. Seit 1977 explodierten ihre Auslandsinvestitionen. In ihrem Traumjahr 1981 schafften die britischen Kapitalisten über fünf Milliarden Pfund Direktinvestitionen ins Ausland. Bis 1982 erreichten sie so gegenüber 1970 fast eine Vervierfachung ihres Auslandsvermögens (Angaben ohne Ölgesellschaften). Dieses gewaltige Kapital von rund 32,78 Milliarden Pfund (149,43 Mill. DM) im Ausland, das noch immer rund eineinhalbmal so groß ist wie das der westdeutschen Konkurrenz, treibt sich in der ganzen Welt herum. Der in den Entwicklungsländern angelegte Teil übersteigt noch immer den Teil in den EG-Staaten.

Entsprechend diesen Interessen und ihrer Demonstration im Malwinenkrieg erklärte Verteidigungsminister Nott in dem Ende 1982 vorgelegten Weißbuch der britischen Regierung, daß „das Vereinigte Königreich mobile Kräfte aus Heer, Marine und Luftwaffe benötigt, die überall in der Welt eingesetzt werden können“. Insbesondere die Lieferanten von Flottenausrüstung und Schiffen werden ihren Schnitt machen. Der Verkauf des Flugzeugträgers *Invisible* an Australien wird rückgängig gemacht. Die Marine soll zwei weitere Flugzeugträger erhalten. Zwei sollen ständig einsatzbereit sein. Sie sollen mit Frühwarnhubschraubern mit weitreichendem Radar ausgestattet werden. Mindestens drei der neuen Fregatten sollen mit 4,5-Zoll-Schnellfeuerkanonen ausgerüstet werden, um Ziele an der Küste vom Schiff aus

zu beschießen. Zwei Landungsschiffe sollen nicht verschrottet, sondern weiter verwendet werden. Die Versetzung von vier Zerstörern bzw. Fregatten in die Reserve unterbleibt. Ihre Gesamtzahl von bisher 59 wird nicht, wie von der Regierung Thatcher noch vor dem Malwinenkrieg geplant, auf 50, sondern vorerst nur auf 55 gesenkt. Umwälzungen wird es im Bau von Handelsschiffen geben. Rund 50 zivile Schiffe waren während des Krieges für die Kriegsmarine requiriert worden, um den Nachschub und den Transport von Mannschaften zu bewältigen. Um die leichtere Verwendung im Krieg zu gewährleisten, sollen neugebaute Handelsschiffe stärkere und durchgehende Decks erhalten wie vor dem zweiten Weltkrieg, um für Flugzeuge bzw. Hubschrauber Landeflächen bieten zu können und auch schweres Gerät zu transportieren. Alle Überwasserschiffe der Marine sollen besser und moderner bewaffnet werden. Schon während des Krieges arbeiteten die Werften auf Hochtouren, um verschiedene Umrüstungen blitzartig vorzunehmen. 200 Mio. Pfund gab die Regierung aus, um Waffen zu verbessern. Darunter fällt die Ausrüstung von Flugzeugen für Luftbetankung und ihre Bestückung mit laser gelenkten Bomben. Das Waffengeschäft blüht. Die britische Regierung stockt ihre Munitionsvorräte auf, die teilweise in dem knapp zweieinhalb Monate dauernden Malwinenkrieg bedenklich zur Neige gingen. Allein 500 Mio. Pfund will die Regierung für Streubomben ausgeben, um Startbahnen gegnerischer Flugplätze zu zerstören. Die Rüstungsfirma Rascal Electronics hat in Hongkong ein neues Werk für Marineelektronik gegründet.

In Zukunft soll auch nicht an Munition für die Ausbildung der Soldaten gespart werden. Die Beschränkungen für den Verbrauch von Treibstoff wurden aufgehoben. Die „Bravour unseres Volkes“, wie sich Admiral Fieldinghouse ausdrückte, soll angeheizt werden. Auf Qualität des Kanonenfutters wird wieder geachtet. Genüßlich wählen die Militärs aus den zahlreicher werdenden Bewerbern, die ihnen die Kapitalisten durch Massenarbeitslosigkeit zutreiben, diejenigen mit der besten körperlichen Verfassung aus und überprüfen ihre Eignung während der Ausbildungszeit.

Quellenhinweis: Europäische Wehrkunde 9/82 bis 5/83; British business, 13.5. 1983

Hauptpunkt ihres Programms war die Abkehr von der „zerstörenden Teilung des britischen Volkes“, die sich im rechten Konservatismus auf der einen, in den linken Gewerkschaften und der sozialistischen Labour-Partei auf der anderen Seite zeige. Mit dieser Parteigründung war die politische Abspaltung der nichtproletarischen Labour-Wähler parteipolitisch gefaßt.

Der Krieg gegen Argentinien verhalf der Reaktion zu weiteren Gewinnen gegen die Arbeiterbewegung. Nahezu geschlossen beteiligten sich Gewerkschaften und Labour-Spitze an der Kriegseuphorie. Jetzt, knapp zwölf Monate



Streikende Krankenhausbeschäftigte 1977/78. Ihre Niederlage leitete Thatchers Erfolge gegen die Gewerkschaften ein.

später, erklärte die Labour-Partei, Thatcher würde Leid und Elend für die Lohnabhängigen bedeuten, sie würde einen Kurs der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung steuern. Wie kann die Labour-Partei glaubwürdig sein, wenn dieselbe Partei den *konkreten* Krieg unterstützt hat?

Der Malwinen-Krieg diente auf der anderen Seite der Reaktion dazu, ihre Basis zu festigen. Diejenigen, die nach diesem Krieg Thatcher gewählt haben, wußten genau, mit wem sie es zu tun hatten, was die Ziele dieser Regierung sind, und welche Mittel sie anwenden will. Dafür immerhin 13 Mio. Wählerstimmen erhalten zu haben – das ist der eigentliche Erfolg dieser Wahl.

Die Konservative Partei zerstöre unsere Industrie, erklärte die Labour-Partei im Wahlkampf – die Industrieproduktion sei auf einem niedrigeren Niveau als 1975. Na und, antwortete die Zeitung „Economist“, aber die Einnahmen aus unseren Kapitalanlagen sind kräftig gestiegen. Die Investitionen in der verarbeitenden Industrie sind um 36% gefallen, klagte Labour – aber 35,4 Mrd. Pfund wurden in vier Jahren im Ausland angelegt.

Mit dieser Basis und gegenüber der isolierten Arbeiterschaft hat Margaret

Thatcher keine Mühe, ganz offen ein stockreaktionäres Programm für die nächsten fünf Jahre anzukündigen. Daß die Todesstrafe mit ziemlicher Sicherheit wieder eingeführt wird, bemerken die Zeitungen am Rande. Hauptpunkte des Programms sind:

- weitere Beschränkungen der Gewerkschaftsrechte, vor allem die Einschränkung der Parteimitgliedschaft vermittelt Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Finanzierung der Partei; genaue Vorschriften für die Wahl von Gewerkschaftsfunktionären und die Einschränkung des Streikrechts durch die Zwangsverpflichtung auf eine vorhergehende Urabstimmung;

- die Reform des gerade reformierten Rentensystems – was eine Rentensenkung bedeutet – sowie weitere „Korrekturen“ an Arbeitslosengeld und Sozialhilfe;

- ein neues Polizeigesetz mit erweiterten Vollmachten für die Polizei,

Hausdurchsuchungen, Straßendurchsuchungen usw. vorzunehmen;

- der Ausbau der Atombewaffnung durch Ankauf neuer Polaris-Atomraketen und die feste Entschlossenheit, überall dort auf der Welt, wo der britische Imperialismus noch Stützpunkte hat, diese zu behalten;

- dazu kommt die Absicht, Banken und Spekulanten weitere Staatsunternehmen billigst zu verkaufen.

Das Programm ist gleichzeitig ein Programm für neue britische Größe im Weltmaßstab. Nicht zufällig macht Thatcher ihren Vertrauten Howe zum neuen Außenminister. Nur mit *einem* lachenden Auge konnten deshalb die westdeutschen Imperialisten diesen Wahlsieg Margaret Thatchers betrachten. Der britische Imperialismus gibt sich nicht mit einem zweiten Platz in Europa zufrieden, und in diesem Kampf bringt Thatcher von den großen Auslandsanlagen, den Vorteilen der Kolonialvergangenheit bis zur eige-

nen Atombewaffnung alle Vorteile ein, die der britische Imperialismus hat. Das wird sich schon bei dem EG-Gipfel in Stuttgart zeigen.

An einer entscheidenden Stelle jedoch wurde der britischen Bourgeoisie die Freude am Wahlergebnis vergällt. Sinn Fein, wie sie sagen, der „politische Arm“ der IRA, erhielt 103 000 Stimmen. Gerry Adams, von der britischen Armee als IRA-Stabschef in Belfast bezeichnet, wurde ins britische Parlament gewählt. Gegen diesen Mann hatte die Regierung vor wenigen Wochen ein Aufenthaltsverbot auf dem britischen Festland erlassen, das sie jetzt aufheben mußte. Adams wird seinen Sitz nicht einnehmen, weil Sinn Fein die britische Herrschaft über Nordirland nicht anerkennt. Dieses Wahlergebnis ist ein heftiger Schlag gegen Großbritanniens Kolonialpolitik.

Quellenhinweis: Times, Sunday Times, Observer, Economist, Sunday Telegraph, alle 10.–12. Juni 1983; BBC-Nachrichten; Socialist Worker, verschiedene Ausgaben

Rapide Verelendung der ärmeren Arbeiter in den letzten vier Jahren

Während die Regierung Thatcher Erfolge bei der Einkommenserhöhung von Firmendirektoren und leitenden Angestellten nachweisen kann – vor allem durch eine Steuerreform zu ihren Gunsten – entwickelte sich die Verelendung der schlechtest bezahlten Arbeiter, Arbeitslosen und Rentner rapide. Mehr als sieben Millionen Briten waren Ende 1982 Sozialhilfeempfänger, 12,5% der Bevölkerung und etwa 60% mehr als 1979, als Margaret Thatchers Regierung an die Macht kam. Die tatsächliche Verelendung spiegeln diese Zahlen nur unvollkommen wieder – denn die Sozialhilfesätze betragen zur Zeit 41,70 Pfund für ein verheiratetes Paar pro Woche (etwa 670 DM im Monat), 25,70 Pfund für Alleinstehende (410 DM im Monat) und 20,55 Pfund für Alleinstehende ohne eigenen Haushalt (331 DM im Monat). Verschiedene Hilfsorganisationen, wie die Aktionsgruppe gegen Kinderelend, setzen die Armutsgrenze 40% über dem Sozialhilfesatz an. So gerechnet, verdoppelt sich die Zahl derjenigen unter der Armutsgrenze fast. Bei diesen Zahlen muß man bedenken, daß die Preise in Großbritannien keineswegs niedrig sind. Nach der offiziellen Statistik des Arbeitsministeriums kosteten im März zwei Pfund Weißbrot 1,80 DM, ein Pfund Schweinefleisch 5,80 DM, ein Ei etwa 21 Pfennig.

Bei den sieben Millionen Sozialhilfeempfängern sind Arbeitslose, die (im ersten Jahr) Arbeitslosengeld er-

halten, noch nicht einmal enthalten. Dafür aber mehr als 155 000 Arbeiter, die wohl Arbeit, aber einen so niedrigen Lohn haben, daß sie einen besonderen Sozialhilfefzuschuß beantragen können. Ihre Zahl hat sich in den letzten drei Jahren verdoppelt.

Die offizielle Arbeitslosenzahl beträgt jetzt 3,172 Millionen oder 13,6% der Beschäftigten. Die tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt nach Angaben des gewerkschaftlichen „Labour Research Departement“ bei fünf Millionen, wenn die arbeitslosen Schulabgänger in Trainingskursen, Leute, die kein Arbeitslosengeld beantragen und Arbeitslose über 60 (die laut der offiziellen Statistik nicht mehr als arbeitslos gelten) eingerechnet werden. In Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit erreicht sie

jetzt 26,4% (Nordirland), 21,5% (Nordengland), 20,6% (Wales). Die Jugendarbeitslosigkeit in den „schwarzen Stadtteilen“ Londons wie z.B. Brixton wird auf über 50% geschätzt.

Das Arbeitslosengeld beträgt für die ersten zwölf Monate 25 Pfund in der Woche (400 DM im Monat) für Ledige, 40,45 Pfund für Ehepaare (650 DM). Im letzten Jahr schaffte die Regierung Thatcher einen *einkommensbezogenen* Teil des Arbeitslosengeldes ab, der z.B. 1980 durchschnittlich 16 Pfund in der Woche (260 DM im Monat) *zusätzlich* bei männlichen Arbeitslosen ausmachte und heute noch wesentlich höher wäre. Im Juli 1982 führte die Regierung die *Besteuerung des Arbeitslosengeldes* ein, die sich vor allem bei der Steuerrückzahlung auswirkt.

Quellenhinweis: Labour Research, Mai 1983, Economist, 4. Juni 1983; Employment Gazette, April 1983



Schlange im britischen Arbeitsamt, wo die Arbeitslosen mindestens vierzehntäglich unterschreiben müssen, daß sie noch arbeitslos sind.

Kampagne für Volksbefragung gegen Atomwaffen

Eine vom Bonner Koordinierungsausschuß einberufene Versammlung zahlreicher Friedensgruppen und politischer Organisationen faßte am 12.6. den Beschluß, eine Kampagne für Volksbefragung gegen Atomwaffen einzuleiten. Vorausgegangen war eine mehrwöchige Debatte über die Forderung nach Volksbefragung bzw. Volksentscheid gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles, in der mehr und mehr Gruppen, Organisationen, gewerkschaftliche Körperschaften und Einzelpersonen sich diese Forderung zu eigen machten. So hatte u.a. die Bundesversammlung der GRÜNEN am 5.6. die Bundestagsfraktion beauftragt, den Antrag auf Volksbefragung ins Parlament einzubringen. Das Parlament wird also gezwungen sein, sich zur Forderung nach Volksbefragung zu verhalten. Das ist gut und eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung der Volksbefra-

gungs-Kampagne. Ob und wie weit der Bundestag beeindruckt werden kann, hängt indes von der Entwicklung der Kampagne selbst ab. Eines läßt sich mit Sicherheit sagen: Wenn es nicht gelingt, die Gewerkschaften auf die Unterstützung der Kampagne festzulegen, wird sie nicht sehr viel ausrichten. Allerdings — die verschiedenen diesjährigen Gewerkschaftstage und ihre Vorbereitung bieten ausgezeichnete Gelegenheit, die Forderung nach Volksbefragung gegen die Stationierung zu verbreiten. Trotz allem Wenn und Aber der DGB-Gewerkschaften sollte nicht vergessen werden, daß die Beschlüsse mehrerer Gewerkschaftstage 1980 gegen die Stationierung der Entstehung der Friedensbewegung vorausgingen und diese Entstehung förderten (zu einigen Problemen s. auch S. 35ff). — Im folgenden das auf der Konferenz am 12.6. in Hannover beschlossene Dokument:

Atomwaffen — Nein! Volksbefragung — Ja! Der atomaren Bedrohung widerstehen!

Wenn es nach dem Willen der Bundesregierung geht, dann sollen ab Ende dieses Jahres 108 Pershing-II-Raketen und ein Teil der 472 Cruise Missiles in unserem Land stationiert werden. Diese neuartigen Atomwaffen bringen nicht mehr, sondern weniger Sicherheit. Die Bundesrepublik wird sowohl Starttrappe als auch Zielscheibe für den Atomkrieg. Das kann zum Ausbruch eines atomaren III. Weltkrieges führen, der die Existenz der gesamten Menschheit gefährdet.

Die neuen Atomwaffen sind für einen atomaren Erstschatz gegen die Sowjetunion geeignet. Im Falle der Stationierung muß damit gerechnet werden, daß vergleichbare Raketen in den osteuropäischen Ländern stationiert werden. Die beiden deutschen Staaten drohen ein atomares Schlachtfeld zu werden.

Die Bundesregierung behauptet, die neuen Atomwaffen sollen uns schützen. Was ist das für ein Schutz, wenn mit der Stationierung die Gefahr eines Atomkrieges größer wird? Wo bleibt die Sicherheit, wenn bei dem Einsatz dieser Atomwaffen unser Land der vollständigen Vernichtung preisgegeben und Europa zu einer unbewohnbaren Wüste wird? Die Bundesregierung versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob in Genf ernsthaft verhandelt wird. Trotz der Genfer Verhandlungen gehen die Vorbereitungen für die Stationierung und die Produktion der neuen Raketen weiter. Nach allen Erfahrungen der letzten 30 Jahre mit sogenannten „Abrüstungsverhandlungen“ ist ein berechtigtes Mißtrauen angebracht, daß die Regierungen auf diesem Wege die Atomwaffen abschaffen werden. Gegen die atomare Bedrohung ist deshalb ein weltweiter Widerstand der Völker notwendig.

Alle Meinungsumfragen zeigen, daß die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Stationierung neuer Atomwaffen ist. In zahlreichen Appellen, Demonstrationen und anderen Formen des Protestes haben bereits Millionen Menschen ihre Ablehnung gegen neue Atomwaffen zum

Ausdruck gebracht. Die Bundesregierung hat deshalb kein Mandat und keine Legitimation, gegen den Willen eines großen Teils unserer Bevölkerung der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zuzustimmen. In dieser existenziellen Frage muß der Wille der Bevölkerung mehr gelten als die militärischen Pläne einiger Politiker.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung, über die geplante Stationierung von neuen Atomwaffen eine Volksbefragung durchzuführen.

Die Volksbefragung muß auf der unmißverständlichen und klaren Fragestellung beruhen:

„Ich lehne die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missiles) auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland ab. Ich fordere die Bundesregierung auf, eine Volksbefragung über die Stationierung neuer Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen.“

Wir rufen alle Bundesbürger/innen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, des Berufs oder der Religion auf, der Gefahr eines Atomkrieges entgegenzutreten. Unser Ziel ist ein atomwaffenfreies Europa sowie ein weltweites Verbot für alle atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen. Fangen wir durch die Verhinderung der Stationierung neuer Atomwaffen bei uns damit an!

Unterstützt die Kampagne für eine Volksbefragung gegen diese neuen Atomwaffen! Wir fordern alle Kräfte der Friedensbewegung und den Koordinationsausschuß auf, mit uns gemeinsam eine breite Kampagne für diese Volksbefragung durchzuführen.

Auskunft und Materialien sind zu erhalten bei: Koordinierungsausschuß „Volksbefragung“ Estermannstr. 179, 5300 Bonn 1

Westdeutsche Panzer in aller Welt

Die Bundesregierung ließ lancieren, die Regierung Saudi-Arabiens hätte ihren Wunsch nach westdeutschen Panzern erneuert. Was für ein Milliarden-geschäft für Krauss-Maffei und andere! Zudem wer sorgt für die Ausbildung am „Leopard“? Westdeutsche Ausbilder! Bundeswehroffiziere bei der saudischen Armee, eine Position, wie sie der deutsche Imperialismus in seiner Geschichte im Nahen Osten noch nie hatte — aber kommt das Panzergeschäft auch zustande? Das „Handelsblatt“ ist eher skeptisch und verweist auf die Interessen der BRD in Israel. So mag sein, daß die Debatte um die Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien wie bereits mehrmals andere, aber deshalb durchaus nicht weniger beachtliche Ergebnisse zeitigt. Zur Erinnerung: 1980 bot Helmut Schmidt der saudischen Regierung die Lieferung von 300 Leopard II-Panzern an — wohl wissend, daß die damals bestehende Durchführungsbestimmung für das Kriegswaffenkontrollgesetzes, den Export von Kriegswaffen in „Spannungsgebiete“ untersagte. Das Ergebnis war nicht nur, daß die Regierung Saudi-Arabiens Anfang 1981 sich bereit erklären mußte, westdeutsche Ausbilder und westdeutsches Gerät zur Aufstellung einer „Anti-Terrortruppe“ ins Land zu lassen. Im Mai 1982 — erneute heftige öffentliche Debatte: „Leos in die Wüste?“ — verabschiedete die Bundesregierung schließlich neue „Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“. Seither kann die Bundesregierung ohne vorherige Entscheidung des Parlaments immer dann Waffen liefern lassen, wenn „vitale Interessen“ dafür sprechen. Will Kohl jetzt mit erneuter Panzer-nach-Saudi-Arabien-Debatte das Verbot des Waffenexports in kriegsführende Länder beseitigen? Dafür spräche, daß die Bundesregierung kürzlich auf Anfrage der Grünen westdeutsche Lieferungen von Militärfahrzeugen in den Irak per Dementi zugeben mußte. Der Wortlaut des Dementis: „Geringfügige Abänderungen an handelsüblichen Fahrzeugen, wie zum Beispiel Sonderanstrich, NATO-Anhängerkuppelung ... begründen ... kein militärisches Tatbestandsmerkmal im Sinne der deutschen Ausfuhrliste.“

Mehrwertsteuererhöhung

Die Arbeiterbevölkerung soll für ein Hochrüstungs-Programm bluten

Im Vergleich zu den Äußerungen westdeutscher Politiker zur Ab- und Nachrüstung von Mittelstreckenraketen bei den verschiedenen derzeit stattfindenden NATO- und WEU-Konferenzen finden die gleichzeitig von diesen Konferenzen sowie den Ausschüssen des Bundestages gefaßten Rüstungsbeschlüsse bemerkenswert geringe öffentliche Aufmerksamkeit, obwohl sie zumindest in Umrissen ein Hochrüstungsprogramm der Bundesregierung erkennen lassen, das sich in seiner Bedeutung durchaus mit der Stationierung der Mittelstreckenraketen vergleichen läßt. Im folgenden eine Übersicht, die keineswegs vollständig ist.

– Am 8. Juni stimmte der Verteidigungsausschuß des Bundestages einem U-Boot-Bauprogramm zu, das den westdeutschen Imperialisten die Führung des U-Boot-Krieges auf allen Weltmeeren ermöglicht und somit der BRD, nachdem das Fregattenbau-Programm abgeschlossen ist, künftig eine Seekriegsführung erlaubt, die hinter den Möglichkeiten der deutschen Imperialisten in den beiden Weltkriegen nicht zurücksteht. Sechs U-Boote mit der neuen Typenbezeichnung 211 sollen für schätzungsweise 1,5 Milliarden DM gebaut werden; das erste Boot soll 1991 in Dienst gestellt werden. Bisher besaß die Bundeswehr 24 U-Boote der



„Die NATO ist die stärkste Friedensbewegung“ – Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa Mitte General von Senger und Etterlin (rechts) mit dem französischen „Waffenbruder“ Generalleutnant Fricaud-Chagnaud.

– Der WEU-Konferenz, die am 8. Juni zu Ende ging, lag ein Antrag vor, das für die BRD bestehende Verbot des Baus von Langstreckenbomben, Fernraketen und Lenkwaffen aufzuheben. Eine Beschlußfassung wurde noch einmal vertagt. Auch wenn das Verteidigungsministerium auf Nachfrage bestritt, „Pläne für einen Geheimbomber im Skat zu haben“, und der Antrag bei der WEU vorsichtshalber von einem luxemburgischen Abgeordneten vorgebracht wurde, so ist kaum zu bezweifeln, daß die BRD diese Waffen bauen will. Es sei nur daran erinnert, daß bisher allen Aufhebungen von Rüstungsbeschränkungen, denen die BRD unterlag, nach nur wenigen Jahren der Bau der zuvor untersagten Waffen folgte. So besitzt heute die BRD eine Flotte, die auf allen Weltmeeren operieren kann, nachdem die bei WEU-Beitritt der BRD auferlegten Beschränkungen bei Schiffsgrößen und -typen Zug um Zug beseitigt wurden.

Klasse 205 und 206, die mit einer Größe von 450 tons ausschließlich in Küstengewässern, d.h. in der Ostsee, operieren konnten. Die neuen U-Boote mit etwa 1200 tons sind dagegen hochseefähig. Das Einsatzgebiet soll „vor allem nördlich der Nordsee“ liegen, in den Gewässern, die die sowjetische Nordmeerflotte durchlaufen muß, wenn sie in den Atlantik gelangen will. Dazu hat die NATO den Beschluß aufgehoben, wonach der 60. Breitengrad die nördliche Begrenzung für das Operationsgebiet der westdeutschen Marine war. Zugleich billigte der Verteidigungsausschuß ein Abkommen mit Norwegen, das sechs größere U-Boote mit etwa 1100 tons auf der westdeutschen Thyssen-Werft in Emden bauen läßt. Zu hören war, bei den U-Boot-Verhandlungen mit Norwegen sei die „Berücksichtigung deutscher Interessen an seinen Erdölvorkommen in der Nordsee“ zur Sprache gekommen.

– Obwohl ein beachtlicher Teil der

Tornado-MRCA erst in den nächsten Jahren ausgeliefert werden wird, beklagt der neue Inspekteur Eimler für die *Luftwaffe* eine „zunehmende Überalterung der Waffen“. Noch in diesem Jahr müsse über den „Zukunftsjäger“ beschlossen werden, der die Phantom-Maschinen ersetzen soll. „Völlig unzureichend“, so Eimler, sei der „Objektschutz für alliierte Flughäfen, Hauptquartiere, Depots, Aufmarschgebiete oder wichtige Industrieanlagen“. Dem soll mit der Beschaffung von Patriot-Flugabwehrraketen mit Kosten von voraussichtlich über fünf Mrd. DM abgeholfen werden.

– Für das *Heer* hätte die Debatte um einen neuen Schützenkampfwagen begonnen, der den „Marder“ ablösen soll, meldet die „Europäische Wehrkunde“.

Daß die Arbeiterbevölkerung für dieses Hochrüstungs-Programm bluten und schwitzen soll, steht ebenfalls fest. Zum 1. Juli tritt die Erhöhung der Mehrwertsteuer von bisher 13 auf 14% (bzw. von 6,5 auf 7%) in Kraft. Und noch bevor die steigenden Steuern auf den Konsum der Arbeiterbevölkerung in der Staatskasse klingeln, eröffnet die CDU in der Bild-Zeitung bereits wieder eine Kampagne zur weiteren Erhöhung der Mehrwertsteuer im nächsten Jahr auf 18%.

Wenn jetzt die Butter teurer wird, weiß man aber immerhin, das dient einem patriotischen Zweck.

Quellenhinweis: FAZ, 9.6.83; Süddeutsche Zeitung, 9. u. 10.6.83; Europäische Wehrkunde, 4/83

Türkei-Demonstrationen Gegen BRD-Türkei, „hilfe“ und Juntaterror

Ca. 10000 bis 15000 haben am 11.6.83 in acht Städten der Bundesrepublik gegen die Militärregierung in der Türkei, gegen Hinrichtungen und Folter und für die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei und Türkei-Kurdistan demonstriert. Protestiert wurde gegen die Verfassung in der Türkei, die im letzten Herbst unter Militäraufsicht durchgepeitscht wurde. Bestimmend waren die Forderungen gegen die Türkei, „hilfe“ der Bundesregierung. In mehreren Orten wurde scharf dagegen protestiert, daß sich die Bundeswehr an den NATO-Manövern in Türkisch-Kurdistan beteiligt hatte, als die türkische Armee in den Irak vordrang, um die Kurden zu verfolgen. (s. auch Pol. Ber. 11/83)

In Köln nahmen ca. 2500 an der Demonstration teil, in Westberlin 1500, in Hamburg und Stuttgart je 1000, in Hannover über 800 und in München etwa 500. Obwohl sich in der Hauptsache türkische und kurdische Organisationen an den Demonstrationen betei-

ligten, waren diesmal mehr westdeutsche Organisationen und Demonstranten vertreten. An verschiedenen Orten beteiligten sich außer KPD, Volksfront, GIM, KB, Anarchisten und BWK auch Alternative Listen, Grüne, Teile der Sozialdemokraten wie die SPD Schöneberg in Westberlin und auch die ESG.

In Stuttgart ergriff die Polizei provozierende Maßnahmen: Schon am Aufstellungsort wurde ein Teilnehmer der Demonstration verhaftet, weil er auf einer anderen Demonstration angeblich mit einem Stein geworfen hatte; die gesamte Demonstration war während großer Teile des Weges beidseitig mit Polizeiketten gesäumt, Teile der Demonstration wurden darüber hinaus noch durch Einheiten in Kampfanzügen ganz eng begleitet. Die Polizei machte Filmaufnahmen mit Direktanschluß des Aufnahmegeräts an den Zentralcomputer des BKA zum Zwecke der direkten Rasterfahndung mit Bild. In Hannover zog die Demonstration vor das türkische Konsulat, das durch starke Polizeikräfte abgerie-

gelt war. Eine Delegation legte vor dem Konsulat einen Kranz nieder zum Gedenken an die von der Militärjunta ermordeten Revolutionäre und Demokraten. Auf der Abschlußkundgebung wurde gegen den Polizeiangriff auf die Demonstration gegen das Graue-Wölfe-Treffen am 21.5. gesprochen. Bis heute sitzen noch zwei Demonstranten in Hildesheim in Untersuchungshaft. Ihnen wird versuchter Totschlag vorgeworfen. Die Staatsanwaltschaft hat eine Kaution von 25000 DM abgelehnt wegen Flucht- und Verdunklungsgefahr. Für die Gefangenen wurde eine Spendensammlung durchgeführt.

Die Demonstration in Hamburg führte am Untersuchungsgefängnis vorbei, in dem der Türke Hüseyin İnci in Abschiebehäft sitzt. Seine Freilassung wurde gefordert. Hüseyin İnci ist Revolutionär; wegen seiner Teilnahme an den Kämpfen der Arbeiterbewegung in der Türkei verlangen die türkischen Behörden seine Auslieferung. İnci soll abgeschoben werden, obwohl sein Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist.

Ausländergesetzgebung

Zimmermann bereitet Zwangsabschiebung alter und kranker Ausländer vor

Die Geschäftsleitung der Fichtel & Sachs AG in Schweinfurt machte kürzlich mehreren türkischen Arbeitern, die in jahrelanger Akkordarbeit sich kaputt geschunden hatten, das Angebot, daß jüngere Verwandten von ihnen eingestellt werden, falls sie kündigen. Der Grund für dieses Vorhaben, das der Betriebsrat allerdings verhindern konnte: Bei Fichtel & Sachs arbeiten die ausländischen Akkordarbeiter im Durchschnitt zehn, manche schon fünfzehn Jahre dort; die Hälfte von ih-

nen ist inzwischen älter als vierzig Jahre. Sie waren zum großen Teil Anfang der siebziger Jahre angeworben worden, um die Belegschaft für die Durchsetzung höherer Arbeitsintensität im neueingeführten MTM-Akkord zu verjüngen. Selbst der kräftigste Arbeiter muß nach der andauernden Schinderei seinen Tribut mit gesundheitlichen Schädigungen zahlen. Das „Tauschgeschäft“ hätte den Kapitalisten ermöglicht, diese Arbeiter davonzujagen und durch jüngere zu ersetzen.



Die Kapitalisten klagen: „Bis 1970 lagen die Abwesenheitszeiten bei Ausländern deutlich unter denen der Deutschen; bis 1976 Angleichung, seither deutlicher Anstieg.“ Jahrelange Arbeit unter schwersten Bedingungen hat die Gesundheit vieler ausländischer Arbeiter ruiniert.

Ein Einzelfall? Einiges spricht dafür, daß die Reaktion Maßnahmen vorbereitet, damit die Kapitalisten ältere und gesundheitlich verschlissene ausländische Arbeiter abschieben und gegen jüngere austauschen können, die dann mit gesteigerter Intensität auszubeuten wären. Die „Türken in Kultur und Mentalität anders“, „die Bundesrepublik Deutschland nicht zum Einwanderungsland“ machen – die Hetze Dreggers und anderer Reaktionäre, daß Hunderttausende ausländischer Arbeiter abzuschieben seien, ist durchaus zielgerichtet. Die Reaktion drängt darauf, daß Zimmermann und Blüm endlich „ausländerpolitische“ Maßnahmen ergreifen sollen. Dazu zunächst einige Zahlen:

Türkische Wohnbevölkerung in der BRD nach Altersgruppen (in Tausend)

Alter	1973	1976	1981
bis 15 J.	158,5	311,4	521,0
15 – 21 J.	76,8	83,0	202,6
21 – 45 J.	623,9	599,5	681,8
45 – 65 J.	31,6	49,4	136,7
65 u. älter	2,8	2,0	4,2

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der BRD nach Altersgruppen (in Prozent der jeweiligen Gruppe)

Alter	Ausländer 1977	1981	Deutsche 1981
bis 20 J.	3,9	5,1	9,6
20 – 45 J.	80,2	75,1	60,1
45 – 65 J.	15,7	19,7	29,7

Quelle: Statistisches Jahrbuch der BRD

Daraus ist ersichtlich erstens: junge, ausländische Arbeiter, die als Nachschub für die schlechtbezahlten und die Gesundheit rasch zerstörenden Tätigkeiten in die Fabriken geholt werden können, stehen den Kapitalisten mehr als reichlich zur Verfügung.

Zweitens: obwohl die Zahl der im „besten Alter“ stehenden ausländischen Arbeiter in den letzten Jahren sich kaum verändert hat, wächst die Zahl derjenigen, die bereits jahrelang unter den schlechtesten Bedingungen für die westdeutschen Kapitalisten geschuftet hat, und deren Gesundheitszustand sich zunehmend verschlechtert. Nach Schätzungen arbeiten zwischen 26% und 35% der etwa 1,9 Mio. ausländischen Arbeiter – 44% angelernte und 31% Hilfsarbeiter – im Akkord, 39% in Schicht und 42% regelmäßig länger als 40 Stunden. Und das schon jahrelang: Ein großer Teil der heute in der BRD lebenden ausländischen Arbeiter wurde zwischen 1967 und 1973 angeworben. Im September 1982 hielten sich 48% aller Ausländer zehn Jahre oder länger in der BRD auf.

Drittens: immer mehr ausländische Arbeiter werden in den nächsten Jahren Anspruch auf Rentenzahlung haben.

Wir hatten bereits bei Vorlage des Berichts der von Zimmermann einberufenen „Kommission Ausländerpolitik“ Anfang März darauf hingewiesen, mit welchen Gemeinheiten die Reaktion die Familienbildung der ausländischen Arbeiter in der BRD in Zukunft einschränken und für viele völlig unmöglich machen will (Pol. Ber. 5/83). Kaum weniger brutal sind die von der Kommission vorgelegten Empfehlungen, wie die Abschiebung der älteren, gesundheitlich verschlissenen ausländischen Arbeiter durchzusetzen sei.

Die Zimmermann-Kommission stellt folgende Erwägung an: „Bei angeworbenen ausländischen Arbeitnehmern wird bisher die Aufenthaltserlaubnis ständig verlängert, wenn der Ausländer im Arbeitsverhältnis steht; ein zwangsweises Zurückführen in die Heimat ist als ausländerpolitischer Grundsatz bisher abgelehnt worden.“ Die Kapitalisten hatten ebenfalls eine „Zwangsrotation“ (z.B. nach fünf Jahren wird der ausländische Arbeiter abgeschoben und durch einen neu angeworbenen ersetzt), wie sie Teile der CDU Anfang der siebziger Jahre vorgeschlagen hatten, abgelehnt: ihre „freie Entscheidung“, welchen Arbeiter sie wie lange ausbeuten, dürfe nicht beeinträchtigt werden.

Aber was geschieht, wenn der ausländische Arbeiter Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Rente beansprucht? „Für den Aufenthalt angeworbener ausländischer Arbeiter genügt es bisher, daß der Lebensunterhalt gesichert ist. Diese Sicherung kann auch durch Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit erfolgen, jedenfalls solange der Ausländer einen Anspruch auf Arbeitslosengeld hat.“ Die Kommission empfiehlt künftig den Bezug von Arbeitslosenhilfe zum Abschiebungsgrund zu machen. Die Wirkung? Ein Beispiel: Ein älterer ausländischer Arbeiter, der aus gesundheitlichen Gründen keine Schicht mehr arbeiten kann, wird entlassen. Findet er nicht rasch einen neuen Ausbeuter, der ihn (weil mit „geminderter Leistungsfähigkeit“) zu niedrigerem Lohn einstellt, so ist für „Kostensparnis“ bei den Versicherungskassen mit der Abschiebung gesorgt. Und um davor abzuschrecken, daß etwa ein durch die Kapitalisten frühzeitig bis zur völligen Arbeitsunfähigkeit geschundener ausländischer Arbeiter Rentenansprüche erhebt, sollen künftig als Ausweisungsgrund ins Ermessen der Behörden gestellt werden „die Fälle, in denen die Erwerbsunfähigkeitsrente nicht vollständig zum Lebensunterhalt ausreicht“.

„Rotation“ der ausländischen Arbeiter, abschieben, wenn die Arbeitskraft ausgelaugt ist, und einbehalten der Versicherungsgelder, das ist die Absicht der Reaktion.

Für die Gewerkschaften gäb's genug Gründe, diese Brutalitäten, die mit dem in Vorbereitung befindlichen neuen, verschärften Ausländergesetz in Kraft treten sollen, zu verhindern. Wo wären noch Schranken gegen die brutale Vernutzung der Arbeitskraft zu geringstem Lohn, wenn ein erheblicher Teil der Arbeiter von den Kapitalisten als in zehn Jahren zu verschleissendes Arbeitsvieh behandelt werden darf?

Quellenhinweis: BWK, Nachrichten, Heft 01, 22/83; R. Bech, R. Faust, Die sogenannten Gastarbeiter, Verlag Marxistische Blätter, 1981

Agrarpolitik Kiechles Vorschlag: ausharren und darben

Wie es scheint, hat Ignaz Kiechle, Ernährungsminister in Bonn (CSU), sein Herz für die kleinen Bauern entdeckt. Er will wegkommen „von einer Förderungspolitik, die vorwiegend auf sogenannte entwicklungsfähige Betriebe ausgerichtet war und das Gros unserer bäuerlichen Betriebe links liegen gelassen hat“. Dazu will er einen Agrarkredit einrichten „ohne erschwerende Auflagen“ und „ohne Förderschwellen“, um „das Leitbild unserer heimischen Landwirtschaft, den bäuerlichen Familienbetrieb zu sichern“.

Was da zum „Leitbild“ erhoben wird, ist Plackerei der ganzen Familie für ein Einkommen, das kaum ausreicht, die Familienmitglieder zu ernähren. Im Durchschnitt arbeitete ein Bauer 1981 63,9 Stunden in der Woche, das sind 14 Stunden oder 21,9% mehr als die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Industrie, zu einem Einkommen, das 28,9% unter dem aus vergleichbarer Lohnarbeit lag. Die ganze Schufterei reichte für ein Viertel aller Vollerwerbsbetriebe noch nicht einmal aus, die Substanz zu erhalten. Land, Vieh und Gebäude mußten verkauft oder verpachtet werden, um wenigstens die Familien zu ernähren.

Aus dieser Not will Kiechle nun eine Tugend machen. Nicht mehr allein die Betriebsgröße soll Kriterium für die Förderungswürdigkeit sein, sondern das neue Kreditsystem soll auf „geeignete Beurteilungsmaßstäbe zurückgreifen: Rentabilitätskriterien, Tragbarkeitsberechnungen und auf die Tüchtigkeit des Landwirts“. Da kommt es dann wieder auf die Leistung des einzelnen an, ob er im Konkurrenzkampf überlebt. Geht er dann doch pleite, war der Landwirt eben nicht tüchtig genug.

Goldene Berge verspricht der Minister eh nicht, sondern „erträgliches Über-die-Runden-Kommen“. Schon heute kommt die Masse der Bauern

nur durch Verschuldung über die Runden. Der durchschnittliche Besatz an Fremdkapital erhöhte sich im letzten Jahr um 0,4% auf 3 714 DM pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Die kleinen Betriebe mußten vor allem kurzfristige Kredite aufnehmen, die voll in die persönliche Reproduktion flossen. Trotzdem mußten 16342 Betriebe aufgegeben werden. Das wird



Kiechle – „ein Herz für kleine Bauern“?

sich auch nicht mit dem neuen Kreditsystem ändern, es wird nur langsamer gehen. Hierauf gründen sich die ideologischen Hoffnungen dieses Planes. Der kleine Bauer soll sich wieder als „Teil des Mittelstandes und prägendes Element unserer Gesellschaft“ fühlen. Nicht gezwungen, an der Scholle zu kleben wegen „mangelnder außerlandwirtschaftlicher Erwerbsmöglichkeiten“, sondern als stolzer, wenn auch armer Besitzer des eigenen Grund und Bodens.

Quellenhinweis: Agrarbericht 1983; alle Zitate aus: Mitteilungen des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 26.5.83

DDR

Agrarpreisreform zwecks Leistungssteigerung

Eine „Kehrtwende“ in der Landwirtschaftspolitik der DDR entdeckte der „Kölner Stadtanzeiger“, nach der wieder „kleine, überschaubare Höfe“ gefördert werden sollen, der „Spiegel“ spekulierte über die Einführung „kapitalistischer Methoden“. Was war geschehen? Mitte Mai hatte der stellvertretende Landwirtschaftsminister der DDR Cesarz in einem Aufsatz eine Reform der Agrarpreise begründet, die gleiche Reform ist in die Direktive für den Volkswirtschaftsplan 1984 aufgenommen.

Die DDR hat seit ihrer Gründung großes Gewicht auf die landwirtschaftlichen Investitionen gelegt, um erstens die Bodenschäden, die sie aus der Zeit der junkerlichen Landwirtschaft übernommen hatte, zu beheben und zweitens die Unterschiede zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktivität zu verringern. Darüberhinaus hat sie sich bemüht, durch Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und regelmäßige Erhöhung der Erzeugerpreise das Einkommen der Bauern und landwirtschaftlichen Arbeiter dem der Industriearbeiter anzugleichen. Ziel der landwirtschaftlichen Produktionsplanung ist seit geraumer Zeit, die Abhängigkeit der Nahrungsmittelversorgung in der DDR von Importen zu beseitigen, vor allem die Futtermittel- und Düngereinkäufe auf dem Weltmarkt einzuschränken. Dieses Ziel will die Regierung der DDR mit jetzt vorgeschlagenen Reform durchsetzen – allerdings mit grundlegender Änderung der Schwerpunkte der staatlichen Agrarpolitik.

Ab 1. Januar nächsten Jahres sollen die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte beträchtlich angehoben werden, so z.B. der Aufkaufpreis für Weizen von jetzt 39 Mark pro Doppelzentner auf dann 63 Mark pro Doppelzentner, für einen Doppelzentner Rindfleisch zahlen die staatlichen Aufkaufstellen dann 990 Mark, bislang 670 Mark. Gleichzeitig streicht die Regierung der DDR alle Preissubventionen für landwirtschaftliche Investitionsgüter, wie Maschinen, Dünger, Baumaterialien. Um zu verhindern, daß in der Folge dieser Änderungen die Einkommen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sich entsprechend der jeweiligen Bodenqualitäten unterscheiden, schlägt das Landwirtschaftsministerium die Einführung von Ausgleichsabgaben und Zuschüssen je nach Bodenqualität der Produktionsgenossenschaft vor. Die Genossenschaften mit den besten Böden sollen eine Abgabe von 600 Mark pro Hektar in einen Fonds zahlen, Genossenschaften mit sehr schlechten Böden erhalten Zuschüsse bis zu 100 Mark je Hektar aus diesem Fonds, die zur Verbesserung der Bodenqualität und der Erträge aufgewandt werden sollen.

In der Hauptsache sollen also die Bauern mit geringeren Mitteln als bisher mehr produzieren. Wie anders als durch beträchtliche Intensivierung der Arbeit soll das geschehen können? Darüberhinaus sind die Möglichkeiten für Investitionen, die die Produktivität der Landwirtschaft langfristig stützen können, erschwert. Dies, obwohl offensichtlich auf Ernteauffälle durch Bodenerosion hingewiesen wird.

Quellenhinweis: Neue Deutsche Bauernzeitung, Hrsg. ZK der SED, Nr. 6—20/83; Bauern-Echo v. 28./29.5.83; Der Spiegel, 21.5.83; Kölner Stadtanzeiger, 31.5.83

Abschluß öffentlicher Dienst

Schlimme Auswirkungen auch für die Lohnabhängigen anderer Branchen

Der Beschluß der Großen Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV, den Schlichtungsspruch (s. Politische Berichte Nr. 11/83, S. 7) abzulehnen, hat die Hetzkampagne von Bundesregierung, Kapitalistenvertretern und bürgerlicher Presse gegen die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst neuen Höhen zustreben lassen. Die als linksliberal eingestufte Süddeutsche Zeitung kommentiert die Entscheidung: „Wenn die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sich nicht durch die Borniertheit ihrer Funktionäre zu einer schmarotzenden Randgruppe der Gesellschaft degradieren lassen wollen, dann muß die gerade von der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport

Beschluß der Großen Tarifkommission blieb aus. Im Gegenteil. Noch zwei Tage vor Ablauf der erneuten Erklärungsfrist mußte das Handelsblatt berichten: „Wie eine dpa-Umfrage bei verschiedenen Kreisverbänden ergab, verlaufen diese Gespräche teilweise sehr kontrovers.“ (2) Das ist eine feinsinnige Umschreibung für die vielfältigen Tätigkeiten, die auf Betriebs-, Kreis- und Landesbezirksebene unternommen wurden, um die ablehnende Haltung der Großen Tarifkommission zu bestärken. Erste Erleichterung kam auf Seiten der Reaktion erst auf, als die Gewerkschaft der Polizei mit ihrer Zustimmung der Entscheidung der ÖTV vorgreift. Als einziger Beschluß einer



Die Bereitschaft zum Streik war vorhanden

und Verkehr so oft beschworene Basis nun das Heft in die Hand nehmen. Bis zum Ablauf der Erklärungsfrist am 11. Juni haben die öffentlich Bediensteten Zeit, das gewerkschaftsschädigende Votum der großen Tarifkommission durch Aktionen und Willensbekundungen zu korrigieren.“ (1) Der Hinweis darauf, daß das ablehnende Votum der 57 Mitglieder der Großen Tarifkommission „gewerkschaftsschädigend“ sein soll, drückt den Wunsch der Reaktion aus, daß solche Funktionäre aus den Gewerkschaften rausgeschmissen werden. Die Gewerkschaften sollen nicht die Interessen der Lohnabhängigen vertreten, sondern sollen staatstreu sein.

Doch was die Süddeutsche Zeitung wünscht, über die „Basis“ berichten zu können, kann sie nicht berichten. Eine Rebellion der „Basis“ gegen den

ÖTV-Gliederung wurde die Zustimmung der Führungsspitze des Bezirks Nordwest (Schleswig-Holstein/nördliches Niedersachsen) zu dem Schlichtungsspruch bundesweit von der bürgerlichen Presse verbreitet.

Die Postgewerkschaft lehnt das Tarifangebot der Deutschen Bundespost ab, verlangt aber nicht mehr als die Aufnahme neuer Verhandlungen auf der Grundlage des Schlichtungsspruchs für die Bundespost. Die Große Tarifkommission hielt der Hetzkampagne nicht stand. Der geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV hat seinen Teil dazubeigetragen, daß die Große Tarifkommission kapitulierte. Der Propagandaapparat der Gewerkschaft ÖTV wurde mißbraucht, für die Annahme des Schlichtungsspruchs zu werben, anstatt die Argumente zu entwickeln, die dazu geführt haben, daß

die Mehrheit der Großen Tariffkommission den Schlichtungsspruch abgelehnt hat. So hat der geschäftsführende Hauptvorstand Demobilisation betrieben, um hernach vor den Folgen einer verlorenen Urabstimmung zu warnen. So ist das Novum eingetreten, daß nicht dem Dienstherrn, sondern der Großen Tariffkommission von seiten des geschäftsführenden Hauptvorstandes mit den Folgen der Einleitung von Streikmaßnahmen gedroht wurde. Mit Sicherheit wäre ein Streik im öffentlichen Dienst ein schwieriger Kampf gewesen, und es wären große Anstrengungen erforderlich gewesen, die Unterstützung dieses Streiks durch alle Lohnabhängigen zu gewährleisten. Aber die Reaktionen, die auf die Ablehnung des Schlichtungsspruches erfolgten, bieten ausreichenden Hinweis dafür, daß ein solcher Streik hätte mit Erfolg geführt werden können.

Mit der nachträglichen Annahme des Schlichtungsspruches ist eine große Gelegenheit vertan, die Angriffswellen, die die Bundesregierung und die Landesregierungen gegen den Lebensstandard der lohnabhängigen Massen vortragen, aufzuhalten. So schreibt der Kommentator der Süddeutschen Zeitung: „In der Sparoperation 1984 fehlt nahezu keine der Etatpositionen, die noch im vorigen Jahr zu Tabus erklärt worden waren: Arbeitslosengeld, Rehabilitationshilfen, Erleichterungen für Schwerbehinderte, Sozialhilfe – überall muß gekürzt werden ... Der Sparkurs der Regierung wäre keinen Pfifferling mehr wert, wenn die öffentlichen Arbeitgeber auch nur in einem einzigen Punkt über den Schlichtungsvorschlag hinausgingen.“ (1)

Wegen dieser politischen Bedeutung der Lohnbewegung im öffentlichen Dienst wäre es auch möglich gewesen, die von Kapitalisten und Regierung verfolgte Spaltungslinie zwischen den Lohnabhängigen des öffentlichen Dienstes und den Arbeitern und Angestellten in der Industrie erfolgreich zu überwinden. Für die vielen, die nach einem Ansatzpunkt suchen, etwas Wirkungsvolles gegen den Regierungskurs zu unternehmen, war die Ablehnung des Schlichtungsspruches durch die Große Tariffkommission ein wichtiger Anhaltspunkt. Die Bezirksmitgliederversammlung Hannover der IG Druck und Papier beschloß am 6.6. Unterstützung für die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, wenn gewerkschaftliche Kampfmittel zur Durchsetzung von Reallohnsicherung, Mindestbetrag und Erhalt der Versorgungsleistungen nötig seien. 23 Metallarbeiter, zwei komplette Gruppen von fuba in Bad Salzdetfurth schrieben in einem Brief an die Große Tariffkommission: „Für die Industriegewerkschaften, besonders die IG Metall, wird ein Abschluß, der 18-monatige Laufzeit bein-

haltet, für 1984 eine Druckmarke bedeuten, weil die 0,5% von März bis August ein Tarifdatum sind, gegen das wir verzweifelt ankämpfen müssen. Wir wünschen und hoffen, daß Ihr bei Eurer Entscheidung bleibt, Urabstimmung und Streik befürwortet und den unteren Lohngruppen den Mindestforderungsbetrag erhaltet. Unsere Solidarität ist Euch gewiß. Wir werden den Vorständen unserer Gewerkschaft dies



SPD-Parteiorgan „Vorwärts“ lobt das gleichmäßige „Geben und Nehmen“

mitteilen, damit sich eine breitere Unterstützungskampagne entwickeln kann.“ Ebenso wandten sich die Vertrauensleute von Schörling Kommunalfahrzeuge, Zweigwerke Nord an die Gewerkschaft ÖTV: „Gelingt es dem Dienstherrn, Euren Lebensstandard noch tiefer zu drücken, werden im nächsten Jahr die Beschäftigten der Metallindustrie „an der Reihe sein“ usw. Besonders die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen werden getroffen. Durchsetzung des Mindestbetrages ist unabdingbar! An der Zusatzversorgung, dieser Barriere gegen Versuche, das allgemeine Rentenniveau noch tiefer zu drücken, darf nicht gerüttelt werden. Urabstimmung und Streik im öffentlichen Dienst haben aus diesen Gründen – anders als die Presse so sehr verbreitet – unsere volle Sympathie und Unterstützung, mit Sicherheit auch die vieler tausend Kollegen in der Metallindustrie“.

Die Befürchtungen, daß ein Zurückweichen der Gewerkschaft ÖTV Kapitalisten und Regierung zu weiteren Angriffen ermuntert, haben sich bereits jetzt als berechtigt erwiesen. Kaum ist der Schlichtungsspruch veröffentlicht, entdeckt Arbeitsminister Blüm ein neues „Rentenloch“. War Blüm für die Berechnung der Rentenfinanzen von einer Erhöhung der Löhne und Gehälter im Jahre 1984 um 4% ausgegangen, sieht der Schlichtungsspruch

nur eine Erhöhung um 0,5% für die Monate März bis August vor. „Wenn Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer um ein Prozent weniger steigen als angenommen, fehlen in den Rentenkassen 1,2 Milliarden DM“, berichtet die Hannoversche Allgemeine Zeitung. Und weiter heißt es: „Über die bisherigen Sparmaßnahmen hinaus erwägt das Arbeitsministerium jetzt, das Recht auf Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente neu zu fassen ... Künftig sollen nur noch die Arbeitnehmer vor dem 63. Lebensjahr wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit in Rente gehen können, die wenigstens in den letzten zwei Jahren zuvor auch Beiträge bezahlt hatten.“ (3)

Für die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst wird sich herausstellen, daß der Verstoß gegen eine Empfehlung des Gewerkschaftstages von 1980, daß die Lohn- und Gehaltstarife keine längere Laufzeit als zwölf Monate haben dürfen, fatale Folgen haben wird. Die ganze Niedrigkeit des Abschlusses wird sich erst im nächsten Jahr herausstellen, zu einem Zeitpunkt, wo die Gewerkschaft ÖTV im Juni 1984 ihren Gewerkschaftstag abhalten wird. Nach dem jetzt erfolgten Abschluß wird es dem geschäftsführenden Hauptvorstand kaum möglich sein, auf diesem Gewerkschaftstag die Lohnfrage hinter der Frage der Arbeitszeitverkürzung zurücktreten zu lassen. Sollte der Tarifvertrag bis zum Gewerkschaftstag halten, ohne daß es zu Nachbesserungen kommt, dann ist der Gewerkschaftstag im Juni 1984 ein Ort, wo bindende Beschlüsse für einen Streik im Herbst 1984 gefaßt werden können.

(1) Süddeutsche Zeitung vom 3.6.83; (2) Handelsblatt vom 8.6.83; (3) Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 31.5.83

Niederlande Wachsender Widerstand gegen Lohnsenkungen

Zu einem „nationalen Aktionstag“ gegen die Regierungspolitik hatte der niederländische Gewerkschaftsbund FNV am 11.6. nach Utrecht aufgerufen. Landesweit sollte hier gegen die Regierungspolitik demonstriert werden, gegen die Angriffe auf die Sozialversicherungen, gegen die Angriffe auf die Mindestlöhne. Aber auch, so jedenfalls der Aufruf des FNV-Vorstands, für ein „Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm“ durch mehr öffentliche Aufträge insbesondere für den Wohnungsbau und, so die Hauptlosung des FNV-Vorstands, „für mehr Arbeitsplätze“. Im Fall einer solchen Zusage von Regierung und Kapitalisten sowie im Fall von Arbeitszeitverkürzungen wollte der FNV-Vorstand sogar öffentlich seine Bereitschaft erklären, weiteren Lohnsenkungen zuzustimmen.

Trotz solch weitreichender Angebote an die Kapitalisten schon im Vorfeld der Demonstration demonstrierten am 11.6. mehr als 40000 Arbeiter, Angestellte und Beamte gegen die Regierungspolitik. Als FNV-Vorsitzender Wim Kok seine Bereitschaft zu weiteren Lohnsenkungen und Versicherungskürzungen erklärte, mußte er sich minutenlang gegen ein Pfeifkonzert durchsetzen. Insbesondere die Gewerkschaftsjugend, die Soldatengewerkschaft VVDM und eine „Vereinigung kritischer Gewerkschaftsfrauen“ hatten schon vor der Aktion den Aufruf des FNV-Vorstands heftig kritisiert, jegliche weiteren Lohnsenkungen entschieden abgelehnt und fanden nun unter den Teilnehmern der Demonstration große Unterstützung.

Man kann nur hoffen, daß der FNV-Vorstand nach diesen Erfahrungen seine Haltung zu den Plänen der Kapitalisten und der Regierung noch einmal überdenkt. Denn schon jetzt steht fest: wenn die niederländische Regierung in den nächsten sechs Monaten die Vorhaben, die sie in letzter Zeit öffentlich angekündigt hat, tatsächlich in Kraft setzen kann, dann ist die Herausbildung einer größeren Elendsschicht unter den niederländischen Lohnabhängigen und eine brutale Intensivierung der Arbeit in den Fabriken und Büros kaum noch zu vermeiden.

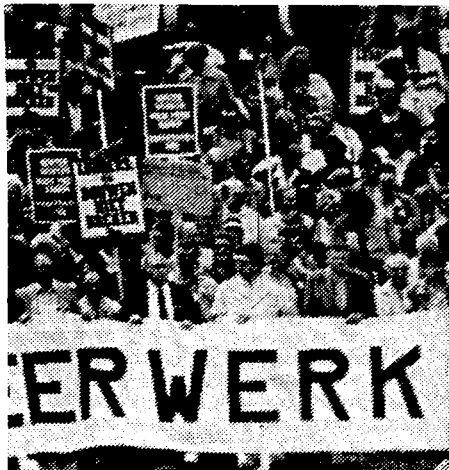
Schon zum 1. Juli soll, so der bislang letzte Stand der Regierungspläne, der gesetzliche Mindestlohn für Jugendliche bis 23 Jahre um 10 Prozent nominal gesenkt werden, das Kindergeld um ein halbes Prozent verringert werden, die Beiträge zur Invalidenversicherung erhöht werden. Zum 1. Oktober sollen dann:

- Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um nominal 2% (bei der gegenwärtigen Teuerungsrate sind das real 6 bis 7%) gesenkt werden, zum „Ausgleich“ für eine Verringerung der tariflichen Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche;

- die gesetzlichen Mindestlöhne sämtlichst, d.h. unter Einschluß der bereits zum 1. Juli verringerten Mindestlöhne der Jugendlichen, ebenfalls um nominal 2% verringert werden;

- ein Schicksal, das die Regierung auch den Renten der 1,7 Mio. Rentnern bereiten will. Diese, seit 1980 an die Entwicklung der gesetzlichen Mindestlöhne gekoppelt, sollen nun auch mit den Mindestlöhnen zusammen fallen.

- Schließlich sollen zumindest, wenn es nach den Forderungen der Kapitalisten geht, bis zum 1.10. die gesetzlichen Mindestlöhne für Jugendliche unter 18 Jahren gänzlich beseitigt werden. Die Regierung hat angekündigt, sie berate zudem über eine neuerliche Senkung der Mindestlöhne zum 1.1. 1984 um 5 oder 10% und über eine



FNV-Demonstration in Utrecht. Am 26. und 27.5. streikten in Rotterdam 6000 Gemeindearbeiter gegen die geplanten Lohnsenkungen.

Senkung des Arbeitslosengeldes von bisher 80% des letzten Lohns auf 65 bis maximal 70%.

Gegen diese schweren Angriffe hat der Vorstand des Gewerkschaftsbundes FNV in den letzten Monaten fast nur noch eingewendet, dadurch würden doch keine neuen Arbeitsplätze geschaffen und zudem sei dies ungerecht, da die Kapitalisten keine Lasten trügen. Ja, seit Herbst letzten Jahres sind die Einzelgewerkschaften des FNV zudem dazu übergegangen, mit einem Kapitalistenverband nach dem anderen Abkommen über Verkürzungen der tariflichen Wochenarbeitszeit abzuschließen, in denen sie selbst auf noch so geringe Nominallohnanhebungen zumeist völlig verzichteten. Gegen diesen Kurs, der bereits jetzt zu schweren Einbrüchen im Lohnstandard geführt hat, wächst jetzt der Widerstand in den Gewerkschaften.

Quellenhinweis: Algemeen Dagblad, Niederlande, Ausgaben vom 20.5. bis 13.6.83; ZIN, Zeitschrift des Industriebond FNV, 2.6.83

Antarktiskonferenz Imperialisten wollen ihre Ansprüche sichern

Im Juli dieses Jahres findet in Bonn die Konferenz der Konsultativstaaten des Antarktisvertrages statt. Gleichzeitig will sich eine UN-Konferenz mit dem Thema Antarktis beschäftigen. Beide Konferenzen werden die weitere Verwaltung und Nutzung des antarktischen Kontinents zum Thema haben. In Bonn wird es darum gehen, wie die Imperialisten ihre Interessen wahren können; in New York soll es darum gehen, wie die Länder der Dritten Welt ihre Interessen geltend machen können.

Bei diesem Streit geht es nicht um die Verwaltung von Pinguinen und ewigem Eis, sondern um die Interessen

an der Nutzung bedeutender Ressourcen.

Bisher lag die Nutzung dieser Ressourcen ausschließlich in den Händen der Imperialisten, geregelt durch den Antarktisvertrag. Dieser 1959 geschlossene und 1961 in Kraft getretene Vertrag soll den Imperialisten vorläufig bis 1991 den Zugang zu den Schätzen der Antarktis sichern und die umfangreichen Forschungsvorhaben für die Einzelstaaten verbilligen. Die BRD trat 1978 dem Vertrag bei und gehört seit 1981 dem erlauchten Kreis der 14 Konsultativstaaten des Antarktisvertrages an, in deren Händen bisher die Verwaltung der Antarktis liegt.

Mit ihren Antarktisunternehmungen knüpfte die Bundesregierung direkt an die Reichstradition an. Die erste Nachkriegsexpedition 1976 führte in Gebiete, in denen sich die letzte Vorkriegsexpedition 1938/39 betätigte und führte die gleichen Forschungsarbeiten aus: die Suche nach neuen Fanggründen und Tierarten im Weddellmeer. Im Mittelpunkt steht heute wie damals der Krill. Der Krill ist ein krabbenartiger Kleinkrebs mit einem außerordentlich hohen Eiweißgehalt. Seine Abfischkapazität wird auf 50 Mio. Tonnen jährlich geschätzt, was den Weltfischfang nahezu verdoppeln würde. Die Möglichkeiten des menschlichen Verzehrs und damit auch die gewinnbringende Nutzung des Krills für die westdeutsche Fernfischerei ist allerdings durch den hohen Fluorgehalt des Krills bisher noch erheblich eingeschränkt.

Regional konzentriert sich die BRD auf das Filchner-Eisschelf. Dieses Gebiet mit zwei westdeutschen Polarstationen liegt exakt in der von Argentinien beanspruchten Region der Ost-Antarktis und ist ein weiterer Grund für das Interesse der BRD-Imperialisten am erfolgreichen Feldzug der britischen Flotte gegen Argentinien. Argentinische Malwinen hätten den freien Zugang zu den von der BRD beanspruchten antarktischen Gebieten behindert.

Was bisher durch den Antarktisvertrag den Imperialisten als gesichert galt, scheint nun gefährdet. Malaysia hat vor der UNO-Generalversammlung den Anspruch der Länder der Dritten Welt auf die Antarktis geltend gemacht. Es wandte sich gegen das 1981 von den Antarktisvertragsstaaten beschlossene „Regime für die mineralischen Ressourcen der Antarktis“ und forderte stattdessen eine UN-Verwaltung für die Antarktis. Die Imperialisten wollen dieses UN-Nutzungsregime verhindern, das „durch Bürokratismus, Protektionismus, Dirigismus, Zwangstechnologietransfer und unsinnige Abgabepolitik“ ihre Aktivitäten behindern würde.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 7.4.83; BmFF-Mitteilungen 4/76, 6/78, 3-4/80, 5/82, 1/83

Westdeutsche imperialistische „Balkanpolitiker“ auf alten Pfaden: Die Wiederbelebung des „Mitteleuropa-Syndroms“

Im Dezember vergangenen Jahres referierte der Staatsminister im Auswärtigen Amt Alois Mertes vor der Südosteuropa-Gesellschaft in München – einer vom Auswärtigen Amt, der Bayerischen Staatsregierung und praktisch allen großen BRD-Kapitalisten finanzierten „Experten“-Vereinigung zwecks Förderung der Südostexpansion der BRD – über „Südosteuropa in der deutschen Außenpolitik“. Die Bilanz der letzten 30 Jahre Südostexpansion, so Mertes, sei „positiv“. Immerhin habe man „in einer durch den 2. Weltkrieg grundlegend veränderten politischen Ausgangslage“ anfangen müssen. Inzwischen aber sei man wieder „zum wichtigsten westlichen Außenhandelspartner Rumäniens, Ungarns und Bulgariens“ sowie Jugoslawiens geworden. Alles in allem stelle sich jetzt wieder „Südosteuropa als Aufgabe“, bei der es „angesichts unserer auf ... geschichtlichen Grundlagen beruhenden starken Verbundenheit mit den Ländern des europäischen Südostens“ besonders darauf ankomme, „friedenssichernd“ zu wirken und so einen Beitrag zur Überwindung der „Spaltung Europas“ zu leisten.

Was hier scheinbar unverfänglich daherkommt als „Friedenssicherung und Einigung Europas“ unter Einschluß des Balkan, das sind in Wirklichkeit handfeste und nur mittels Eroberungskriegen durchsetzbare Expansionsziele der westdeutschen Imperiali-

sten. Expansionsziele, die die BRD-Imperialisten von ihren reichsdeutschen und faschistischen Vorgängern bruchlos übernommen haben. Ihr Ziel ist die Unterwerfung des gesamten Balkans, die Verwandlung der Staaten des Balkans in Rohstoff- und Nahrungsmittellieferanten des deutschen Imperialismus, in Absatzgebiete für westdeutsche Industriewaren, in Kapitalanlagegebiete. Oder, wie 1915 der Südostexperte des damaligen Auswärtigen Amtes und Vorbild der heute nach ihm benannten FDP-Stiftung, Friedrich Naumann, in seinem Buch „Mitteleuropa“ schrieb: „Nehmt die Karte zur Hand und seht, was zwischen Weichsel und Vogesen liegt, zwischen Galizien und Bodensee lagert! Diese Fläche sollt ihr als eine Einheit denken, als ein vielgliederter Bruderbund, als einen Verteidigungsbund, als ein Wirtschaftsgebiet!“

Warum sollten die westdeutschen Imperialisten auch von diesem Ziel ablassen? Der Landweg nach Bagdad, in den Nahen Osten, ans Mittelmeer und Schwarze Meer: er führt über den Balkan! Keine „Türkeipolitik“ ohne „Balkanpolitik“! Zudem findet sich auch heute noch allerhand „zwischen Galizien und Bodensee“, um so mehr, wenn man dieses „Mitteleuropa“ um Griechenland und um die Türkei erweitert. So förderten Griechenland, Jugoslawien, Ungarn und Rumänien 1980 zusammen 9,4 Mio. Tonnen Bau-

xit, mehr als ein Zehntel der Weltbauxitförderung. Die Bleiförderung in Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien und Griechenland hätte für den gesamten Bedarf der BRD-Imperialisten gereicht, die Braunkohleförderung in diesen Staaten unter Einschluß Ungarns erreichte 149 Mio. Tonnen, die Eisenerzförderung in diesen Staaten sowie in der Türkei überstieg immerhin 14 Mio. Tonnen. Schon 1975 hatten westdeutsche „Experten“ zudem gemeldet, daß in Jugoslawien „noch erhebliche Vorkommen an Nickel, Kupfer und Bauxit, nach der Neuentdeckung der Kohlenflöze im Kossovo-gebiet auch Kohle im Tagebau, der Erschließung“ harren. 1982 meldeten ähnliche „Experten“ aus Bulgarien, daß dort „zur Erschließung der in den letzten Jahren entdeckten umfangreichen Vorkommen – es handelt sich dabei um Kokskohle, Mangan, Wolfram, Molybdän, Multimetallerge, Ölschiefer und mit großer Sicherheit auch Erdöl und Erdgas – ... enorme Investitionen“ nötig seien, die eigentlich nur „über eine intensiviertere Kooperation mit westlichen Firmen realisiert werden“ könnten.

Wir übertreiben? Wir unterstellen den westdeutschen Kapitalisten und Regierungsvertretern Ziele, die sie gar nicht mehr verfolgen, von denen sie durch zwei blutige Niederlagen der Vergangenheit „geheilt“ sind?

Schon zu Zeiten der Bizonenverwaltung hatten die westdeutschen Kapitalisten wieder die ersten Handelsabkommen mit den Balkanländern abgeschlossen: 1947 mit Bulgarien, 1948 mit Jugoslawien und Ungarn. 1954 folgte das erste Handelsabkommen der Regierung Adenauer mit Rumänien. Im gleichen Jahr begab sich Adenauer zu seinem ersten Staatsbesuch nach Griechenland und in die Türkei, lobte beide Staaten als „Ecksteine in der Front des freien Europa“ und bestritt auf einer Pressekonferenz die Absicht der Bildung einer Achse Bonn-Athen-Ankara mit folgenden Worten: „Wenn man ... über die Ziele der gemeinsamen Bestrebungen Übereinstimmung erzielt, dann kann man auch ohne Paragraphen in diesem Sinne arbeiten.“ Worauf die französische Zeitung Le Monde kommentierte (nach: „Keatings Archiv der Gegenwart“, 28.3.1954): „Die deutsche Presse könne sich zu der meisterhaften Art beglückwünschen, mit welcher die deutsche Diplomatie eine Straße in den Orient wiedereröffnet habe, die seinerzeit so



Noch stets haben die deutschen Imperialisten ihre Balkanfeldzüge als „Befreiung“ der dortigen Nationen ausgegeben und brutalisierte einheimische Banden als Beweis für die „Unterstützung“ ihrer Besatzung vorgezeigt. Bild rechts: SS-„Freiwillige“ 1943 in Bosnien, links: ungarische „Pfeilkreuzler“ nach der Besetzung Ungarns. 1945 urteilte das Nürnberger Gericht im Prozeß über „Südostgenerale“ der Wehrmacht: „Die deutsche Wehrmacht hat auf dem Balkan ein solches Ausmaß von Morden und Zerstörung verübt, daß es in der modernen Geschichte einmalig dasteht.“

Nationalsozialistische Balkan-Politik: „Alte Verbindungen – neue Aufgaben“

Die Südost-Europa-Politik des „Dritten Reiches“ bewegte sich im wesentlichen in den ausgetretenen Bahnen dieser Politik seiner Vorgänger, des Wilhelminischen Reichs und der Weimarer Republik. Hierbei kam jenen *über* das ehemalige Österreich-Ungarn bzw. die (seit 1919 bestehende) Republik *Österreich* geknüpften (wirtschaftlich-politischen) Beziehungen stets besondere Bedeutung zu. Der „Anschluß“ Österreich-Ungarns war seitens des reichsdeutschen Imperialismus schon im Ersten Weltkrieg als Kriegsergebnis beschlossene Sache (Wie anders sollte sich „die Achse Berlin-Bagdad“ realisieren lassen?). In der Zwischenkriegszeit, während der Weimarer Republik, wurden sowohl von den Reichsregierungen (d.h. dem Auswärtigen Amt) wie auch vom sogenannten „Mittel-deutschen Wirtschaftstag“ teils miteinander verbundene teils parallel laufende Anstrengungen zur Herstellung einer Zollunion bzw. einer Art Wirtschaftsgemeinschaft zwischen dem Deutschen Reich und Österreich unternommen: Ziel dieser Anstrengungen war zum einen die ökonomisch-politische Abschnürung der Tschechoslowakei (CSR) und zum anderen die Gewinnung einer Ausgangsbasis für „eine direkte Südostpolitik“ (1). Nationalliberale Mitglieder der verschiedenen Reichsregierungen vor 1933 haben sich mehr oder minder freimütig zu diesen strategischen Zielen geäußert – so der Außenminister Stresemann bereits

1925/26 zur „Notwendigkeit des Anschlusses Deutsch-Österreichs“ und der Justizminister (1928/29) Koch-Weser in seinem 1929 veröffentlichten Buch „Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit 1914–1929“: „Mögen die Verschiebungen des (Ersten) Weltkriegs auch noch so groß gewesen sein, die ... Tatsache, daß der Lebensraum Deutschlands in Mitteleuropa liegt und gen Südosten zu erweitern ist, ist unverändert geblieben“ (2). Der Verlust der kolonialen Absatzmärkte und Rohstoffquellen nach 1918/19 und die sich verschärfende Konkurrenzlage auf dem Weltmarkt (am Ende der 20er Jahre) zwangen die reichsdeutschen Monopole zu Initiativen, die auf „gesicherte“ Märkte und Rohstoffquellen abzielten: Der ökonomisch-politische Anschluß „Deutsch-Österreichs“ zwecks Ermöglichung eines direkten Zugriffs auf den Balkan wurde absolut notwendig, entsprechende außenpolitische Schritte eingeleitet. Im Februar 1930 kam es zum Abschluß eines deutsch-österreichischen Handelsvertrags, außerdem wurde der „Vorvertrag zu einer Zollunion“ bekanntgegeben. Aber die Haupt-rivalen (Großbritannien, Frankreich) des reichsdeutschen Imperialismus (v.a. auch auf dem südosteuropäischen Terrain) haben diese Zollunion durch entsprechenden Druck auf die österreichische Regierung (betreffs „Anschluß“-Verbot seit 1919) zunächst verhindern können.

Die Ausschaltung dieser ökonomischen Konkurrenten bzw. politischen



1938: „Anschluß“ Österreichs ...

Rivalen durch den direkten Zugriff auf den Balkan gewann in der Folgezeit eher noch an Bedeutung; dies geht beispielsweise aus der Niederschrift über eine Mitgliederversammlung der „Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstags“ vom 7.12. 1936 hervor: „Zur Frage der *Kapitalbeteiligung* äußerte sich Herr Ministerialdirektor Wohltat, daß das Interesse Deutschlands, dauerhafte und festgegründete Wirtschaftsbeziehungen mit Südosteuropa zu unterhalten, die Beteiligung deutschen Kapitals an der Wirtschaft dieser Länder wünschenswert erscheinen lasse. Infolge der Devisenlage sind der deutschen Beteiligung enge Grenzen gesetzt ... Während z.B. Deutschland im Außenhandel mit Jugoslawien seit einiger Zeit die erste Stelle einnimmt, ist Deutschland nur mit rund 5% des ausländischen Kapitals in der jugoslawischen Wirtschaft vertreten, und zwar hinter Frankreich

oft beschritten und durch die berühmte Bagdadbahn konkretisiert worden sei ... Offenbar habe die deutsche Diplomatie eine bemerkenswerte Rückkehr in die Balkanpolitik eingeschlagen.“

Diese „Rückkehr in die Balkanpolitik“ haben die westdeutschen Imperialisten seitdem konsequent fortgesetzt. Schon 1962 erreichten sie, daß ihnen im Rahmen der NATO die Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe für die griechischen und türkischen Truppen übertragen wurde. Seitdem entfaltet sich die von Adenauer noch bestrittene Achse mit beiden Ländern in ihrer ganzen Pracht.

1963 folgten dann im Rahmen der „neuen Ostpolitik“ die ersten offiziellen Handelsmissionen in Polen, Rumänien und Ungarn. In den gleichzeitig abgeschlossenen neuen Handelsverträgen setzten die BRD-Imperialisten erstmals durch, daß diese Verträge für das „Währungsgebiet der DM-West“ gelten, wodurch ihr Anspruch auf West-

berlin hingenommen war.

In den folgenden Jahren gelang den westdeutschen Imperialisten eine ständige Ausweitung ihrer Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den Staaten des Balkan. Insbesondere, nachdem sie ab 1967 wieder diplomatische Beziehungen geschlossen hatten, ohne dafür einen einzigen Anspruch auf Einverleibung der DDR, auf Territorium Polens und der Sowjetunion aufgeben zu müssen. Schon Anfang der siebziger Jahre hatten die westdeutschen Imperialisten sich im imperialistischen Handel mit den Balkanstaaten wieder an die erste Stelle geschoben. Im Januar 1972 trat Rumänien dem IWF bei, im gleichen Jahr erlaubte die ungarische Regierung wieder imperialistische Niederlassungen, wenn auch vorerst nur mit mehrheitlich ungarischer Kapitalbeteiligung. Mitte der siebziger Jahre konnten die BRD-Imperialisten bereits wieder mehr als 40 Kooperationsabkommen mit rumäni-

schen Firmen melden, 156 Kooperationsabkommen und 26 gemeinsame Firmen mit jugoslawischen Unternehmen, 24 Kooperations- und Arbeitsverträge mit bulgarischen Unternehmen, fast 150 Kooperationsabkommen mit ungarischen Unternehmen.

Auch in Österreich, dem für jede Balkan- und Südostexpansion unverzichtbaren Zwischenglied, haben sich die westdeutschen Imperialisten längst wieder festgesetzt und einen verlässlichen Verbündeten für ihre Pläne. So hatte der damalige Staatssekretär im österreichischen Auswärtigen Amt, Carl H. Dobleter, schon 1965 in einem Vortrag unter der Überschrift „Österreichs Mittlerrolle zwischen Westeuropa und den südosteuropäischen Ländern“ das Interesse der österreichischen Finanzbourgeoisie an der Rückeroberung des Balkan so formuliert: „Auch Österreich will seinen vollen Beitrag zur Zusammenarbeit, zur Wiedervereinigung unseres Kontinents lei-

mit 21%, England mit 18%, Österreich mit 13%, der Schweiz mit 9%, den USA mit 8%, der Tschechoslowakei mit 8%, Belgien mit 7% ... (Trotzdem) sei gerade in diesem Lande mit seinen reichen Bodenschätzen eine Beteiligung Deutschlands erwünscht.“ (3).

Die zwei bzw. drei Jahre später vollzogene Annexion Österreichs (März 1938) und der Tschechoslowakei (September 1938 „Anschluß des Sudetenlands“, März 1939 „Zerschlagung der Resttschechei“ bzw. Aufrichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ und eines Vasallenstaats „Slowakei“) vereinte sogleich gut 26% dieses in Jugoslawien operierenden ausländischen Kapitals unter der Kontrolle der reichsdeutschen Banken und Monopole, entsprechender ökonomisch-politischer Druck auf die monarchistische Regierung dieses Landes wurde möglich. Als dieser Druck am Sturz jener Regierung scheiterte, überfiel Hitlerdeutschland am nächsten Tag (6.4. 1941) Jugoslawien, am selben Tag drangen außerdem heimlich in Rumänien konzentrierte und über Bulgarien herangeführte Truppen der faschistischen Wehrmacht in Nordgriechenland ein, um dieses Terrain dem Zugriff des britischen Imperialismus zu entziehen. Diese direkten militärischen Schritte der Annexion und Okkupation auf dem Balkan konnte das Dritte Reich nur gestützt auf die Kumpanei (monarchistischer bzw. faschistischer) großungarischer, großrumänischer und großbulgarischer (chauvinistischer) Regierungen betreiben. Das Dritte Reich nahm (teilweise zusammen mit Mussolini-Italien) die Funktion eines regionalen „Vermittlers“ zwischen diesen miteinander um Territorial-An-

sprüche rivalisierenden Regierungen wahr: Es beteiligte Ungarn mit einigen Gebietsfetzen an der Annexion bzw. Okkupation der CSR und Jugoslawiens, es zwang Rumänien per „Schiedsspruch“ zu Abtretungen an Ungarn und es „regelte“ in ähnlicher Weise die wechselseitigen Ansprüche zwischen Rumänien und Bulgarien, wobei es alle diese Regierungen mit dem „gemeinsamen Interesse gegenüber dem Bolschewismus“ zusammenband (4). Die politische Schwäche dieser Balkanländer gegenüber dem reichsdeutschen Imperialismus entsprang im wesentlichen der Ausbeuterherrschaft des nachfeudalen Großgrundbesitzes in diesen Agrarländern; an diese Schwäche knüpften (z.B.) die im folgenden auszugsweise wiedergegebenen Absichten der reichsdeutschen Monopole bzw. ihrer Regierungsorgane an: (Der Chef des H. Göringschen



... stets erstes Kriegsziel Richtung Balkan. 1941 Einmarsch in Griechenland.

Stabsamtes für den Vierjahrsplan, Neumann, an das Auswärtige Amt/Berlin, 15.1. 1941.) „Zur Frage der künftigen Wirtschaftspolitik gegenüber Südosteuropa – (Wir müssen) ... auf eine möglichst große Überschußproduktion jener Länder bedacht sein, weshalb wir in keinem Fall an einer Entwicklung mithelfen können, die das dortige Lebensniveau auf Kosten der für uns verfügbaren Überschußproduktion erhöht. Wir hätten dann genau das Gegenteil dessen erreicht, was aus wirtschaftspolitischen und wehrwirtschaftlichen Gründen angestrebt werden muß ... Auch wird nicht als vordringlich angestrebt werden können, die in der drückenden agrarischen Überbevölkerung zum Ausdruck kommende ‚verdeckte Arbeitslosigkeit‘ ... zum Verschwinden zu bringen ... In der Tat sind die überschüssigen Arbeitskräfte des Südostens das wertvollste Exportgut, das uns jene Länder ... liefern können“ (5). Zusammenfassend läßt sich somit feststellen, daß die nationalsozialistische Balkan-Politik auf die Schaffung *imperialistischer Arbeitsteilung* abzielte, bei der jene südosteuropäischen Länder die *Dauerfunktion von Rohstoff-, Agrarprodukte- und Arbeitskräfte-Lieferanten* übernehmen sollten.

(1) Deutschland und Südosteuropa, Graz 1942, S. 134; (2) R. Berndt, Wirtschaftliche Mitteleuropapläne des deutschen Imperialismus (1926-1931); Wiss. Zschrft. d. Unvers. Halle, DDR, 1965, S. 227ff; (3) R. Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln, 1977, S. 627f; (4) Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Baden-Baden, 1953, Serie D: Bd. V (Südosteuropa; Sept. 1937-März 1939) und nachfolgende Bände; (5) dokumentiert in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, DDR, Nr.5, 1972, S. 924f; Weitere Quellenhinweise: Griff nach Südosteuropa – Neue Dokumente, Berlin/DDR, 1973; O. Leibrock, Der Südosten, Großdeutschland und das neue Europa, Berlin 1941

sten“. Mit Blick auf die alten habsburgischen Balkantraditionen fügte er hinzu: „Österreich wird, eingedenk seiner alten europäischen Verantwortung, nicht versäumen, das Seine beizutragen, um das Gemeinsame, das uns Europäer verbindet, stärker werden zu lassen als alles Trennende.“

Zudem verfügen die westdeutschen Kapitalisten in Österreich inzwischen bereits wieder über ansehnliche Mittel, um ihre eigenen Balkaninteressen auch von dort aus verfolgen zu können. Mit über 7 Mrd. DM Schulden bei westdeutschen Banken und 105000 Lohnabhängigen in westdeutschen Niederlassungen ist das Land schon seit Jahren ein Schwerpunktland für westdeutsche Kapitalexperte.

Diese so zurückgewonnenen wirtschaftlichen Einflußmöglichkeiten, insbesondere die seit Jahren gestiegenen Kreditschulden der Balkanländer bei westdeutschen Banken, sind den westdeutschen Imperialisten jetzt

Grund genug, eine andere Tonart anzuschlagen. Schon Anfang 1982 hatte Außenminister Genscher in der Zeitschrift „Europa-Archiv“ unzweideutig die westdeutsche Absicht kundgetan, die „europäische Einigung“ auch auf den Balkan auszudehnen, und die Sowjetunion zum Rückzug aus dem Balkan aufgefordert. Genscher: „Es gehört keine Prophetengabe dazu, vorzusagen, daß die Sowjetunion stabile Beziehungen zu ihren osteuropäischen Bündnispartnern nur gewinnen kann, wenn sie auf das Verlangen der osteuropäischen Völker nach Reform und Verwirklichung ihrer europäischen Identität konstruktiv antwortet.“ Kurz darauf demonstrierten die westeuropäischen Imperialisten unter führender Beteiligung westdeutscher Banken den Staaten des Balkan, wie sie dieser „Verwirklichung der europäischen Identität“ nähergebracht werden sollen. Binnen weniger Tage entzogen westliche imperialistische Banken so-

wohl Ungarn wie auch Rumänien mehrere hundert Millionen DM Kredite. Die rumänische Regierung mußte prompt, um eine öffentliche Zahlungsunfähigkeitserklärung zu vermeiden, in Umschuldungsverhandlungen einwilligen. Ein Jahr lang zögerten dann die westdeutschen Banken ihre Teilnahme an diesen Verhandlungen hinaus – mit dem Ergebnis, daß Genscher vor zwei Wochen triumphierend aus Bukarest mitteilen konnte, die zuvor von der rumänischen Regierung gegen deutschsprachige Aussiedler verhängten Auswanderungsgebühren seien vom Tisch, und das 1973 abgeschlossene Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit werde ebenfalls verlängert. Welche weiteren Vergünstigungen für ihr verbliebenes Siedlerpersonal und für ihre weitere Einmischung in rumänische Angelegenheiten die BRD-Imperialisten auf diese Weise erpreßten, ist noch nicht bekannt.

„Inseln der Marktwirtschaft“ – Kapitalanlagen westdeutscher Kapitalisten in den Balkanstaaten

Ca. 60% der ungarischen Kooperations- und Gemeinschaftsunternehmen mit kapitalistischen Unternehmen sind in den Händen der westdeutschen Kapitalisten, in Jugoslawien halten die BRD-Imperialisten mit rund 30% der abgeschlossenen Verträge ebenfalls die Spitzenposition, in Rumänien sind sie ebenfalls die größten kapitalistischen Investoren. Lediglich gegenüber Bulgarien, das erst seit 1980 Gemeinschaftsunternehmen mit kapitalistischen Unternehmen zuläßt, können die BRD-Imperialisten erst den Erfolg von etwa 40 Kooperationsverträgen, aber keinem Gemeinschaftsunternehmen verzeichnen.

Die Siemens AG verfügt über Kooperationsverträge mit Bulgarien und Rumänien, Gemeinschaftsunternehmen mit jugoslawischen Unternehmen und die Firma Sicontact, einem Gemeinschaftsunternehmen mit der ungarischen Außenhandelsbehörde Intercooperation. Die Zigarettenkapitalisten Reemtsma und Bergmann haben Kooperations-Lizenzverträge mit Bulgarien abgeschlossen und wandeln in den Fußstapfen des reichsdeutschen Tabakmonopols. Daimler Benz und VW sind jeweils an Gemeinschaftsunternehmen in Jugoslawien beteiligt und haben Kooperationsverträge mit bulgarischen, ungarischen und rumänischen Staatsunternehmen. Thyssen, Mannesmann und Krupp haben Kooperationsverträge mit Staatsunternehmen in Bulgarien, Rumänien und Ungarn abgeschlossen, in Jugoslawien verfügen sie über Anteile von 49% an Betrieben, in Rumänien hält die Zahnradfabrik Renk einen Anteil von 49% des Kapitals an Resita-Renk.

Die Kooperationsverträge sehen überwiegend eine Arbeitsteilung in der Art vor, daß in den Staatshandelsländern Teilprodukte oder Halbfertigprodukte hergestellt werden, die zum größten Teil in der BRD mit den restlichen Teilen fertigmontiert werden, zum Teil geschieht die „Kooperation“ auch in Fertigmontage in den Staatshandelsländern, oder wie z.B. verschiedene Kooperationsverträge der Textilindustrie mit jugoslawischen, rumänischen und ungarischen Betrieben vorsehen, durch „Lohnfertigung“: Die BRD-Kapitalisten liefern die Stoffe, z.T. zugeschnitten, und die Arbeiter in den „Kooperations-Ländern“ nähen sie zusammen, die westdeutsche „Kooperations-Firma“ verkauft die fertigen Kleidungsstücke dann wieder in die BRD oder andere Staaten. Die Staatshandelsländer garantieren die Fertigung zu einem niedrigen Kostensatz, weil sie durch diese Exporte Devisen für Importe erlangen können, die sie benötigen.

Als „marktwirtschaftliche Inseln im Meer des Plansystems“, so die „Wirtschaftswoche“, betrachten die westdeutschen Imperialisten diese Unternehmen und melden entsprechende Ansprüche auf Ausdehnung ihrer Wirtschaftsweise in diesen Staaten an: Die Siemens AG klagt über „leistungsdämpfende“ Lohnformen in Bulgarien und Rumänien, alle westdeutschen Kapitalisten protestierten gegen den neuen Entwurf des jugoslawischen Investitionsgesetzes, weil die Rechte der Arbeiterräte nicht ausreichend beschränkt seien

Quellenhinweis: BfA, Reihe „Ostinformationen“; F. Levčík, J. Sternkowsky, Industrielle Kooperation zwischen Ost und West, Wien 1977; Wirtschaftswoche v. 28.1.83



Die Kapitalisten fordern Beschränkung der Arbeiterkontrolle in den jugoslawischen Betrieben. Bild: Aluminiumproduktion in Jugoslawien.

Die ungarische Regierung mußte zwar keine Umschuldungsverhandlungen eröffnen, trat dafür aber im Sommer 1982 als zweites Land des RGW in den von den Imperialisten kontrollierten Internationalen Währungsfond ein.

Vor allem aber: die westdeutschen Imperialisten beginnen wieder unverhohlen mit der Propagierung ihres alten „Großmitteleuropa“-Konzepts faschistischen Angedenkens. So sah sich der Nürnberger „Südosteuropa-Experte“ Prof. Dr. Franz Ronneberger schon 1980 in der Zeitschrift der eingangs erwähnten Südosteuropa-Gesellschaft in der Lage, wieder unverblümte großdeutsche Ordnungsansprüche für den Balkanraum anzumelden. Schließlich wisse doch jeder, „daß

1. in Südosteuropa kein Staat die anderen an Bevölkerungszahl, wirtschaftlichen Ressourcen und industriell-technischer Entwicklungshöhe so überragt, daß er zum Kristallisationskern eines spezifisch südosteuropäischen politischen Systems werden könnte;

2. komplementär zu diesem Tatbestand die Nachbarländer Südosteuropas im Westen und Norden (Italien, Deutschland und Rußland) um ein Mehrfaches volkreicher sind, über große wirtschaftliche Ressourcen verfügen und sich zu Industrieländern der höchsten Stufe entwickelt haben“

und daß

„3. die politischen Interessen dieser Großvölker in Südosteuropa einander überschneiden“.

Womit dieser Nürnberger Geopolitiker gleich mehrere Gründe geschaffen hätte, die den westdeutschen Imperialisten als Vorwand für ihre Ansprüche auf den Balkan dienen könnten. Erstens sind sie ein „Industrieland der höchsten Stufe“ und als solches bekanntlich schon immer zur Beglückung der Menschheit berufen. Zweitens sind sie Vertreter eines „Großvolkes“, dessen „Interessen“ zumindest bis weit nach Südosteuropa hineinreichen. Und das, wo auf dem Balkan doch, wie jedes Schulkind aus dem Geschichtsunterricht weiß, seit Jahrzehnten „latente und akute Spannungen“ bestehen, die „hauptsächlich in der ethnischen Streulage wurzeln.“

Bei solch wurzelhafter Erkenntnis von Kriegsgefahren auf dem Balkan durch „ethnische Streulagen“ der dortigen Nationen muß ein „Großvolk“ doch eingreifen! Zumal, wie der Professor in seinem Aufsatz für die vom Auswärtigen Amt finanzierte Gesellschaft weiter schreibt,

„1. fast alle Länder Südosteuropas keine strategisch günstigen Grenzen besitzen.“

Ein Jahr später wird dieser Südosteuropa-Experte in der gleichen Zeit-

schrift noch deutlicher. Der im folgenden zitierte Aufsatz geht auf einen Vortrag zurück, den der Professor auf einer am 17. Juni 1981 in der evangelischen Akademie Hofgeismar abgehaltenen „Mitteleuropa-Tagung“ gehalten hat. Nachdem Ronneberger sich neuerdings über das „Großvolk der Deutschen“ ausgelassen hat, das auf dem Balkan in unmittelbarer Nachbarschaft „zu zahlreichen Mittel- und Kleinvölkern“ lebe, zu „verspäteten Nationen“ zudem, die statt sauber auf völkische Trennung zu achten, seit jeher auf dem Balkan ein einziges „ethnisches Gemengelage“ veranstalteten und deshalb ständig in Spannung zueinander lebten, denen zudem eigentlich immer eine eigene „urbane Führungsschicht“ gefehlt habe, stellt er dann für alle Balkanstaaten, die dem RGW angehören, sowie für Jugoslawien fest, „daß die politische Kultur in diesen Ländern noch nicht ihren angemessenen Ausdruck in der bestehenden Staats- und Regierungsform gefunden hat.“ Im Klartext: Konterrevolution ist erwünscht. Und welche? Ronneberger: „Allen Konstruktionen, die auf eine Separation der südost- und ostmitteleuropäischen Kulturen von der deutschen hinauslaufen, fehlen Gegengewichte. Sie wirken einseitig und isoliert. Die deutsche Kultur, der in diesem Zusammenhang selbstverständlich auch die österreichische zuzuordnen ist, ist mit so vielen Fäden an die Kulturen der östlichen Nachbarn verwoben, daß *Stabilität und Entwicklung allein unter Berücksichtigung dieser Bindungen möglich scheint.*“ (Hervorhebung vom Verf.)

Ronneberger weiter: „Das Mitteleuropa-Syndrom taucht auf, wenn sich Deutschland in einem kritischen Punkt seines politischen Schicksals befindet. Das Thema hat stets etwas programmatisches. Es geht um die Zukunft. Man kann also getrost sagen: die Beschäftigung mit Mitteleuropa ist keine akademische Angelegenheit, sondern hat von vornherein politische Qualität. *Das trifft sich mit den Schwierigkeiten, geographische Grenzen auszumachen.*“ (Hervorhebung durch d. Verf.)

Mit dem „Ausmachen“ von „Grenzen“ hatten die westdeutschen Imperialisten und ihre Vorgänger bekanntlich schon immer ihre „Schwierigkeiten“. Hinter den „Friedenssicherungs“-Ankündigungen des Staatsminister Mertes und anderer gegenüber dem Balkan verbirgt sich die Androhung, diese „Schwierigkeiten“ durch einen neuerlichen Balkanfeldzug beheben zu wollen.

Quellenhinweis: Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik (Hrsg.), Europa-Archiv, Heft 15/1965 und 4/1982, Bonn; Südosteuropa-Gesellschaft (Hrsg.), Südosteuropa-Mitteilungen, Ausgaben seit 1975, München; Keesings Archiv der Gegenwart, Meldungen zur Balkanpolitik unter „Deutschland, West-, Außenpolitik“, Ausgaben 1954 bis 1965; R. Opitz (Hrsg.) Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 bis 1945; Handelsblatt, 3./4.6.1983

Siedlerumtriebe auf dem Balkan in der Tradition des deutschen Imperialismus

350000 „Deutsche“ in Rumänien, 200000 oder mehr in Ungarn, 8000 in Jugoslawien und noch einige Tausend in der „Süddobrukscha“ in Bulgarien: Genügend Reste des alten Kolonisten- und Siedlerpersonals für die Bundesregierung, um direkt an die „Volkstumspolitik“ ihrer faschistischen Vorgänger anzuknüpfen, für die der „Schutz deutscher Volksgruppen“ in den ost- und südosteuropäischen Ländern stets den Vorwand für Einmischung und Kriegserklärungen abgab. Bereits im Grundgesetz wurde in Artikel 116 festgehalten, daß „Deutsche“ auch all jene



Alte Kolonialfestung in Sibiu, „Hermannstadt“ – einst zum Schutz deutscher Grundbesitzes errichtet, eine „kulturelle Großtat der Siebenbürger Sachsen“.

sind, die sich irgendwann in der Zukunft als „Vertriebene oder Flüchtlinge deutscher Volkszugehörigkeit“ in der BRD niederlassen würden, einschließlich ihrer „nichtdeutschen“ Ehegatten sowie Abkömmlinge. Damit hatte die BRD erklärt, daß sie die traditionellen Verbindungen zu dem ganzen alten Siedlerpersonal aufrechterhalten und nutzen will. Im Bundesvertriebenengesetz von 1953 wurden dann als „Aussiedlungsgebiete für dort noch ansässige Deutsche“ die Staaten aufgezählt, in denen die westdeutsche Regierung die Vertretung der dort verbliebenen Kolonisten mit „deutscher Volkszugehörigkeit“ beansprucht, darunter Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Albanien.

Zwar ist die alte Siedlerherrlichkeit – wie etwa in Rumänien im Jahre 1943: „ca. 75000 deutsche Bauernhöfe mit ca. 600000 ha Grund“, „rund 420 deutsche Industriebetriebe“, „deutscher“ Anteil an der Gesamtproduktion von Nahrungsmit-

teln 43%, Textilindustrie 37%, Metallindustrie 18% usw. –, auf die sich die Faschisten als „deutsche Volksgruppe“ stützten, seit der Enteignung des Großgrundbesitzes und der Kollektivierung zu Ende. Über die Folgen dieser Mißachtung der „kulturellen Leistungen der Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen“ klagt denn auch Hans Hartl, Redakteur der Südosteuropa-Gesellschaft, in einer „Bestandsaufnahme“ anlässlich der Staatsvisite des Bundespräsidenten“ Carstens in Rumänien im Oktober 1981: „Während früher die deutsche Volksgruppe sich auf einem breiten bäuerlichen Sockel aufbaute, besteht heute ihr ‚Unterbau‘ aus einer amorphen ‚proletarischen‘ Masse.“ Auch die evangelische Kirche, „die einst als Volkskirche eine wichtige volkstumerhaltende Funktion ausübte, kann dem Assimilationsprozeß um sie herum kaum noch entgegenwirken“. Und schon sieht er als drohende Gefahr: „... länger als zwei, drei Generationen wird es in Rumänien keine deutschsprachige Minderheit mehr geben, darin sind sich Kenner der Entwicklung einig.“

Aber 60 oder 90 Jahre sind noch lange hin und so will die Bundesregierung alles tun, um „die Zuversicht derjenigen Deutschen zu stärken, die Rumänien als ihre Heimat betrachten, die hierbleiben wollen, und zwar als Deutsche hierbleiben wollen ...“ (Carstens, 1981 in Rumänien). Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag stellte „Zur Lage der Deutschen in Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße sowie in Mittel- und Osteuropa“ im Sommer 1982 fest: „Die Klärung der personalen und Vermögensrechte der Deutschen durch frei vereinbarte Regelungen steht aus.“ Und sie fragte an: „Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Rumänien zur Verbesserung der tatsächlichen Lage der deutschen Minderheit durch Verhandlungen zu veranlassen ...?“ Die Forderungen nach Erleichterung der „Aussiedlung“ steht diesen Absichten, die rund 350000 „Deutschen“ in Rumänien als Vorposten des westdeutschen Imperialismus zu nutzen, keineswegs entgegen. Die Siedlermoral wird auf jeden Fall gehoben, wenn die Aussicht besteht, für Besitzansprüche in Rumänien als „Aussiedler“ wenigstens in gewissem Umfang entschädigt zu werden.

Quellenhinweis: Südosteuropa-Mitteilungen 4/81; Bundestagsdrucksache 9/1826

Tarifloser Zustand im Einzelhandel

Stuttgart. Angriffe der Kapitalisten an verschiedenen Fronten (kein Rationalisierungs-schutzabkommen, Negativkatalog zum neuen Manteltarifvertrag, reines 3,2%-Angebot ohne Berücksichtigung der unteren Tarifgruppen) haben die HBV in Baden-Württemberg veranlaßt, dem Gehaltsangebot der Kapitalisten nicht zuzustimmen. Sie hatte 6%, mindestens 100 DM gefordert. Der Einzelhandelsverband hat seinen Mitgliedern in einem Rundschreiben untersagt, betriebliche Abschlagszahlungen zuzugestehen. Die HBV plant im Herbst Aktionen, um Einkommensverbesserungen doch noch durchzusetzen.

Verschärfte Selektion an den Schulen

Stuttgart. Das Kultusministerium hat für die Grundschüler, die keine Schulempfehlung für eine weiterführende Schule erhalten, die Notenschnitte in den Aufnahmeprüfungen drastisch angehoben. Für Realschulen muß ein Schnitt von 3,0, für Gymnasien 2,5 erreicht werden. Bisher war für beide Schularten 4,0 erforder-

Rund 150 Teilnehmer hatte eine Schülerdemonstration gegen BAFöG-Streichungen und die reaktionäre Schulpolitik der CDU/CSU am 11.6. in Duisburg. Der NRW-Landes-schülersprecher Devries forderte dazu auf, an den Schulen BAFöG-Initiativen zu gründen. Der Landesverbindungs-lehrer Rosenberg, gegen den die Schüler-Union eine Berufs-verbotskampagne angezettelt hat, wandte sich gegen den Einsatz des Notenknüppels zur Auslese und Unterdrückung der Schüler. Die LSV hat gegen die Hetze der Schüler-Uni-on Stellung genommen.

lich. GEW und Landeseltern-beirat lehnen Aufnahmeprü-fungen generell ab. Weiter soll ab Schuljahr 1985/86 eine für alle Zehntklässler an Gymnasien obligatorische Mittlere Reifeprüfung eingeführt werden: In Deutsch, Mathe und erster Fremdsprache sind übers Schuljahr verteilt zentral ge-stellte Klassenarbeiten zu schreiben und doppelt zu be-werten. Bisher genügte das Versetzungszeugnis nach Klasse 11 als Nachweis der Mittleren Reife. Der Gesamteltern-beirat lehnte dieses Vorhaben am 7.6. mehrheitlich ab.



3,5% nach drei- tägigem Streik

Hannover. Nach drei Tagen Streik vom 29.5. bis zum 1.6. erzielte die ÖTV im privaten Speditions- und Omnibusge-werbe Niedersachsens einen neuen Tarifabschluß. 2,75% hatten die Kapitalisten gebo-ten. Daraufhin haben die Mit-glieder der ÖTV in diesem Ge-werbe mit 87,4% den Streik für eine 5,2- bis 5,7-prozentige Lohnerhöhung beschlossen. Mehr als ein Dutzend Betriebe in Niedersachsen wurden be-streikt. Bereits nach dem er-sten Streiktag erklärte sich ein hannoversches Unternehmen bereit, einen Firmenvertrag ab-zuschließen, um durch den Streik nicht in Auftragsverzug zu geraten. In der Nacht zum 2.6. haben sich ÖTV und Transportkapitalisten auf ei-nen neuen Tarifvertrag geei-nigt. Rückwirkend vom 1. April werden Löhne und Ge-hälter um 3%, ab 1. Juni um 3,5% erhöht. 35000 Beschäf-tigte sind von diesem Tarifver-trag betroffen.

ÖTV-Protest gegen Fahrplaneinschränkung

Essen. Mit dem neuen Som-merfahrplan des Verkehrsver-bundes Rhein-Ruhr (VRR) – gültig ab dem 29.5.83 – sind 171 Züge und 36 S-Bahnen ge-strichen worden. Die Abstände der Abfahrtszeiten sind bei einigen Bussen und Bahnen von 20 auf 30 Minuten verlängert worden. Insbesondere für Um-steiger bedeutet dies einen noch größeren Zeitaufwand, um zur und von der Arbeit zu kommen. Die vielgerühmte er-zwungene „Mobilität“ der Ar-beiter und Angestellten im Ruhrgebiet soll nicht nur mit

mehr Zeit bezahlt werden. An-fang 1984 will die VRR mit ei-ner Tarifierhöhung nachzie-hen. Gegen die jetzigen Fahr-planeinschränkungen führt die ÖTV eine Unterschriftenak-tion durch. Dort schreibt die ÖTV unter anderem: „Wir brauchen keine neue Autobah-nen, wenn wegen fehlender Fi-nanzmittel im Ruhrrevier Sie länger oder vergebens auf ihre Bahn oder ihren Bus warten müssen. Wir brauchen auch keinen Rhein-Main-Donau-Kanal, dessen Bau von vielen Wissenschaftlern als sinnlos, verschwenderisch und natur-zerstörend angesehen wird, wenn in Nordrhein-Westfalen dem öffentlichen Nahverkehr nicht die notwendigen Gelder zur Verfügung gestellt werden können“. Die ÖTV fordert die staatliche finanzielle Verant-wortung für den Nahverkehr.

Kirche schränkt Vertretungsrechte ein

Auf Beschluß der Arbeits-rechtlichen Kommission des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche Deutsch-lands wurden zum 1.4. die in der Mitarbeitervertretungs-ordnung geregelten Rechte der Mitarbeitervertretungen (MV) erheblich beschnitten. So ist die Mitbestimmung durch die MV bei ordentlichen Kündi-gungen aufgehoben. Die MV muß jetzt lediglich angehört werden. Verbunden damit gilt bei Eingruppierung, Kündi-gung u.a. die Schweigepflicht jetzt auch gegenüber den Be-troffenen. Desweiteren kön-nen nur noch Mitglieder „an-erkannter christlicher Kir-chen“ in die MV gewählt wer-den. Dies alles läßt auf umfang-reiche Angriffe auf die Be-schäftigten schließen.



150000 demonstrierten am 12. Juni in Madrid unter der Losung „NATO nein, Referendum ja“. Die Demonstration richtete sich gegen die im Mai 1982 vollzogene Mitgliedschaft Spaniens in der NATO und verlangte, daß die seinerzeit von der Regierung zuge-sagte Volksabstimmung über die NATO-Mitgliedschaft jetzt durchgeführt werden soll. Demgegenüber erklärte der Verteidi-gungsminister, daß ein Referendum nicht vor 1985 stattfinden werde. Zur ebenfalls auf der Demonstration erhobenen Forde-rung nach Auflösung der US-Militärbasen erklärte nach der De-monstration Ministerpräsident Gonzales, Spanien werde das Mili-tärabkommen mit den USA einhalten. Zu der Demonstration hatten über 30 Organisationen aufgerufen, neben der Kommuni-stischen Partei (PCE) die Gewerkschaften CCOO und auch die UGT, die der Regierungspartei PSOE-nahe Gewerkschaft.

Sanitärhandwerk

Die Ergebnisse des Streiks im Sanitärhandwerk Hamburg

Hamburg. Vom 9. Mai bis zur Urabstimmung am 7./8. Juni haben Arbeiter und Angestellte im Sanitärhandwerk Hamburg im Streik gestanden: Für 6,5% mehr Lohn und Gehalt und gegen beabsichtigte Angriffe der Kapitalisten auf den Mantel- und Akkordtarifvertrag. Beim Akkordtarifvertrag wollten die Kapitalisten einschneidende Lohnsenkungen von 30% durchsetzen (siehe Politische Berichte 9 und 10/83).

Die Streikfront stand von Anfang an ordentlich, 18 ausgewählte größere Betriebe wurden bestreikt. Zu Arbeitsbeginn trafen die Arbeiter vor ihren Betrieben ein, um die Streikposten zur Besetzung der Baustellen einzuteilen. Die IG Metall hatte in vier Stadtteilen Streiklokale eingerichtet. Viele Klempner sind erst zu Beginn des Streiks in die IGM eingetreten und haben gleich am Streik teilgenommen.

Als ein Baukapitalist mit Hilfe der Polizei Streikbrecherarbeiten durchsetzen wollte, hatte die IGM-Streikleitung dafür gesorgt, daß die komplette Baustelle von der Bauberufsgenossenschaft wegen „schwerwiegender Verstöße gegen die Sicherheitsbestimmungen bei Erdarbeiten“ stillgelegt wurde. Streikposten berichteten von Baustellen, daß sich die Bauhandwerker daran beteiligten, Streikbruch zu verhindern. Die SAGA (Städtische Wohnungsbau-gesellschaft in Hamburg) hatte auch – im Gegensatz zur gewerkschaftseigenen Neuen Heimat – Streikbrecher-Betriebe beauftragt. Die IGM berichtete, daß Klempner von Bewohnern weggeschickt wurden.

Die Kapitalisten versuchten, durch besonderen Druck auf ausländische Arbeiter die Streikfront zu brechen. Die IGM hat die Hetze gegen die ausländischen Arbeiter als Nazi-Methoden zurückgewiesen. An der zentralen Streikversammlung der IGM nahmen mehrere hundert Arbeiter und Angestellte aus dem Sanitärhandwerk mit ihren Familienangehörigen teil. Wöchentliche Streikversammlungen sollten dazu beitragen, daß auch die Beschäftigten aus den „Ein-Mann-Betrieben“ einbezogen wurden.

Die üblichen Katastrophenmeldungen gegen den Streik der Arbeiter blieben natürlich nicht aus. So war Hamburg nach „BILD“ von Abwässern aus den Wohnungen überflutet, mußten viele Mieter in Notunterkünfte einziehen, weil ihre neuen Wohnungen wegen des Streiks im Sanitärhandwerk

nicht rechtzeitig bezugsfertig wurden usw.

Die Kapitalisten mußten aber feststellen, daß die Streikfront stand und ausgeweitet wurde. Sie fanden sich Anfang Juni wieder zu Verhandlungen bereit. Folgendes Verhandlungsergebnis wurde zur Urabstimmung vorgelegt:

1. Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen werden von April bis Juni um 3,25% = 45 Pfg. die Stunde erhöht. Ab Juli beträgt die Erhöhung 3,6% = 50 Pfg. Die Laufzeit des neuen Vertrages endet am 31.3.84.

2. Es wurde erstmals ein gemeinsamer Manteltarifvertrag von Arbeitern und Angestellten durchgesetzt, so wie ihn die IG Metall vorgeschlagen hatte. Die Arbeitszeit am 24.12 und 31.12. beträgt höchstens 4 Stunden, Mehrarbeit muß mit dem Durchschnitt bezahlt werden.

3. Die von den Kapitalisten geplante Kürzung von 30% im Akkordtarifvertrag wurde auf 15% von der Verhandlungskommission gedrückt. Für die Bereiche Erd- und Blecharbeiten wurden die gleichen Bedingungen des alten Akkordtarifvertrages übernommen, für den Bereich der Sielarbeiten sind Verbesserungen im Akkordtarifvertrag erreicht worden.

4. Kündigungsschutz für 55jährige oder nach zehnjähriger Betriebszugehörigkeit, sowie eine Verdienstsicherung.

An der Urabstimmung haben sich 69% der Mitglieder der IG Metall im Sanitärhandwerk Hamburg beteiligt, 90,5% stimmten mit „Ja“, 9,5%

stimmten mit „Nein“. Ab Donnerstag, den 9.6., wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Arbeiter und Angestellten im Sanitärhandwerk haben ihre Forderungen nicht durchgesetzt. Das erkämpfte Ergebnis ist aber angesichts der Absichten der Kapitalisten trotzdem beachtlich. Hatten sie doch vor, in einem Bereich, wo die Kampfbedingungen äußerst schwierig sind, weil die Kräfte nicht in einem Betrieb konzentriert, sondern zersplittert arbeiten, wo der Gegner so uneinheitlich ist – einerseits mittlere Kapitalisten und andererseits mitarbeitende Handwerksmeister –, einen Einbruch in den Lohnstandard zu erreichen, was ihnen nicht gelungen ist. Die IGM hat die objektiven Probleme durch Konzentration des Streiks auf die größeren Betriebe und guten Nachrichtenfluß in ihrer Streiktaktik berücksichtigt. Die IGM-Bezirksleitung hat aber auch darauf geachtet, daß die offensichtliche Solidarität in anderen Bereichen der IGM und anderen Gewerkschaften nicht „zu weit“ getrieben wird; das Beispiel könnte Schule machen.

§ 218

Frauenausschüsse gegen Verschärfung

Schleswig. Zunehmend wenden sich Gewerkschaftsgremien gegen die beabsichtigte Verschärfung des § 218. Die 7. Bundesfrauenkonferenz der DPG nahm einen „Initiativantrag gegen die beabsichtigte Streichung der Beihilfefähigkeit der Aufwendungen für nicht rechtswidrigen ... Schwangerschaftsabbruch und nicht rechtswidrige Sterilisation bei sozialer Indikation“ an, der ab 1.7. für Beamtinnen in Kraft treten soll.

Die 8. Bundesfrauenkonferenz der IG DruPa wandte sich gegen Änderungen bzw. rückgängigmachen des jetzigen § 218, gegen Kürzungen beim Mutterschaftsurlaub und -geld.

Die DGB-Frauen Schleswig haben zum 1. Mai auf Stelltafeln zur Geschichte des § 218 und zur jetzigen Regelung der Zwangsberatung nachgewiesen, daß sich der § 218 gegen die arbeitende Bevölkerung richtet. Auf einer Arbeitstagung der HBV „Frau und Arbeitswelt“ wurde Ende Mai in einer mehrheitlich verabschiedeten Resolution die ersatzlose Streichung des § 218, Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen auf Krankenschein und kostenlose und unschädliche Verhütungsmittel für Mann und Frau gefordert. Gleichzeitig wurden in einer Resolution mehr und bessere Kinderkrippen, -gärten und -tagesheime mit arbeitsgerechten Öffnungszeiten, be-



Streik der Klempner in Hamburg vom 9. Mai bis 7./8. Juni 1983

zahlter Elternurlaub, Verkürzung der Tagesarbeitszeit, keine Kürzung bei Mutterschaftsgeld und -urlaub gefordert, insgesamt Bedingungen, die es den berufstätigen Frauen und Männern etwas erleichtern, Kinder aufzuziehen.

Daß die Bedingungen, um Kinder aufzuziehen, sich verschlechtert haben, zeigt sich daran, daß mehr Frauen zum Schwangerschaftsabbruch gezwungen sind: 1981 waren es 87500, 1982 91100 legale Abtreibungen.

Die angestrebte Verschärfung des § 218 sowie insgesamt schlechtere Möglichkeiten der Kinderaufzucht für Berufstätige sind auch Schritte, die Familienideologie der CDU durchzusetzen, zu deren Bedingungen die Unterdrückung der Frauen gehört. Wenn sie sich gegen ihre Funktion als „biologi-

sches Muttertier“ wenden, wenn sich eine Familie bewußt für oder gegen ein oder mehrere Kinder entscheidet, wenn die Frauen an der Produktion teilnehmen (auch wenn dies zum großen Teil heute aus materiellem Zwang erfolgt), so sind das Voraussetzungen für die Emanzipation der Frau im Kapitalismus. Die reaktionäre Familienideologie verlangt Frauen, die sich in ihrer Frauenrolle ganz und gar fügen, und wenn sie schon an der Produktion teilnehmen müssen, dann sollen sie wenigstens zu den gedrücktesten Teilen gehören. Kürzung des Mutterschaftsgeldes und -urlaubes für Berufstätige, aber Ausweitung auf nicht berufstätige Hausfrauen und Verteilung der öffentlichen Pflege auf die Familien („Nächstenliebe“) sind Maßnahmen der CDU dahin.

fortzahlung stärkere Überprüfungen bei begründeten Zweifeln nach sich, wobei Bestrafungen bei Verstößen wegen Gefälligkeitsattesten z.B. mit Geldbußen bis zu 20000 DM ausgesprochen werden können ... Diese neuen legalen Möglichkeiten werden mit Sicherheit ausgeschöpft ...“

In dem Begleitschreiben führt Rihm eigene Untersuchungsergebnisse an über die Krankheitsabwesenheit 1982 in den Weinheimer Firmen Naturin, Weinheimer Gummiwerke, 3-Glocken-Werke: „In unserem Einzugsgebiet wurden 213 Arztpraxen mit Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen (AUB) ermittelt. Die anzahlmäßige Explosion zum Vorjahr hat uns veranlaßt, im beidseitigen Interesse einen sofortigen ärztlichen Zulassungsstopp zu beantragen. In Weinheim selbst wurden 62 Praxen registriert, die 1029 AUB ausstellten ... Von nur acht Arztpraxen Weinheims wurden nicht weniger als 58% der AUB erstellt ... Insgesamt 2055 gewerbliche Mitarbeiter wurden beobachtet, von denen durchschnittlich monatlich rund 11% AUB eingingen ... Es waren acht Ärzte (= 4% von 213) – sie sind uns schon länger persönlich bekannt – die in unserem Einzugsbereich wiederum 25% aller AUB ausstellten ...“

Die drei kleinen bzw. mittleren Betriebe in Weinheim befinden sich bei Bearbeitung des Problems der „zu hohen Krankheitskosten“ in guter Gesellschaft. So lud Daimler Benz Mitte No-

Lohnfortzahlung

Drohschrift gegen Ärzte: „Krankschreiben – nur wenn arbeitsunfähig“

Weinheim. Dies ist der Titel einer knapp 80-seitigen Broschüre von Dr. Siegfried Rihm, Geschäftsführer der 3-Glocken-Werke in Weinheim, gegen den „Deutschen Verteilungssozialismus“ und die Gesetze, die „im Sozialtaumel der 70er Jahre“ entstanden seien. Mit 25 „Denkvorgängen“ will Rihm etwas für die „Erkennung und Beseitigung des Lohnfortzahlungsmißbrauchs“ unternehmen.

Der Verfasser weiß genau, welche Beschäftigten die „überwiegend Arbeitsunfähigen sind“, nämlich die ungelernten weiblichen „Zuverdienerinnen, die auch die geringere Betriebsloyalität zeigen“. Da „eine einwöchige Arbeitsunfähigkeit die Firma pro Woche mindestens einen Tausendmarkschein kostet“, schlägt Rihm den Ärzten vor, „von morgens bis abends begründete Zweifel zu haben“ und um „kollegiale Kooperation bei den betroffenen Betrieben“ nachzusuchen: „Haben Sie als Arzt ... auch daran gedacht, daß für Auskünfte ein kompetenter Werksarzt oder ein betrieblicher Personalleiter auf Ihren kollegialen Anruf wartet, um mit Ihnen das Problem eines Lohnfortzahlungsmißbrauchs in besonderen Fällen zu besprechen?“

Für Rihm gibt es offensichtlich keine krankmachenden Arbeitsbedingungen, da „eine vom Patienten geschilderte Akkordarbeit in Wirklichkeit eine Prämiementlohnung (nicht nur juristisch) ist ... als Schichtarbeit oftmals die Arbeitszeit von 6 Uhr bis 14 Uhr oder auch von 14 Uhr bis 22 Uhr genannt wird, also völlig normale Tageszeiträume ... regelmäßige Nachtschicht von Männern – also ohne den Wechsel der

Arbeitszeiten – gar keine Schichtarbeit ist, da dabei der biologische Zeitrhythmus kaum gestört ist ...“. Folgerichtig wird in der Broschüre vorgeschlagen, „den Patienten zu fragen, ob er es vielleicht ohne Krankschreibung zunächst einmal probieren will, oder es einmal mit ein oder zwei Tagen probieren möchte ...“, denn: „Kranksein



Titelbild der Hetzbroschüre der 3-Glocken-Kapitalisten gegen „Krankfeiern“

oder krankfühlen heißt nicht grundsätzlich arbeitsunfähig sein!“ Und schließlich gibt es ja auch noch Teilarbeitsfähigkeit, „d.h. in jedem Betrieb unzählige Arbeitsplätze für Einarmige, Einbeinige, nur Sitzende, nur Beobachtende ...“

„Ärztliche Unkenntnis oder Ablehnung solcher Gedanken“, heißt es in einem Begleitschreiben zu der Broschüre, „zieht künftig bei der Lohn-

vermer des letzten Jahres in Bremen wie in Stuttgart-Untertürkheim Ärzte zu einer Konferenz ein, um sie darauf einzuschwören, weniger krankzuschreiben, öfter den Vertrauensarzt einzuschalten und sich dafür einzusetzen, daß wie früher Karenztage eingeführt und die Selbstbeteiligung der Versicherten an den Krankheitskosten erhöht werde. Und auch die Wirtschaftsjunioren befassen sich damit.

Von dem ihnen angehörenden Augsburger H. Kieser liegt die Veröffentlichung „Ursachen überhöhter Krankenquoten und Maßnahmen zu ihrem Abbau“ vor. Hieraus ist zu erkennen, daß es die Wirtschaftsunioren ungesund stört, daß die Ärzte doch nicht ganz so „verantwortungsbewußt“ handeln, wie sie es von ihren angestellten Hauptabteilungsleitern gewohnt sind. Den Ärzten sollen das „Wohl des Betriebes“ und „Produktionsleistung“ als höchste Werte eingeschränkt werden.

Der geplante Modellversuch der baden-württembergischen Landesregierung zu mehr „Kostentransparenz“ im Gesundheitswesen, vorerst für die Kasernenbezirke Heilbronn und Emmendingen geplant, erleichtert die Bestrebungen der Kapitalisten nach genauer Kontrolle zwecks Kostensenkung wesentlich. Dieses Transparenzprojekt sieht die Auswertung personenbezogener Daten von Krankenkassen und Ärzten vor – jährlich sollen ca. 3,6 Mio. Belege ausgewertet werden. Die Arbeitsunfähigkeitsfälle sind einer der Leistungsbereiche, die ausgeforscht werden sollen (vgl. Pol. Berichte 9/83).

Auf einer Pressekonferenz wandte sich die IG Chemie Mannheim entschieden gegen die von Rihm verfaßte Broschüre und stellte fest, daß 60% aller Beschäftigten vor Erreichen der Altersgrenze aus dem Erwerbsleben ausscheiden, die Kuren um 60% zurückgehen und die kassenärztliche Vereinigung bereits um die Gesundheit der Bevölkerung besorgt sei. Deshalb forderte die IG Chemie die Ärzteverbände auf, zu dieser Broschüre Stellung zu nehmen.

Bielefeld Rationalisierung durch Konzentration

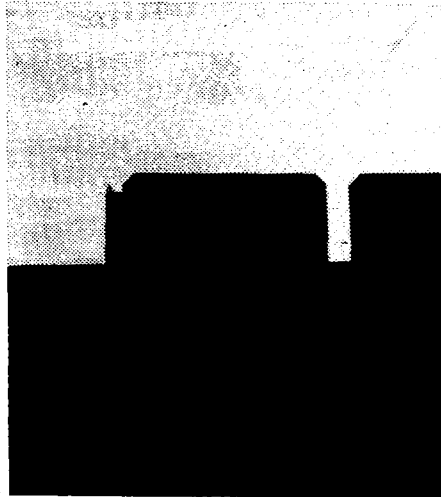
Bielefeld. An der Gütersloher Straße in Brackwede weisen die Möller-Werke mit riesigen Tafeln werbewirksam auf ihren Neubau hin (siehe Bild). Ein Kapitalist riskiert Millionen in der Krise, um Arbeitsplätze zu schaffen? Geht man der Sache nach, so sieht das natürlich anders aus.

Die Möller-Werke produzieren in vier Bereichen: Keilriemen, Leder, Faltenbälge und Kunststoffe. Sie haben über 900 Beschäftigte; der Jahresumsatz liegt bei 100 Mio. DM. Die Löhne und Gehälter richten sich nach der Lederbranche; die Arbeiter haben einen Haustarif.

Aus der Zeitung erfuhr man zuerst, daß zum 1.1.83 der Vertrieb mit über 30 Beschäftigten ausgelagert und als selbständige Firma „strongbelt GmbH“ weitergeführt wird. Nach kur-

zer Zeit wurde deren Kapital auf über eine Million aufgestockt, und es stellte sich heraus, daß ein Mitgesellschafter die Firma „Optibelt“ ist – immerhin größter Keilriemenhersteller in der BRD und bisher größter Konkurrent.

Die zweite Überraschung kam Anfang April, als bekannt wurde, daß die Keilriemenfertigung heruntergefahren wird. Mittlerweile steht fest, daß sie in drei Schüben bis Mitte 1984 eingestellt werden soll. Man würde schon jahre-



„Verdoppelung der Produktions- und Lagerflächen für ... Kunststoffverarbeitung“.

lang rote Zahlen schreiben, hieß es. Etwa 80 Beschäftigte sind davon betroffen und sollen innerhalb der Möller-Werke umgesetzt werden.

Steht ein Verkauf des Marktanteils von rund 7% an Optibelt dahinter? Die strongbelt GmbH wird immer weiter an Optibelt herangeführt, sozusagen schluckbereit gemacht. Sie bestellt Keilriemen, die bei Möller gefertigt werden können, bereits bei anderen Herstellern.

Die dritte Überraschung wurde den Arbeitern im Zweigwerk Westerloh bereitet: die Kunststoffblaserei kommt nach Brackwede. Etwa 50 Arbeiter müssen dann zusätzlich zur Arbeitszeit täglich die Reise Westerloh-Brackwede und zurück (50 km) machen.

Unter dem Strich kommt so heraus, daß von Möller eine Straffung und Konzentration der Produktion auf gewinnträchtigere Zweige durchzieht. Die neuen Maschinen in der Kunststoffverarbeitung haben einen hohen Automatisierungsgrad bzw. sind Großmaschinen (Kunststoffpressen für Stoßstangen) mit wenig Bedienung. So ist nicht einmal die Umsetzung aller Arbeiter aus der Keilriemenfertigung gesichert. Durch die Aufteilung auf zeitlich versetzte Einzelmaßnahmen werden dem Betriebsrat und der Gewerkschaft Leder die Abwehr von Nachteilen erschwert. Ein Interessenausgleich wird zur Zeit verhandelt. Ende Juni ist Betriebsversammlung.

HAW Anrechnung erfolgreich abgewehrt

Hamburg. Wie in der letzten Ausgabe der Politischen Berichte berichtet wurde, planten die Hamburger Aluminium Werke (HAW) die Anrechnung der 3,2% Tarifloohnerhöhung auf die übertariflichen Zulagen. Dieser Plan ging von den Vereinigten Aluminium Werken aus, die an HAW zu 33% beteiligt sind und für ihre Werke bereits eine Anrechnung beschlossen haben. Zum Beispiel die benachbarte Aluminiumhütte der VAW in Stade: Dort wird für viele Beschäftigte der ohnehin niedrige 3,2%-Abschluß (chemische Industrie) nicht ausgezahlt und damit das Lohnniveau noch weiter gesenkt. Leider fordern Betriebsrat und IG-Chemie lediglich dazu auf, bei den nächsten Vertrauensleutewahlen „die richtigen Frauen und Männer“ zu wählen.

Bei den HAW diskutierten Betriebsrat und IG-Chemie-Vertrauensleute gleich nach dem Bekanntwerden von Anrechnungsplänen über Gegenmaßnahmen. Als wirkungsvollstes Mittel wurde langsam Arbeiten, sowie Einhaltung von Sicherheitsmaßnahmen diskutiert. Der Betriebsrat kann zusätzlich durch Nichtgenehmigung von Überstunden die Belegschaft in dieser Auseinandersetzung unterstützen. Doch auf so eine Auseinandersetzung mochten sich die HAW-Kapitalisten gerade zu den Sommermonaten (hohe Fehlzeiten) nicht einlassen. Nachdem der Betriebsrat am 2.6.83 zu einer ganztägigen Sprechstunde einlud, an der sich im Laufe des Tages ca. 100 Beschäftigte beteiligten, gab die Geschäftsführung am 3.6.83 die Nichtanrechnung bekannt. Auch Streichungen bei den „Sozialleistungen“, Fahrgeldzuschuß, Kantinenzuschuß u.ä. sollten im Gegensatz zum letzten Jahr nicht vorgenommen werden.

Auf der Betriebsversammlung am 9.6. bestätigte der Geschäftsführer „Meinungsverschiedenheiten“ zwischen den an HAW beteiligten Kapitalisten. Während VAW auf Anrechnung drängte, schätzten Reynolds und Ranshofen den Widerstand der Belegschaft realistisch ein: Man habe „eigene Hamburger Probleme und eine nicht vergleichbare Personalstruktur“. Man sei deshalb den „Hamburger Weg“ gegangen. Gegenüber den Gesellschaftern müsse HAW „noch den Beweis erbringen, daß der Hamburger Weg richtig ist.“ Die Belegschaft sollte kostenbewußt arbeiten. Dazu sei eine „gute Zusammenarbeit“ mit dem Betriebsrat nötig. Der Betriebsrat forderte, die übertariflichen Zulagen per Betriebsvereinbarung abzusichern.

Halbierung der Betriebsrente, Umwandlung in Aktiengesellschaft

Schweinfurt. Im Januar hatte das Direktorium von FAG Kugelfischer dem Gesamtbetriebsrat erklärt, „daß die betriebliche Altersversorgung neu überdacht werden muß.“ (Siehe Pol. Ber. 8/83). Auf der letzten Gesamtbetriebsratsitzung Ende Mai wurde jetzt die Halbierung der Betriebsrente angenommen: Ein FAG-Beschäftigter soll künftig eine Betriebsrente in Höhe von 0,25% des pensionsfähigen Einkommens pro Dienstjahr erhalten, gegenüber bisher 0,5% pro Dienstjahr. Die Obergrenze für die Gesamtversorgung aus gesetzlicher Rente plus Betriebsrente soll von 70% auf 64,5% gesenkt werden.

Das Ausmaß der Kürzungen wird beträchtlich sein: Angenommen ein FAG-Arbeiter mit 2575 DM pensionsfähigem Einkommen (= Durchschnittslohn der Rentenversicherten im Jahre 1981) mit 40 FAG-Dienstjahren hätte 40 Jahre Beiträge auf den jeweiligen Durchschnittslohn der Rentenversicherten in die gesetzliche Rentenversicherung einbezahlt, so betrug seine Gesamtversorgung: gesetzliche Rente (nach Werten von 1981) 1139 DM plus Betriebsrente 515 DM. Gesamt 1519 DM = 64,2% des vorherigen Bruttoeinkommens, ca. 90% des Nettolohnes. Wegen der Halbierung der Betriebsrente auf 275,50 DM wird seine Gesamtversorgung auf 54,2% des vorherigen Einkommens, ca. 75,5% des Nettolohnes fallen.

Lagen die bisherigen Betriebsrenten bei FAG Kugelfischer bestenfalls etwa auf dem Niveau, auf welches die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst jetzt gesenkt werden soll (höchstens 90% vom Nettolohn), so sollen sie künftig noch stark unter diese Marke gedrückt werden.

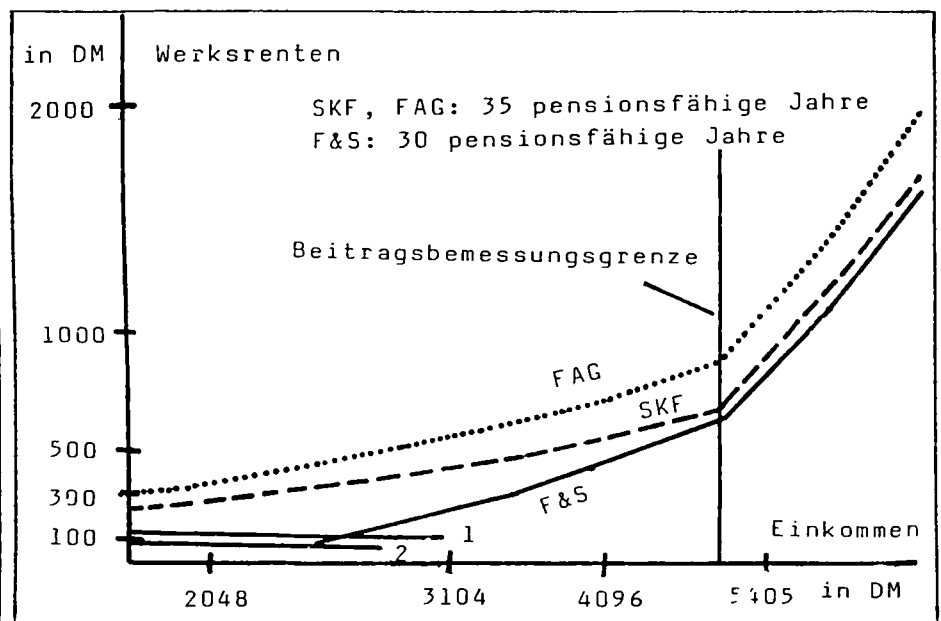
Im Schaubild haben wir die Betriebsrenten der Schweinfurter Metallkonzerne FAG Kugelfischer, SKF und Fichtel&Sachs einander gegenübergestellt. Nach der Halbierung der Betriebsrente wird FAG Kugelfischer fast auf dem niedrigeren Niveau des unmittelbaren Konkurrenten SKF angelangt sein. Dazu muß man wissen, die FAG-Ruhegeldordnung wurde letztmals Ende 1978 gesenkt. Die SKF-Betriebsrenten wurden letztmals zum 1.1. 1980 um über 2/3 von 0,75% des bisherigen Einkommens pro Dienstjahr auf 0,2% gesenkt. Massive Betriebsrentensenkung ist die Devise der Konzerne seit Mitte der 70er Jahre. Für die Arbeiter und Angestellten kommen die Senkung der gesetzlichen Altersrente, die Erhebung

von Krankenversicherungsbeiträgen auf Rente und Betriebsrente und die Auswirkungen von Frühpensionierungen dazu.

Leider ist von Seiten des FAG-Betriebsrats der Betriebsrentensenkung wie auch den vorhergehenden Streichungen von freiwilligen Sozialleistungen in Höhe von 3,9 Mio. DM/Jahr nichts Ernsthaftes entgegengesetzt worden. Das Direktorium argumentierte, die Fähigkeit des Konzerns, schwarze Zahlen in der Bilanz zu schreiben, sei durch überhöhte Betriebsrenten auf die Dauer gefährdet. Tatsächlich ist der Angriff auf die Betriebsrenten und andere nichttarifizierte

Obergrenze nur bei Werksrentnern mit über 43 Dienstjahren oder in Sonderfällen möglich und wird künftig noch weniger möglich sein. Offensichtlich sollen ausländische Arbeiter per Sonderregelung um Teile ihrer Betriebsrente gebracht werden.

Eigentlich müßte der Betriebsrat vor den FAG-Absichten gewarnt sein. Letztes Jahr sprach FAG-Direktor Masuch vor den Schweinfurter Wirtschafts-junioren. „Beim Schlagwort Arbeits- und Sozialgesetze äußerte sich Masuch kritisch zur Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfall. Eine differenzierte Haltung nahm der Manager auch zum Betriebsverfassungs- und Betriebsrentengesetz ein. In diesen Gesetzen getroffene Regelungen, wie Mitbestimmung bei Kündigungen, Versetzungen und Umgruppierungen, oder auch die Dynamisierung von Betriebsrenten und die Insolvenzversicherung seien auf Dauer für viele Unternehmen eine nicht zu tragende Bela-



Das Schaubild vergleicht die Werksrenten von FAG, SKF und F&S am Beispiel von Beschäftigten, die 1983 in Rente gehen. (1 = Facharbeiter, 2 = angelernte Arbeiter und Angestellte bis 2500 DM Bruttoeinkommen) Erst etwa oberhalb von F&S-Meistergehältern (Gehaltsgruppe V) sind die Unterschiede zu SKF nicht mehr so spürbar.

Zahlungen Vorbereitung auf die Umwandlung von FAG Kugelfischer von einer Kommanditgesellschaft in eine Aktiengesellschaft. Noch in diesem Monat soll der Einstieg von Banken unter Führung der Bayerischen Vereinsbank bei FAG verkündet werden.

Mit unhaltbarer Begründung wird der Einbau einer Sonderregelung in die FAG-Ruhegeldordnung vorbereitet. Angeblich soll wegen der Senkung der Obergrenze der Gesamtversorgung auf 64,5% die Betriebsrente nur von Werksrentnern mit weniger Dienstjahren (Ausländern) voll ausgeschöpft werden können. Tatsächlich war bereits bisher das Überschreiten der

stung.“ Ebenso „wachstumsfeindliche Tarifverträge“ wie „Tarifverträge über Leistungszulagenregelung, Pausenregelung, Kurzerkrankungen, überproportionale Anhebung unterer Lohngruppen, die Tarifierung freiwilliger Leistungen“ und „erschwerende Bedingungen für Kurzarbeit“. Was soll den Betriebsräten nach Masuch dann noch an wirksamen Mitbestimmungsrechten bleiben? Was soll an Tarifverträgen bleiben, wenn die „wachstumsfeindlichen“ fallen? Wann wird die IG Metall „eine auf Dauer nicht zu tragende Belastung?“

Quellenhinweis: Ruhegeldordnungen FAG, SKF, Fichtel & Sachs; Dir. Masuch in „Mainfränkische Wirtschaft“ 7-8/82

Betriebsrenten abgesichert?

Im Gesetz zur betrieblichen Altersversorgung von 1974 wurde u.a. die „Unverfallbarkeit“ von Betriebsrenten und die Absicherung im Falle von Konkursverfahren („Insolvenzversicherung“) geregelt. Im Gesetz werden fünf Formen der betrieblichen Altersversorgung unterschieden, für die unterschiedliche Regelungen bezüglich Unverfallbarkeit etc. gelten: betriebliche Ruhegeldverpflichtungen, Unterstützungskassen, Pensionskassen, Direktversicherungen, Höherversicherung.

„Betriebliche Ruhegeldverpflichtungen“ werden in über 80% der Fälle angewandt, so auch bei FAG. „Eine betriebliche Ruhegeldverpflichtung ist die auf einem Rechtsgrund beruhende Verpflichtung des Unternehmens, unter bestimmten Voraussetzungen aus eigenen Mitteln dem Arbeitnehmer oder dessen Hinterbliebenen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses einmalige oder laufende Versorgungsleistungen zu gewähren.“ Nach §1.(1) des Gesetzes sind solche direkt zugesagten Betriebsrenten dann unverfallbar und die Anwartschaft des Lohnabhängigen darauf wird behalten, „wenn sein Arbeitsverhältnis vor Eintritt des Versorgungsfalles endet, sofern in diesem Zeitpunkt der Arbeitnehmer mindestens das 35. Lebensjahr vollendet hat, und entweder die Versorgungszusage für ihn mindestens zehn Jahre bestanden hat, oder der Beginn der Betriebszugehörigkeit mindestens zwölf Jahre zurückliegt und die Versorgungszusage für ihn mindestens drei Jahre bestanden hat.“ Nach §§ 7 und 14 des Gesetzes können im Falle des Konkurses unverfallbare Rentenansprüche gegenüber dem Träger der Insolvenzversicherung, dem Pensions-Sicherungsverein geltend gemacht werden.

In der Regel werden bei „betrieblichen Ruhegeldordnungen“ allerdings „Vorbehalte“ formuliert, wie bei FAG auch: „Die Firma behält sich jedoch vor, die Leistungen zu kürzen oder einzustellen, wenn die wirtschaftliche Lage der Firma sich nachhaltig so wesentlich verschlechtert, daß ihr eine Aufrechterhaltung der zugesagten Leistungen nicht mehr zugemutet werden kann ...“

Quellenhinweis: Gesetz zur betrieblichen Altersversorgung, Beck-Texte/dtv 5 006; Ruhegeldordnung von FAG

Wiederaufarbeitungsanlage Sicherung des Atom- programms der BRD

Regensburg. Der Antrag auf Genehmigung einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) bei Wackersdorf in der Oberpfalz ist gestellt, die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung (DWK) rechnet 1984/85 mit einer Teilerrichtungs-genehmigung.

Ohne den Bau droht das Atomprogramm der Bundesregierung zusammenzubrechen, denn alle in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke (AKW) müßten Anfang der 90er Jahre stillgelegt werden, da sie den vom Atomgesetz geforderten „Entsorgungsnachweis“ nicht mehr erbringen können.

Als Mittel der Entsorgung gelten z.B. Trocken- und Naßlager auf dem Gelände des AKW, Abgabeverträge mit WAAs und Zwischen- bzw. Endlager. Die derzeitige genehmigte Lagerkapazität aller AKWs ist nahezu erschöpft. Die beantragten Kompaktlager sind noch nicht genehmigt oder werden z.T. aus Sicherheitsgründen nicht genehmigt werden. Die Verträge mit der französischen WAA in La Hague laufen 1985 aus. Zwischen- und Endlager für hochradioaktive Abfälle existieren nicht. Einen Ausweg als Entsorgungsnachweis bietet das Atomgesetz jedoch auch: Erklärt ein Bundesland die Bereitschaft, eine WAA zu bauen, ist das auch hinreichend.

Bayern, das Bundesland mit dem größten Anteil an Atomstrom (1982: 21%) hat diese Erklärung abgegeben. Die Bayerische Staatsregierung und die DWK sind mit Hochdruck dabei, die WAA als ideale Lösung des Atomabfallproblems zu verkaufen. Über das Verteilen von Hochglanzbroschüren hinaus wurden z.B. zu einer Ausstellung der DWK in Schwandorf Lehrer, Schüler, Ärzte, Gewerkschafter u.a. busweise angekarrt. Außerdem führt die DWK in Betrieben Veranstaltungen durch und lädt Interessenten zu kostenlosen Fahrten in die WAAs nach Karlsruhe, La Hague und Marcoule ein.

Ein wichtiges Argument der Betreiber ist: Wenn man die WAA habe, müsse man die hochgiftigen Brennstäbe nicht endlagern, sondern könne die rückgewonnenen Bestandteile immer wieder verwenden; man habe also einen echten Brennstoffkreislauf. Das ist eine Lüge. Das aus der Wiederaufarbeitung zurückgewonnene Uran läßt sich nicht endlos zu Brennstäben verarbeiten, sondern nur maximal zweimal, d.h. die Brennstäbe müssen nach zwei Durchläufen durch ein AKW (also ca. sechs Jahre) doch endlagert werden. Darüberhinaus tritt durch die Wieder-

aufarbeitung ein weiteres Problem auf: Die ehemals in den festen Legierungen befindlichen Brennstäbe werden chemisch aufgelöst, wobei schwer beherrschbare radioaktive Gase frei werden, alles übrige wird verflüssigt. Durch den Transport und den Auflösungsvorgang werden große Mengen von Material (Flüssigkeiten, Transportbehälter usw.) radioaktiv verseucht. Insgesamt ist das Volumen des verseuchten Materials 70mal größer als das des Brennstabs – und das alles muß endlagert werden.



Transparent auf der Demonstration am 21.5. 1983 in Wackersdorf

Die Bevölkerung der Oberpfalz ist über den geplanten Bau beunruhigt und verunsichert. Es haben sich Bürgerinitiativen gegründet, die durch eigene Informationen über die WAA aufklären, Veranstaltungen und Demonstrationen durchführen. Eine große Bewegung wie in Gorleben gibt es jedoch noch nicht. Um den Bau verhindern zu können, wird man noch erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen.

17. Juni

Konservative Aktion in Westberlin

Westberlin. Die reaktionären Umtriebe, die seitens der nach eigenen Angaben 45 000 Personen umfassenden „Konservativen Aktion“ in Westberlin veranstaltet werden, sind durch Presse, Rundfunk und Fernsehen umfänglich gewürdigt worden. Neben den Fackelmärschen zur und entlang der „Mauer“ sind auch direkte Provokationen gegen die ausländischen Arbeiter vor allem aus der Türkei und gegen die Hausbesetzer in Kreuzberg geplant. Mit Innensenator Lummer abgesprochen ist der Marsch zu einem bestimmten besetzten Haus, welches bislang

noch geheimgehalten wird. Ferner sind Provokationen gegen sowjetische Einrichtungen in Westberlin angekündigt. Bis auf eine Luftballonaktion sind alle Provokationen vom Innensenator als rechtmäßig beurteilt worden. Die Rufe von SPD, Alternative Liste und SEW nach Verbot dieser Aktionen verhallen ungehört.

Die Westberliner Linke ist sich uneins über den Charakter und die Bedeutung der ganzen Sache. Schon das offizielle Programm des Senats und der CDU mit einer Großveranstaltung im Freien und der Rede des Regierenden Bürgermeisters v. Weizsäcker ist mit Gleichmut aufgenommen worden. 45 Gruppen und Organisationen haben sich geeinigt, daß am 18. Juni eine Demonstration stattfinden soll gegen die „Konservative Aktion“. Dem Aufruf nach sollen im wesentlichen die „neuen und eigenständigen Formen des Zusammenlebens in Kreuzberg“, als dem Bezirk, den man besonders bedroht sieht, verteidigt und sich gegen Ausländerhetze und die „Wiedererstarkung eines deutsch-deutschen Feindbildes“ gewandt werden.

Der BWK hat versucht, darüberhinaus Zustimmung zu gewinnen für eine Richtung der Propaganda gegen die Kriegsziele der BRD, d.h. gegen die Großdeutschlandkampagne der Reaktion. Das ist uns gegenüber den Unterzeichnern des Aufrufs nicht gelungen. Das Motto der Konservativen Aktion „Einigkeit und Recht und Freiheit“ scheint auch bei vielen Linken Reaktionen hervorzurufen, die mehr mit dem „Deutschsein“ zusammenhängen müssen als mit einer antichauvinistischen Haltung. Die Grün-Alternativen gar verkünden per Zeitungsanzeige, daß sie für den 18. März als gesamtdeutscher Feiertag wären im Hinblick auf die Revolution von 1848. Ganz undeutsch dagegen ein Hausbesetzer, der meinte, man solle gegen die Konservativen ruhig sowjetische Panzer anfordern.

GEW Niedersachsen Beschlüsse der Landes- vertreterversammlung

Braunschweig. Drei große Themenbereiche beherrschten die Landesvertreterversammlung der GEW Niedersachsen in diesem Jahr: Ursachen der Lehrerarbeitslosigkeit und Maßnahmen dagegen, die Stellung der Gewerkschaft zur „bildungspolitischen Wende“ der CDU und die „Friedenserziehung“ an den Schulen angesichts des immer näherrückenden Termins zur Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD.

Im ersten Beschluß hielt die Landesvertreterversammlung fest, „daß die Arbeitslosigkeit nicht durch Lohnverzicht der Beschäftigten maßgeblich gemildert oder gar behoben werden kann. Deshalb lehnt die GEW eine Kürzung der Lehrergehälter entschieden ab.“ Die GEW fordert erneut eine „drastische Verkürzung der Wochenarbeitszeit“ sowie die Einstellung aller Lehrer zur „Behebung der Defizite im Bildungssystem“. Umstritten war, ob die GEW einen Fond gründen soll, um „pädagogisch notwendige Arbeit durch arbeitslose Lehrerinnen und Lehrer“ zu finanzieren. Nach langer Debatte entschied sich die Mehrheit für Fonds bei den Kreisverbänden, um Arbeitslosenselbsthilfegruppen – nicht nur Lehrern – Starthilfen zu geben.

Im Beschluß „Gegen die konservative Bildungspolitik und Trendwende in der Pädagogik“ wird der Angriff auf „Strukturen und Inhalte des Bildungssystems ... im Sinne der Thesen ‚Mut zur Erziehung‘“ zurückgewiesen. Selbstkritisch wird festgestellt, daß Fehlentwicklungen „es den konservativen Kritikern zu leicht gemacht haben, ihren Gegenkurs zu befestigen“, z.B. Diskussionen um „fortschrittliche Curricula“, ohne die konservativen Positionen gründlich zu kritisieren. Als Maßnahmen werden Tagungen, Öffentlichkeitsarbeit, Arbeitskreise, „Schule und Gewerkschaft“ etc. vorgeschlagen.

Die Debatte um die Friedenserziehung stand unter der Frage, was können und müssen die Gewerkschaften tun, um die Stationierung der Mittelstreckenraketen im Herbst zu verhindern. Die GEW soll im DGB-Bundesausschuss dafür eintreten, daß sich der DGB „nachdrücklich der Aufstellung von neuen Mittelstreckenraketen auf dem Gebiet der BRD widersetzt“ und der DGB soll prüfen, „ob durch einen Generalstreik die Aufstellung der Pershing II und der Marschflugkörper verhindert werden kann“. Die Entscheidung darüber soll ein außerordentlicher DGB-Bundeskongreß fällen.

Die wachsende Kriegsgefahr zu bekämpfen, war das wesentliche Anliegen der Delegierten; die Kritik der Kriegsvorbereitungen konzentriert sich jedoch auf die Kritik der Waffen: „... bei aller Kenntnis der internationalen Verflechtungen wäre eine Stationierung eine kaum mehr zu revidierende Eskalation der nuklearen Kriegsgefahr“, heißt es in der Begründung. Anhaltspunkte zur Kritik der Kriegsziele der westdeutschen Bourgeoisie finden sich lediglich in einigen Forderungen an den Kultusminister, z.B. die Beschlüsse „Zur deutschen Frage im Unterricht“ nicht anzuwenden, die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen anzuerkennen, militaristische Inhalte im Unterricht abzuwenden.

Nordrhein-Westfalen KZ-Methoden gegen Obdachlose

Düsseldorf. Zur Zeit läuft vor der XIV. Großen Strafkammer ein Prozeß gegen vier Polizeibeamte wegen „Körperverletzung im Amt“. Hinter dieser Anklage verbergen sich schlimmste Torturen, vollzogen von Beamten der Düsseldorfer Altstadtswache an obdachlosen Stadstreichern. Nicht nur von Schlägen wissen die „Berber“ zu berichten, sondern von solch widerlichen Quälereien wie dem erzwungenen gegenseitigen Verprügeln und anschließendem Aufkleben des Blutes vom Boden der Arrestzelle. Hauptverantwortlich ist der Dienststellenleiter Rieper, der seine Tätigkeit einführte mit den Worten: „Wenn ein deutscher Polizist über die Straße geht, muß eine Gasse entstehen“.

Die Altstadtswache liegt mitten im Düsseldorfer Kneipenviertel. Mangels anderer Unterkünfte halten sich hier viele der Düsseldorfer „Berber“ auf. Den Kneipenbesitzern und betuchten Anwohnern – die Altstadt gehört zu den teuersten Wohngebieten Düsseldorfs – sind sie schon lange ein Dorn im Auge. Eine „Bürgerinitiative“ zur „Säuberung der Altstadt von Pennern und Punkern“ unternimmt seit längerem Versuche, die Obdachlosen zu vertreiben.

Die Zahl der Obdachlosen betrug im März 1983 in Düsseldorf 2979. Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe und Obdachlosigkeit wird von der Stadtverwaltung selbst konstatiert. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg im letzten Jahr um 27%, die Zahl der zwangsgeräumten Wohnungen hat sich nahezu verdoppelt, eine direkte Folge der Praxis des Sozialamtes, Mietschulden nicht mehr zu bezahlen. Mit 338 DM im Monat, dem amtlichen Regelsatz, kann ein Leben „in geordneten Bahnen“ kaum noch finanziert werden. Die Straße wird zum einzig möglichen Aufenthaltsort. Asyl gibt es nur vier in Düsseldorf. Dort kann man nur übernachten, und das kostet noch.

Die Stadtverwaltungen reagieren ziemlich einhellig auf dieses Problem: In Wuppertal ist „das Verweilen auf Straßen und Plätzen im berauschten Zustand“ bereits verboten; in München sollen „soziallästige Elemente, wie Penner, Stadstreicher und Homosexuelle“ von speziellen Polizeitruppen verfolgt werden; in Düsseldorf hat sich Kommissar Rieper in guter deutscher Tradition zusammen mit seinen Kollegen der Sache angenommen, auf seine eigene, abscheuliche Weise.

Ministerpräsident Späths Akzeptanz-Strategie für eine Polzeischlacht um Wyhl

Freiburg. 3500 Leute nehmen an einer Bürgerversammlung gegen ein Kernkraftwerk Wyhl in Freiburg teil. Regierungspräsident Nothelfer wird ausgepiffen, als er mitteilt, das KKW müsse gebaut werden, weil „billiger“ Strom gebraucht werden würde, und außerdem sei es absolut sicher.

Die 3500 Teilnehmer beschließen eine Resolution: Erstens soll die Stadt Freiburg bei der Landesregierung den Verzicht auf das KKW Wyhl fordern. Zweitens soll sie sich an den Prozeßkosten der Bürgerinitiativen beteiligen. Drittens soll durch eine von der Stadt beauftragte unabhängige Forschungs-

unbestimmte Zeit „zwischengelagert“ werden sollen.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth mußte bei einem Vororttermin in Wyhl die einhellige Ablehnung des Baus von seiten rund 200 regionaler Gemeinderäte und Bürgermeister konstatieren.

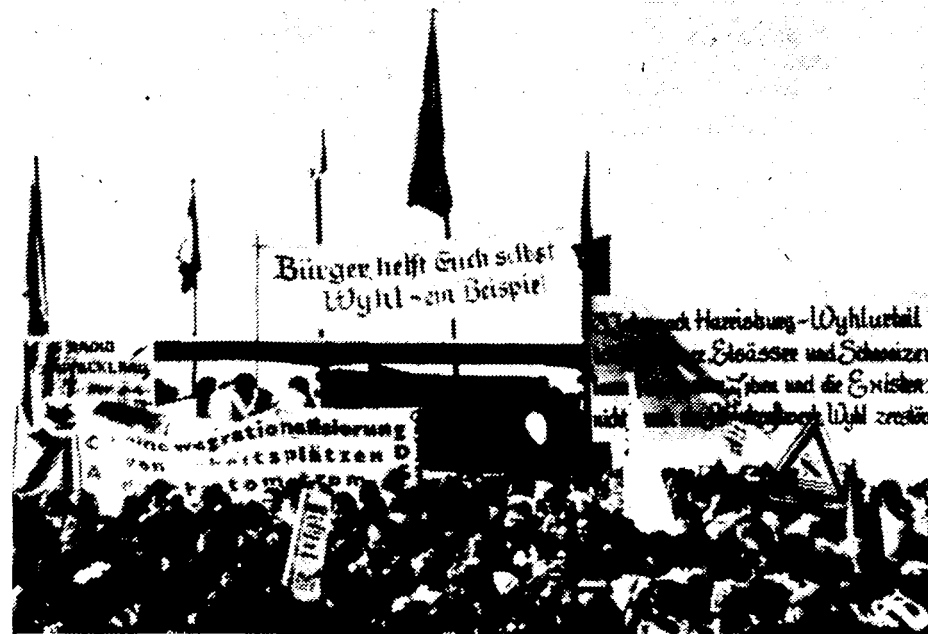
Auch die Gewerkschaften haben sich inzwischen klar gegen ein KKW Wyhl ausgesprochen, so zuletzt Sutterer, Bezirksleitung Stuttgart der IG Chemie und Referent bei der 1. Mai-Kundgebung des DGB in Freiburg.

Nun hat Späth ja keinen Zweifel daran gelassen, wie er zu den politi-

werden.“ Der „jetzige Stand der Dinge“ ist das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Mannheim, das Späth in der Tasche hat. Ein Urteil, in dem in der Rechtsprechung verankert wurde, daß Gerichte nur solche Gutachten anerkennen, die „dem derzeit gültigen Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen“, der wiederum bestimmt wird durch die „Fachwelt“, d.h. die KKW-Betreiber-Welt. Der Rechtsanwalt der Bürgerinitiativen, Beeretz: „Als Stand der Wissenschaft wird nur anerkannt, was Zustimmung von anderen Wissenschaftlern findet... Koper-nikus hätte vor diesem Gericht keine Bestand.“

Späth hat nicht nur angekündigt, daß er die gerichtliche Baufreigabe in schnellstmöglichen Baubeginn umsetzen will, er hat auch – per gezielter Indiskretion – mitgeteilt, wie das aussehen soll: 15000 Polizisten aus der ganzen BRD (Brokdorf: 10000), ausgerüstet mit Gummischrotgewehren und CS-Gas, sollen in der „grünen Hölle am Kaiserstuhl“ eingesetzt werden.

Nun ist die gewaltsame Durchsetzung eines Kernkraftwerkes eine Sache, die zu unerwünschten Begleiterscheinungen führen kann: Wählerstimmen sowie das „Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit“ könnten verloren gehen, die Widerstand Leistenden auf breite Solidarität stoßen. Späth, der auch gern auf den Beinamen „Cleverle“ hört, bastelt nun gezielt an einem neuen Image: Späth, der „CDU-Grüne“, der erbitterteste Kämpfer gegen das Waldsterben, „der Mann, der sich wie kaum ein anderer in der CDU für ökologische Sensibilität einsetzt“ (Bad. Ztg. v. 9.6.1983). Er tritt gegen die Vorlage des Bundesinnenministers Zimmermann zur TA Luft und Großfeuerungs-Verordnung an und fordert schärfere Bestimmungen und Auflagen für die Industrie. Er, Späth, hätte ja schon in den 70er Jahren „vor einer Unterschätzung der Schäden durch Rauchgase gewarnt“. Muß man einem solchen Mann, der gerade wegen der Umweltbelastung von Kohlekraftwerken für Kernkraft ist, nicht abnehmen, daß Umweltschutz ein ernsthaftes Anliegen für ihn ist? Daß er schon triftige Gründe haben muß, wenn er in seiner Verantwortung als Landeschef das KKW Wyhl mit Polizeiterrordurchsetzt – „zum Wohle des Ganzen“?



An der letzten Kundgebung der badischen und elsässischen Bürgerinitiativen beteiligten sich über 30000 Menschen.

gruppe eine mögliche Gefährdung durch das KKW untersucht werden, und viertens soll die Stadt Freiburg im Falle eines Baus des KKW der Landesregierung die Unterstützung, z.B. Unterbringung der Polizei, verweigern. Der Termin für die jetzt fällige Gemeinderatssitzung mit dem Tagesordnungspunkt „KKW Wyhl“ steht noch nicht fest.

Zuvor hatten die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen 43818 Unterschriften gegen die von der Kernkraft Süd beantragte Änderungsgenehmigung zum KKW Wyhl gesammelt. Diese Änderungsgenehmigung beinhaltet die Aufrüstung des KKW zur „Baulinie 30“, d.h. die Einrichtung eines „Kompaktlagers“, in dem mehr als doppelt so viel wie ursprünglich vorgesehene abgebrannte Brennstäbe auf

schon Willensbekundungen der Bevölkerung der betroffenen Region steht: „Wenn die Landesregierung nicht mehr entscheiden kann, was dem Ganzen dient und von der betroffenen Stelle nicht getragen wird, dann ist eine Vielzahl von Problemen demokratisch nicht mehr lösbar.“ (Debatte zur Regierungserklärung zum KKW Wyhl, 13.10. 1982) Alle demokratischen Formalien, die er jetzt durchlaufen läßt, wie Bürgerdialoge (geplant in der 4000 Menschen fassenden Ortenau-Halle in Offenburg), dienen einzig der moralischen Legitimation der gewaltsamen und brutalen Durchsetzung des KKW-Baus: „Ich lasse jedoch keinen Zweifel daran, daß ich (bei diesen Dialogen) unter dem Aspekt verhandle: Das Kernkraftwerk Süd muß nach dem jetzigen Stand der Dinge gebaut

Leute wie Späth – dessen Landwirtschaftsminister Weiser noch im April 1980 im Landtag mitteilte, Industrie-

Ministerpräsident Späth und die Philosophie der Versöhnung

„Nach Auffassung des Ministerpräsidenten ist es für die Industriegesellschaft überlebenswichtig, den scheinbaren Gegensatz zwischen umweltpolitischen und wirtschaftlichen Interessen zu überbrücken. Bisher seien Ökonomie und Ökologie als Gegensätze gebraucht worden. Was jetzt notwendig gebraucht werde, sei eine neue Philosophie der Versöhnung.“ (Staatsanzeiger Baden-Württemberg 29.12.1982)

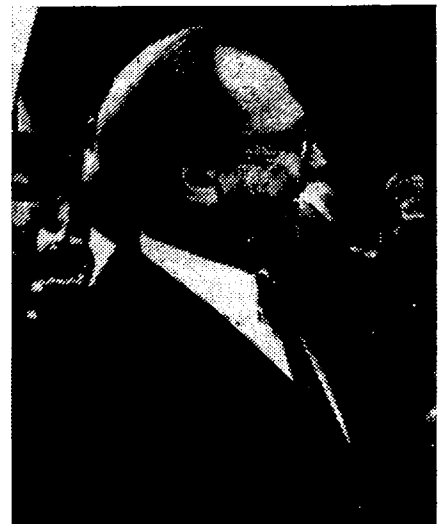
Späth auf einer Konferenz von 500 Waldbesitzern auf der er die Philosophie der „Versöhnung“ ausführte:

„Die rapide wachsenden Waldschäden aber auch die Vorgänge um die 41 Giftfässer mit dem Seveso-Gift und die Ölkatastrophe im Persischen Golf dokumentieren nachdrücklich, daß wir in einer Zeit der ökologischen Krisen leben. Wir müßten uns bewußt werden, daß alles, was der Mensch der äußeren Natur zufügt, er sich auch selbst zufügt, denn auch er ist Natur ... Ich bin der Überzeugung, daß die ökologische Krise überwindbar ist, wenn der Mensch seiner selbst ansichtig wird als ein

Wesen, das in den Haushalt und die Kreisläufe der Natur einbezogen, ihnen unterworfen ist und ihnen nicht nur als souveränes Objekt gegenüber steht. In diesem Sinne bergen die schlimmen Vorgänge des Waldsterbens ein Stück Hoffnung, daß der Mensch in Zukunft der Natur bewußter und in einer ganz unmodernen Haltung begegnen wird, nämlich derjenigen der Demut ...

Was darüber hinaus der Wald für die Allgemeinheit bedeutet, darüber wird viel zu wenig gesprochen. Die Dienste des Waldes für den Rohstofffaktor Holz, für die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, für den Bodenschutz, für die Luftreinhaltung und für die Erholung des Menschen sind in Geld überhaupt nicht auszudrücken. Der Wald ist ein so maßgeblicher Teil der Biosphäre, daß mit ihr der Mensch in Mitleidenschaft gezogen wird. Es ist deshalb eine Schicksalsfrage nicht nur für den Wald selbst, sondern auch für unser Volk und in letzter Konsequenz sogar für die Menschheit, daß es gelingt, den Wald vor großflächiger Zerstörung zu retten ...

Wer glaubt, es sei fünf vor zwölf, dessen Uhr geht nach. Wir sind näher



Ministerpräsident Späth sieht „Berührungspunkte“ zu den Grünen.

am Zenit einer Katastrophe, als viele gerne wahrhaben wollen ...

Natürlich müssen die Energieversorgungsunternehmen diese Kosten auf die Strompreise abwälzen ...“ (Staatsanzeiger Mai 1983)

„Der Standpunkt zu Beginn des Gesprächs heißt jedoch: Wir wollen das Kernkraftwerk bauen! Ich möchte damit alle Auslegungsschwierigkeiten beseitigen.“ (Vor der „Gesprächsrunde“ in Wyhl)

abgase seien *wahrscheinlich nicht* verantwortlich für das rätselhafte Tannensterben – würden heute noch die Gefährlichkeit des Schwefeldioxid leugnen, wenn das Waldsterben nicht so dramatisch offensichtlich wäre. Späth behauptet ja heute noch, eine Schwefeldioxidbelastung von 0,05 mg/m³ sei völlig unbedenklich, wogegen nachweislich Fichten ab 0,04 mg/m³ absterben!

Aber widerwärtig ist ja nicht nur die Scheinheiligkeit dieses ganzen Politiker-Rummels. Bei der ganzen Sache



Waldlandschaft im Schwarzwald

werden vor allem auch ganz klare Eigentümerinteressen vertreten. Baden-Württemberg ist nach Bayern das Bundesland mit der größten Waldfläche. Davon sind 320 000 ha Staatswald, das ist die gleiche Fläche, in die sich 280 000 Privat-Waldbesitzer teilen müssen. Wer besitzt den Wald? Nimmt man Staats-, Gemeinde-, Kirchen- und Privateigentum zusammen, so verfügen in der BRD 0,2 % der Waldbesitzer über einen Anteil von 43 % an der gesamten Waldfläche! Nachzurechnen im Bonner Agrarbericht. Die in Baden-Württemberg betroffenen Schadflächen taxiert Späth auf einen Wert von 3 Milliarden DM, die bereits entstandenen Schäden auf weit mehr als 200 Mio. DM jährlich. Daß da ganz vitale Großgrundbesitzer-Interessen an einer Schadensregulierung entwickelt werden, ist klar – und Späth ist der lauteste Befürworter einer Strompreiserhöhung, mit der den Haushalten die Finanzierung der Beseitigung der von den Energiemonopolen verursachten Schäden aufgehalst wird!

Späths Umweltschutz-Chefdenker-Pose reduziert sich somit auf: 1. Taktik zur Herstellung einer öffentlichen Akzeptanz für eine Polizeischlacht um Wyhl, 2. Verhinderung von gesetzlichen Umweltschutz-Bestimmungen, die die kapitalistische Produktionswei-

se irgendwie einschränken könnten, 3. Vertretung von Großgrundbesitzer-Interessen bei der Regulierung der Waldschäden.

Späth hat mitgeteilt, erst nach den Landtagswahlen 1984 in Wyhl zu bauen. Ob er mit seiner Wyhl-Strategie Erfolg hat, hängt nun ziemlich damit zusammen, wie und mit welchem Ergebnis die Grünen diesen Landtagswahlkampf führen. Von daher sind auch Späths zunehmende Bemühungen zu verstehen, als „CDU-Grüner“ an „Berührungspunkte“ bei den Grünen zu appellieren, als da sei „die grundkonservative Einstellung, daß sich jeder seinen Lebensstil frei gestalten muß“ (Bad. Ztg. v. 3.5. 1983). Klar: der eine, indem er frei von lästiger Bürokratie seinen Industrieabfall in die freie Gegend setzt und damit möglichst steuerfreien Gewinn macht; der andere (nach freiem Entscheid lieber Arbeitnehmer als Arbeitgeber), indem er frei von ihn schützenden Arbeitsschutz- oder Umweltschutzrichtlinien die Folgen der freien Unternehmerwirtschaft trägt. Wir halten es für wichtig, daß der Landtagswahlkampf der Grünen eben nicht von „jedem Individualismus und Konservatismus, der zu meiner Partei paßt“ (Späth), geprägt wäre, sondern von bedingungsloser Ablehnung der Späthschen Energie- und Umweltkonzepte.

Die Erfahrungen, die von Seiten des Staates seit Jahren mit der Gesetzgebung zur konventionellen Umweltverschmutzung gemacht wurden, werden jetzt herangezogen, um das Kernenergierecht schlagkräftig zu machen, um den Vollzug des KKW-Ausbaues zu beschleunigen. Deshalb werden am Anfang einige gesetzliche Vorschriften aus dem **Immissionsschutzgesetz** und der **Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft** behandelt.

„Umweltschutz und Umweltvorsorge sind nicht in der Verfassung vorgeschrieben, ihr Stellenwert wird vielmehr weitgehend in der Kategorie politischer Akzeptanz bestimmt ... Bestandsschutz hat (hingegen) Grundrechtsqualität, enthalten in Art. 14 GG; die politische Stabilitätsgrundlage Eigentum ist somit auf höchster Normstufe definiert.“

Die beiden vorgestellten Absätze, sie stammen aus einem Aufsatz des Ministerialrats Günther Reimann, Hannover, dienen als eine Entgegnung auf den Referentenentwurf für eine Großfeuerungsanlagenverordnung vom September 1982 und kennzeichnen die rechtlichen Möglichkeiten der westdeutschen Bevölkerung auf Durchsetzung von Umweltschutzbestimmungen. Ministerialrat Reimann bezieht sich auf große Kohlefeuerungsanlagen. Es geht im wesentlichen um nachträgliche Anordnungen der Verwaltungsbehörden gegenüber dem Schadstoffausstoß. In Bezug auf Kernkraftwerke wird systematisch eine ähnliche Rechtslage geschaffen wie die, die heute die weitere Luftverschmutzung den Betreibern von Großfeuerungsanlagen garantiert.

Genehmigung und nachträglicher Eingriffsakt: „In seinem Vollzug ist das Gesetz auf zwei Arten des Verwaltungshandelns gestützt, nämlich auf die Genehmigung und auf den nachträglichen Eingriffsakt ... Der nachträgliche Behördeneingriff setzt voraus, daß die Pflichten aus dem Gesetz und aus Rechtsverordnungen, die aufgrund des Gesetzes erlassen wurden, nicht erfüllt werden. Ferner ist für eine Anordnung zwingend, daß sie wirtschaftlich vertretbar und nach dem Stand der Technik für die fragliche Anlage erfüllbar ist; ...“ Das Bestandsschutzprinzip oder besser Pri-

vateigentumsrecht wird noch einmal besonders hervorgehoben: „Die Durchsetzung von Schutz und Vorsorgebestimmungen liegt ... in Länderkompetenz, wobei der einzelfallabwägende Ermessens- und Beurteilungsspielraum für nachträgliche Eingriffe dem verfassungsrechtlichen Bestandsschutzprinzip entspricht ... Dies muß umso mehr gelten, wenn es nicht um den Schutz der Umwelt geht, sondern um die Vorsorge.“

Das heißt, nachträglich erkannte Gefahren können, wenn überhaupt, nur gegen hohe Entschädigungen an die jeweiligen Kraftwerksbetreiber oder industrielle Kapitalisten beseitigt werden.

Nicht nur die nachträgliche Anordnung, auch die Genehmigungsverfahren sind bereits so aufgebaut, daß einzelne Betroffene kaum Möglichkeiten haben, die Genehmigung zu beeinflussen. Es wird unterschieden zwischen individuellen Beeinträchtigungen oder Gefährdungen und dem Schutz davor. Diese Beeinträchtigungen und Gefährdungen sind angeblich auf verwaltungsrechtlichem Wege einklagbar, nicht hingegen die allgemeine Vorsorge, diese sei Sache des Staates und ist nicht einklagbar. Die individuelle Betroffenheit schränkt den Kreis der klageberechtigten Bürger stark ein. Darüber hinaus wurde die **Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft** in den Rang eines „antizipierten“ (vorweggenommenen) Sachverständigengutachtens gehoben. Damit darf man im Prozeß die hier festgeschriebenen Grenzwerte nur noch anzweifeln, wenn man einen „erheblicher Anteil“ der führenden Fachwissenschaftler des jeweiligen Gebietes mit allgemein akzeptierten neuen Erkenntnissen hinter sich hat.

Diese Rechtslage ermöglicht juristisch die Umweltschädigungen, wie sie sich bis heute ergeben haben. Weiter ist sichergestellt, daß die Kapitalisten zukünftig nicht zu stark belastet werden können, da nachträgliche Änderungen an Großanlagen in aller Regel nicht „wirtschaftlich“ vertretbar sind und damit entfallen. Altanlagen im Sinne des Gesetzes sind alle Anlagen, die bereits genehmigt sind, aber durchaus noch eine Bauzeit von mehreren Jahren haben können.

Vergleichbar mit dieser Gesetzeslage wird jetzt das Kernenergierecht ausgebaut und von höheren Gerichten interpretiert. Dort, wo untergeordnete Gerichtsebenen zeitweilig mehr Klagen zuließen, wurde dies inzwischen vom Bundesverwaltungsgerichtshof richtiggestellt. Ein Beispiel ist das sogenannte Stade-Urteil, das der Bevölkerung lediglich im Falle unmittelbarer Betroffenheit Klagerechte zubilligt:

„Sachgegebenheiten des Kernenergierechts werfen diese Fragestellung auf: das kernenergiespezifische Risikopotential bedingt im Verhältnis zum sonstigen Sicherheitsrecht gesteigerte Sicherheitsanforderungen. Dies bedeutet jedoch nicht notwendig in vollem Umfang korrespondierende Schutzansprüche des einzelnen Drittklägers. Verwaltungsrechtsschutz ist Individualrechtsschutz.“

Das Kernenergierecht operiert inzwischen mit „antizipierten“ Sachverständigengutachten. Es handelt sich z.B. um die **Allgemeine Berechnungsgrundlage für die Strahlenexposition bei radioaktiven Ableitungen mit der Abluft oder in Oberflächengewässer**, eine Vorstufe zu einer Radioökologieverordnung nach §45 **Strahlenschutzverordnung**. Diese Berechnungsgrundlage wird im Wyhl-Urteil herangezogen, um zu behaupten, daß eine zusätzliche Dosis Radioaktivität im Rahmen der Schwankungsbreite für natürliche und künstliche Strahlung keine Gefahr darstelle. Ohne hier die einzelnen Details nachrechnen zu wollen, sei einmal angenommen, daß vom Bergwerk bis zur Entsorgung für alle bundesdeutschen Kernkraftwerke nur eine Stoffmenge entweicht, die eine Belastung entsprechend 1% der jetzigen Belastung jährlich emittiert, und zwar in nicht ganz kurzlebigen Partikeln, dann entspricht das in 20 Jahren schon einer Erhöhung der durchschnittlichen Belastung um einige Prozente.

Weitere für das Kernenergierecht wichtige Gutachten sind laut dem sogenannten Krümel-Urteil die „RSK Leitlinien für Siedewasserreaktoren und die Sicherheitskriterien für Kernkraftwerke“. Das in diesen Dokumenten festgelegte gilt als heutiger Stand der Technik und ist faktisch unanfechtbar.

Nachdem in den vergangenen Jahren immer deutlicher wurde, daß eine „gesicherte“ Entsorgung heute einen fakti-

schen Baustopp bedeuten würde, wurde durch verschiedene Verwaltungsgerichtshöfe die Entsorgung als **Genehmigungsvoraussetzung verneint:**

„Denn die Entscheidung des Gesetzgebers für die Nutzung der Kernenergie wurde getroffen, ohne daß ein gesichertes Entsorgungssystem bereits vorhanden wäre; mit der 4. Atomgesetznovelle wurde diese Entscheidung bestätigt. Die Nutzung der Kernenergie wurde hierdurch erneut in den Willen des Gesetzgebers aufgenommen, während ein System der Entsorgung erst zu entwickeln war ... Dem fügt sich auch der Ansatz des VGH Baden-Württemberg im Wyhl-Urteil ein ... Anlagespezifische Risiken also werden im Rahmen des Vorsorgeprinzips geprüft, während Risiken aus dem Umgang mit abgebrannten Brennelementen außerhalb der Anlage, bei Transport, Wiederaufbereitung und Endlagerung aus der Prüfung ausgeklammert werden ... ausreichend für die Anlageneignung muß sein, daß Vorsorge gegen Gefährdungen durch den Anlagenbetrieb, Risiken aus dem Umgang mit radioaktiven Reststoffen beim Betrieb getroffen werde.“

Zwei Punkte seien noch erwähnt: **Rechtsschutz** bietet die Kernenergierechtssprechung im wesentlichen den Betreibern, eine einmal erteilte Teilerrichtungsgenehmigung kann auch durch neuere Erkenntnisse nicht mehr zum Gegenstand des Verfahrens gemacht werden. Dies gilt auch dann, wenn Gefahren neu entdeckt werden und wissenschaftlich belegt sind. Ferner: Im Wyhl-Urteil konnten die Gemeinden nur als Kläger auftreten, soweit ihre Planungen betroffen waren, oder gemeindliches Sacheigentum gefährdet schien:

„... doch kann insoweit nicht der kernenergiespezifische, gesteigerte Sicherheitsstandard geltend gemacht werden. Nicht jedoch wird eine Sachwalterschaft für Belange der Gemeinde anerkannt.“

Zusammengefaßt: Wieviel Radioaktivität im Verlauf von Jahrzehnten durch den Betrieb von Kernkraftwerken insbesondere durch den geplanten Brüterkreislauf in die Umwelt gelangen wird, ist völlig offen.

Quellenhinweis: Günther Reimann, Umweltvorsorge und Bestandsschutz von Großfeuerungsanlagen als Problem nachrangiger Normsetzung im Immissionsschutzrecht, in: Energiwirtschaftliche Tagesfragen, Heft 3, 1983; Christoph Degenhard, Kernenergierecht in der Entwicklung, Schwerpunkte, Ergebnisse und Tendenzen neuerer Rechtsprechung, Heft 4, 1983.

Nicaragua: US-Diplomaten ausgewiesen

Die sandinistische Regierung hat am 6.6.83 drei US-Diplomaten wegen subversiver Aktionen ausgewiesen. Den drei Botschaftsangehörigen konnten Kontakte zu konterrevolutionären Banden sowie deren Unterstützung nachgewiesen werden. Der nicaraguanische Sicherheitsdienst enthüllte ferner Mordpläne des CIA gegen den Außenminister Nicaraguas d'Escoto. Der US-Botschafter Quanton wird zusammen mit dem nach Venezuela geflüchteten Präsidenten der konservativen Jugendorganisation beschuldigt, Nicaraguaner zwecks Spionage für den CIA angeworben zu haben. Die US-Regierung reagierte auf diese Beweise für ihre Putschversuche in Nicaragua mit der Ausweisung von 21 nicaraguanischen Diplomaten und der Schließung von sechs Konsulaten Nicaraguas in den USA. Die militärische Intervention der USA dauert an. Der außenpolitische Ausschuss des Repräsentantenhauses beschloß die Bewilligung von 80 Mio. Dollar für die Regierung von Honduras und El Salvador zur Unterbindung des Waffennachschubs für die sal-

Proteste gegen israelische Besatzung

Anläßlich des ersten Jahrestages der Invasion Israels in den Libanon kam es am 4.6.83 in Tel Aviv zu einer Demonstration und Kundgebung von mehr als 100000 Teilnehmern gegen die anhaltende Besetzung des Libanon durch israelische Truppen. Die Demonstration hatte sieben Tage vorher an der libanesischen Grenze begonnen, die Teilnehmer wollten mit ihrem Zug nach Tel Aviv der Armee den Weg weisen „Raus aus Libanon“. Im besetzten Palästina wurden die Demonstrationen der Palästinenser gegen das Besatzungsregime mit Ausgangs-



sperren und erneuter Schließung der Bir-Zeid-Universität bis zum Schuljahresende beantwortet. Während die Protestbewegung in Israel und in den besetzten Gebieten zunimmt, verstärkt das Begin-

Regime die militärische Präsenz im Libanon. Die Truppen dürften nun auf mehr als 40000 verstärkt sein. Beständig passieren Militärkonvois aus Israel die Grenzstation Rosh Hanikra. Die provisorischen Militärposten werden zu festen Stützpunkten ausgebaut. Allein entlang der Küstenstraße von Rosh Hanikra bis nach Tyros wurden drei Nachschub- und Munitionsdepots nach dem Abschluß des israelisch-libanesischen Vertrages errichtet. Das Gefangenenlager Ansar zwischen Tyros und Nabatieh wurde zu einem Konzentrationslager für über 5000 Gefangene. Am 12.6. erschossen die Besatzer zwei Palästinenser „auf der Flucht“.

vadorianische Befreiungsorganisation. Das US-Verteidigungsministerium gab die Einrichtung eines Ausbildungslagers für eine schnelle Eingreiftruppe in Honduras bekannt.

Mexiko: Streiks gegen Lohnbeschränkungen

Die mexikanische Regierung hat nach den Umschuldungsverhandlungen mit den imperialistischen Banken als oberste Grenze für Lohnerhöhun-

gen 12,5% festgesetzt. Seit dem 10. Juni streiken die Arbeiter der Metall-, Papier- und Zement-Industrie und im Hotel- und Gaststättengewerbe, um die Forderung des mexikanischen Gewerkschaftsbundes nach Lohnerhöhungen von mindestens 25% durchzusetzen. Bereits seit zwei Wochen streiken die Beschäftigten der Universitäten und von Forschungsinstituten für eine Erhöhung ihrer Gehälter um 40% bis 50%.

OAU-Konferenz zum 20jährigen Bestehen

Die Imperialisten hatten gehofft, die 19. Konferenz der Organisation für afrikanische Einheit werde scheitern wie die vorhergehende und nicht stattfinden, weil Marokko seine Ansprüche auf die ehemalige spanische Kolonie Westsahara durchsetzen wollte gegenüber den afrikanischen Staaten und die Befreiungsorganisation Polisario damit von der OAU geächtet werde. Die Polisario verzichtete zwar auf Teilnahme an der OAU-Konferenz, die Konferenz selbst aber forderte Marokko auf, direkte Verhandlungen mit der Polisario aufzunehmen, um die Vorbereitungen für ein Referendum über das Schicksal der Westsahara vorzubereiten. Dieses Referendum hatte die OAU 1981 vorgeschlagen, nachdem Marokko nicht bereit war, die Selbstständigkeit der Westsahara zuzugestehen, obwohl die Polisario den Kampf gegen die spanische Kolonialherrschaft geführt hatte.

Peru: Ausnahmezustand verhängt

Der letzte Ausnahmezustand in Peru, über die Andenprovinz verhängt, war gerade eine Woche abgelaufen, als die Regierung Fernando Belaunde Terry am 30.5. 1983 den Ausnahmezustand über das ganze Land verhängte. Anlaß waren Anschläge der Befreiungsorganisation „Sendero Luminoso“ auf Hochspannungsmasten, Banken und die Fabrik der pe-

ruanischen Bayer-Niederlassung. Die Fabrik, größte westdeutsche Investition in Peru, brannte vollständig aus. Mit dem Ausnahmezustand versucht die peruanische Regierung, ihre „Befriedigungsaktionen“ im peruanischen Hochland Ayacucho zu flankieren. Die Indianer des Hochlandes beteiligten sich in den vergangenen Jahren zu Hunderttau-

senden an Aktionen zur Landnahme. Bei Aktionen von militärischen Elitetruppen wurden unter anderem sechs Dörfer mit Brandbomben dem Erdboden gleichgemacht. Die Regierung versucht systematisch, ihre eigenen Greuelthaten der Befreiungsbewegung bzw. den indianischen Dorfgemeinschaften in die Schuhe zu schieben. So auch die Ermordung von acht Journalisten im Februar dieses Jahres. Diese waren bei Uchuraccay in Ayacucho tot aufgefunden worden, „nach archaischen Gesetzen“ getötet, wie der „Spiegel“ zu berichten weiß. Inzwischen aufgetauchte Fotos belegen eindeutig, daß die Journalisten in friedlichen Kontakt mit den Indianern getreten waren und der Verdacht verdichtet sich, daß sie von Regierungstruppen umgebracht wurden, weil sie Infiltrationsversuchen der Regierungstruppen auf der Spur waren. Die Regierung versucht seit längerem paramilitärische Einheiten unter den Indianern des Hochlandes gegen die Guerrilla auszuheben. Bislang ohne Erfolg.

8000 finnische Metallarbeiter im Streik

Mehr als 8000 Arbeiter und Angestellte des größten finnischen Konzern im Bereich der Metallverarbeitung traten am 31.5.83 in einen zweitägigen Streik. In allen Niederlassungen des Valmet-Konzerns ruht die Arbeit. Ausgelöst wurde der Streik durch die Entlassung von 40 Arbeitern in einem Zweigwerk. Die Streikenden forderten die Rücknahme der Entlassungen sowie gewerkschaftliche Rechte.



USA

Kapitalisten wollen Tarifbruch vor dem Obersten Gerichtshof absichern lassen

Neue Möglichkeiten zur Lohnsenkung und zur Zerschlagung von Tarifverträgen versuchen derzeit zwei Kapitalisten in den USA gegenüber den Gewerkschaften durchzusetzen. Eine kleine Maschinenbaufabrik aus Wisconsin klagt derzeit vor dem Obersten Gerichtshof auf Außerkraftsetzung des Tarifvertrages, den sie mit einer betrieblichen Gewerkschaft abgeschlossen hat, um Lohnsenkungen „entsprechend den Notwendigkeiten vornehmen zu können“. Den zweiten Angriff führt die Wilson Food Corp.

Am 22. April hat die Wilson Food Corporation beschlossen, den 6200 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten die tariflich vereinbarten Löhne zwischen 40% und 50% zu kürzen. Wilson begründet diese Lohnkürzungen mit den Verlusten, die der Konzern im vergangenen halben Jahr zu verzeichnen gehabt hätte und die durch die „zu hohen Löhne entstanden seien“. Mit 8200 Beschäftigten ist Wilson einer der größten Verarbeiter von frischem Schweinefleisch in den USA. Die United Food and Commercial Workers Union (UFCW), mit 1,2 Millionen Mitglieder eine der größten Gewerkschaften in den USA, hatte in den letzten Tarifverhandlungen 1981 Lohnerhöhungen von 3% jährlich durchgesetzt und vierteljährliche Inflationsausgleichszahlungen. Die Reallohnverluste der Arbeiter und Angestellten durch Inflation und Einkommensteueränderungen schon ohne den Lohnraub der Wilson-Kapitalisten gibt die Gewerkschaft mit 10% seit Abschluß des Tarifvertrages an.

Der wöchentliche Lohn eines Schlachters z.B., der im Drei-Schicht-Betrieb und im Akkord arbeiten muß, betrug vor der Kürzung im Durchschnitt 430 Dollar, nach dem Bruch der tariflichen Bestimmungen durch Wilson zwischen 215 und 230 Dollar. Dieser tariflich gültige Wochenlohn ist um ein knappes Drittel höher als der derzeitige Durchschnittslohn der Arbeiter in der Industrie, der 319 Dollar beträgt; kann Wilson seine Kürzungen aufrechterhalten, so hätte er gegenüber der UFCW eine Senkung der Löhne um 32% unter den Durchschnittslohn durchgesetzt.

Die Wilson Food Corp. will diesen Versuch, alle tariflichen Lohnschränken einzureißen, vor dem Obersten Gerichtshof ausfechten. Sie hat unter Berufung auf §11 des Konkurs-Gesetzes die Zahlung aller ihrer Verbindlichkeiten eingestellt und sich damit gerichtli-

chen Schutz vor allen Gläubigern verschafft, bis sie einen Plan für die Zahlung der Schulden vorlegt. Gleichzeitig hat Wilson die rabiaten Lohnsenkungen beschlossen und erklärt, ihre Lohnkosten seien bis zu 80% höher als die anderer Konkurrenten, das einfachste Konzept zur Schuldensanierung sei, die Lohnkürzungen durchzusetzen.

Bei der Durchsetzung dieses Unterfangens setzt Wilson nicht nur auf den Obersten Gerichtshof, sondern auch auf die Möglichkeit, mit der Drohung der Betriebsschließung die Beschäftig-



„Heute stehen zwei Schlachter da, wo vor zwei Jahren noch drei standen, sie müssen bis zu einem Drittel mehr schneiden,“ berichtet ein Schlachter.

ten unter Druck zu setzen. Das Hauptwerk des Konzerns steht in Albert Lea, einer Kleinstadt in Minnesota, in der außer diesem Betrieb keine größere Fabrik steht.

„Wir hatten zwar hohe Löhne, aber in den vergangenen drei Jahren hat Wilson die Belegschaft schon um 20% reduziert, die Arbeit von vier Schlachtern und Fleischpackern müssen jetzt drei erledigen“, zitiert das „Wall Street Journal“ einen Arbeiter und erinnert sogleich daran, wie Wilson mit dem Widerstand der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter fertig werden kann: „Die Bewohner von Albert Lea hoffen auf eine friedliche Lösung. Sie erinnern sich an den Streik von 1959 (der letzte große Streik gegen Wilson, d. Red.), als wenn es gestern wäre: den Ausnahmezustand, die eingeschlagenen Fensterscheiben, die Nationalgarde ...“

Befriedigt kommentiert die Zeitschrift das Vorgehen der Wilson Food

Corp.: „Der Fall ... wird helfen, Standards zu setzen dafür, wann ein Unternehmen seine Tarifverträge zurückweisen kann ...“ Da Wilson sich mit der Berufung auf das Konkursgesetz unter gerichtlichen Schutz begeben hat, herrscht für die Gewerkschaft Friedenspflicht.

Vorerst haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einen eintägigen Warnstreik durchgeführt und arbeiten seit den Lohnsenkungen nicht mehr im Akkord. „Wilson Food Corp. ist nicht bankrott, sondern er will unsere Gewerkschaft brechen. Für halben Lohn arbeiten wir auch nur die Hälfte“, erklärte ein Sprecher der Gewerkschaft in Albert Lea. Die Produktion ist seit dem 1. Mai um mehr als 50% niedriger als in den Vormonaten. Wilson Food versucht jetzt, durch Verhandlungen mit der Gewerkschaft über Sozialzuschläge, Zugeständnisse für seinen Tarifbruch zu erkaufen. Die Geschäftsleitung in Albert Lea drohte gleichzeitig weitere gerichtliche Schritte an, wenn die Produktionsquoten weiterhin so niedrig bleiben wie in den vergangenen zwei Monaten.

Quellenhinweis: The Wall Street Journal, Ausgaben vom 27. Mai bis 5. Juni 1983; Facts on Files, 6. Mai 1983; Monthly Labor Review, hrsg. vom Department of Labor, Ausgabe April 1983; AFL-CIO News, Nr. 18, 7. Mai 1983

Italien

Gesundheitsdienst pleite DC will Privatisierung

Seit dem 1. Juni müssen in vier italienischen Regionen die Kranken ihre Arzneimittel selbst bezahlen. Die Apotheker weigern sich, Medikamente weiter nur gegen die – happigen – Rezeptgebühren abzugeben, weil die örtlichen Stellen des nationalen Gesundheitsdienstes zahlungsunfähig sind. Der Grund: Statt der von den Regionen veranschlagten 33000 Mrd. Lire (ca. 55 Mrd. DM) Kosten hat die Regierung nur 24500 Mrd. in den Haushalt für das laufende Jahr eingestellt. Ein Versuch, mit Brachialgewalt den erst 1979 eingeführten Gesundheitsdienst finanziell aus den Angeln zu heben.

Der nationale Gesundheitsdienst, der nach britischem Vorbild errichtet wurde, sollte kostenlose Krankenversorgung und Vorbeugung (einschließlich der betrieblichen Unfallverhütung) für alle gewährleisten. Vorher war die Gesundheitsversorgung auf Krankenkassen, Gemeinden und andere Behörden verteilt. Einen Großteil der Krankheitskosten (vor allem für fachärztliche Behandlung) mußten auch Versicherte selbst zahlen.

Kaum war der Gesundheitsdienst eingerichtet, wurde durch schrittweise Einführung immer höherer „Selbstbe-

teilungen“ mit der eben erst proklamierten Kostenfreiheit aufgeräumt. Die angeblich riesigen Defizite des Dienstes gehen größtenteils auf die „Entlastung“ der Kapitalisten von Krankenversicherungsbeiträgen und auch schlichte Beitragshinterziehung zurück. Tatsächlich ist der Anteil der Kosten des Gesundheitssystems am Bruttoinlandsprodukt in Italien mit 4,84% niedriger als in allen anderen EG-Ländern außer Großbritannien.

Nachdem die Kapitalisten durch die „Fiskalisierung“ ihrer Beiträge bereits reichlich bedient wurden, sollen jetzt auch die für den Gesundheitsdienst im Staatshaushalt vorgesehenen Mittel anderen vaterländischen Zwecken zugeführt werden. Der Gesundheitsdienst gehört zu den Reformen, die der Kapitalistenverband „überdacht“ haben möchte.

Folgsam wie auch in anderen Punkten haben die Christdemokraten diese Forderung sogleich in ihr eben vorgelegtes Wahlprogramm aufgenommen. Danach soll der Gesundheitsdienst künftig nur noch für „grundlegende Leistungen“ aufkommen. Für den Rest müßten „differenzierte Dienste“, auf deutsch: private Zusatzversicherungen sorgen. Wer sich so was leisten kann, soll die Kosten dann auch noch von der Steuer absetzen können. Der Vorsitzende der katholischen Gewerkschaft CISL hat sich daraufhin schroff gegen jede Privatisierung der Gesundheitsversorgung gewandt.

Quellenhinweis: l'Unità 29.5., 31.5., 2.6., 9.6. 1983

Österreich Deutsch-Nationales auf dem Vormarsch

Am 31. Mai hat Bundeskanzler Sinozatz dem Parlament das Programm der SPÖ/FPÖ-Regierung vorgetragen. Die Regierungserklärung umfaßt 78 Seiten, davon sind 30 Seiten der Wirtschaftspolitik gewidmet. Deutlich seien darin die Schriftzüge der Freiheitlichen Partei Österreichs zu erkennen, der es um mehr Leistungsbewußtsein und die Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas gehe, lobt die Bundeswirtschaftskammer. Sie stellt fest, daß ein erhöhtes Problembewußtsein und gute Vorsätze erkennbar seien, es mangle jedoch an konkreten, realistischen Vorhaben.

So viel zu den konkreten Vorhaben: zur zumindest teilweisen Stopfung des stark defizitären Bundeshaushalts soll nun endgültig ab Januar 1984 die Mehrwertsteuer von 18 auf 20% erhöht werden – bei der Erhebung indirekter Steuern liegt Österreich an vierter Stelle aller OECD-Staaten. Voraus-

sichtlich ab Januar 1984 soll das 13. und 14. Monatseinkommen besteuert werden. Noch ist nicht sicher, ob die von der SPÖ geplante Anonymitätsabgabe auf Zinseinnahmen über 10000 Schilling bei Sparkonten eingeführt werden soll. Schon die Erwähnung dieser Steuer hat zu einer „Sparerflucht“ ins benachbarte Ausland geführt.

Die deutsch-nationale FPÖ hat so im wesentlichen ihre Wahlvorhaben durchgesetzt. Diese Partei, 1949 von überwiegend alten Nationalsozialisten gegründet, hat auch ihre Mannen entsprechend postiert. So wird z.B. ihr Klubobmann Friedrich Peter, ehemaliges Mitglied der 1. SS-Infanteriebrigade, Träger des Eisernen Kreuzes 2. Klasse und führend bei der Ermordung



Südtirol: Aufruf zu vermehrter Einmischung Österreichs

von Zivilisten in der Sowjetunion, ab Januar 1984 Vizepräsident der Nationalbank bei einem steuerfreien Einkommen von 1 Mio. S im Jahr. Auf das geplante Amt des Nationalratspräsidenten mußte Peter wegen massiver Proteste der Bevölkerung verzichten.

Neuer Justizminister ist der FPÖ-ler Harald Ofner. Er fühlt sich als „deutscher Österreicher“ und „einer österreichischen Nation nicht verpflichtet“. In einem Interview mit der Zeitschrift „Profil“ erklärte er 1981, das Dritte Reich sei seine Heimat gewesen, und er habe den Verlust des Krieges durch die Deutsche Wehrmacht bedauert. Die NPD-Zeitschrift „Klartext“ sieht in ihm „einen unbestritten national gesinnten Mann“.

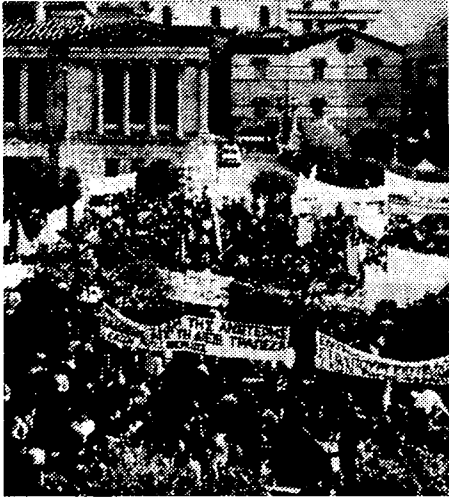
In diesem Zusammenhang wird auch die Südtirol-Frage neu belebt. Einer Umfrage der von Österreich unterstützten Südtiroler Volkspartei zufolge sähen zwei Drittel aller Südtiroler in Österreich ihr „Vaterland“, ein Drittel spreche sich für den Anschluß an Österreich aus.

Quellenhinweis: Süddeutsche Zeitung v. 4./5.6.83; Profil, Wochenpresse, Presse und Salzburger Nachrichten, verschiedene Ausgaben

Griechenland Streikrecht eingeschränkt durch EG-Anpassung

Am 6. Juni 1983 verabschiedete das griechische Parlament im Schnellverfahren das Rahmengesetz über die Sozialisierung der vom Staat kontrollierten Betriebe. Die Abgeordneten der Regierungspartei PASOK (panhellenistische Bewegung) stimmten dafür, die konservative Neue Demokratische Partei dagegen. Die Abgeordneten der Griechischen Kommunistischen Partei (KKE) verließen den Saal vor der Behandlung des § 4, der einschneidende Änderungen des Streikrechts festlegt. Ein Streik in sozialisierten Betrieben soll stattfinden können, wenn 51% der Gewerkschaftsmitglieder sich in einer Abstimmung dafür aussprechen. Bis dahin genügte eine Versammlung der Gewerkschaft. Ein Quorum gab es nicht. Die Gewerkschaften und die KKE hatten wegen dieses Paragraphen große Streikaktionen organisiert. Die Bankangestellten streikten schon Ende Mai mehrere Tage. Ihnen folgten 10000 Arbeiter im Hafen Piräus, unterstützt von Transport- und Bauarbeitern. Am 2.6. legte ein Generalstreik die Hauptstadt lahm und blockierte den Handel. Am Tag der Debatte über den Streikparagraphen demonstrierten 30000 Arbeiter und Angestellte vor dem Parlament.

Die Konservativen und die Kommunisten verfolgen in ihrer Bekämpfung des Gesetzes völlig unterschiedliche Ziele. Die Konservativen operieren gegen das Gesetz unter dem Schlagtruf, Streiks gefährdeten die nationale Wirtschaft. Ihr Sprecher im Parlament erklärte, sie riefen die Lohnabhängigen zur Arbeit auf. Den Kapitalisten, die sie vertreten, gehen selbst Papandreous Reformen schon zu weit. Das Gesetz sieht Mitbestimmungsrechte der Belegschaften in Staatsbetrieben und im öffentlichen Sektor vor sowie eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten, die ihr Interesse am Funktionieren dieser Betriebe anstacheln soll. Der Streikparagraph stellt eine Anpassung nach unten an Bestimmungen des Arbeitsrechts der Länder der EG dar, in der Griechenland seit Anfang 1981 Mitglied ist, mag sich die Regierung auch bemühen, diese Erschwerung der Streikfähigkeit als Fortschritt in der Demokratie auszugeben. Ihre erklärte Absicht ist, die Macht der Gewerkschaften einzuschränken. In einer Fernsehdebatte, die zum erstenmal im griechischen Fernsehen live ausgestrahlt wurde, erklärte Wirtschaftsminister Arsenis, daß durch den § 4 eine Entscheidung der Mehrheit der Gewerkschaft schnell, nämlich binnen 24



Demonstration für gewerkschaftliche Rechte in Athen.

Stunden, getroffen werden könne, während zuvor eine Minderheit von 15 bis 20% entscheiden konnte. Der Artikel schütze das Streikrecht, da er das demokratische Prinzip der Mehrheitsentscheidung einführe.

Die Arbeiter und Angestellten haben mit ihren Streikaktionen zwei Zugeständnisse der Regierung vor der endgültigen Verabschiedung des Gesetzes erkämpft. Die Gewerkschaften sollen auf der Ebene der Leitungen entscheiden können. In Fragen von örtlicher Bedeutung können die Gewerkschaften auf örtlichen Versammlungen Beschlüsse über Streik fassen, wenn diese von ihrer zentralen Leitung gebilligt werden.

Quellenhinweis: Athens News Agency ab 26.5. 1983; Handelsblatt 30. u. 31.5. 1983

Indien Siemens plant Erweiterung

In diesen Tagen fällt das indische Kartellamt die endgültige Entscheidung über einen Antrag von Siemens Indien Ltd. Bombay, dem zufolge die Fertigungsstätten für Prozeßregelung und Automatisierung in den Werken Kalwa und Nasik bei Bombay erweitert werden sollen. Siemens ist zu 51% Anteilseigner der Siemens Indien. Nach dem indischen Kartellgesetz müssen Betriebe mit einer Kapitaleinlage von über 200 Mio. Rupies bei Erweiterungen und Neueinrichtungen bzw. -bauten vorher die Genehmigung der indischen Monopolkommission einholen. Bei Siemens Indien arbeiten rd. 7000, davon 4800 in der Produktion und der Rest in verschiedenen Teilen des Landes in Vertrieb und Montage. In Indien produziert Siemens in den Bereichen Energietechnik (Kraftwerksbau), Kommunikationstechnik und Medizinische Technik.

Die geplante Werkserweiterung hat ihren Grund in der von der indischen Regierung jetzt angegangenen umfassenden Erweiterung und Modernisierung des veralteten Telefonnetzes. Siemens Indien und das Elektrogroßunternehmen Bharat Heavy Electricals (BHEL) haben zusammen die meisten Aufträge dafür bekommen.

Die indischen Firmen, die vor der Monopolkommission zu der Kapazitätsausweitung Stellung nehmen sollten, sprachen sich gegen eine Genehmigung aus, weil sie sonst wahrscheinlich aus dem Markt geworfen würden. Trotz dieser Proteste kann Siemens sicher gehen, daß die Monopolkommission die Genehmigung erteilt. Bereits am 25.6. hatte die indische Regierung verkündet, daß die bisherige restriktive Handhabung des Gesetzes gegen Großunternehmen erheblich gelockert werden soll. Dies soll alle Betriebe betreffen, die in Schlüsselindustrien produzieren und somit „höchste nationale Bedeutung“ haben. Ihnen soll in Zukunft ohne vorherige Anrufung der Monopolkommission gestattet werden, Neueinrichtungen und Kapazitätsausweitungen durchzuführen.

Diese umfangreiche Lockerung der Bestimmungen kommt insbesondere auf Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) zustande, der verlangt hatte, daß Indien sich für ausländische Kapitalisten stärker öffnen müsse. Auch die vor wenigen Jahren verhängten Importbeschränkungen für technische Geräte wurden weiter gelockert. Betriebe, die stark für den Export produzieren, werden zusätzlich belohnt. Von diesen Maßnahmen profitieren in erster Linie Konzerne wie Siemens, die ungehinderter auf den indischen Markt vordringen können. Die indische Regierung hat die Maßnahmen gegen die heftigen Proteste der Opposition beschlossen und hat außerdem noch vor, bis zu 80% der Kapazitätsausweitungen in den Schlüsselbereichen zu kreditieren.

Quellenhinweis: Handelsblatt v. 30.5.83; Geschäftsbericht 1982 der Siemens AG; Financial Times (versch. Ausg.).



40000 schancen für Siemens in der Dritten Welt (Bild: Brasilien)

Azania

Front gegen Verfassungsentwurf gebildet

Mehr als 30 azanische Organisationen mit über 400 Delegierten kamen am 24. 5. in Johannesburg zusammen, um eine Vereinigte Demokratische Front (UDF) gegen den Verfassungsentwurf des Rassistenregimes zu bilden. Beteiligt waren neben anderen die Organisation der azanischen Studenten (AZAPO) wie auch eine der Förderationen südafrikanischer Gewerkschaften, die FOSATU. Die Konferenz nahm eine Deklaration zur Bildung der UDF an und rief zum Kampf gegen die neue Verfassung auf.

Die neue Verfassung sieht einen weiteren Ausbau der Diktatur über die schwarze und farbige Bevölkerung Azanias vor. Verpackt wird dies in Scheinreformen. Die Legislative soll statt des bisherigen allein von Weißen gebildeten Einkammerparlaments aus drei Kammern bestehen: eine für die weißen Siedler mit 178 Sitzen, eine für die sogenannten „Mischlinge“ mit 85 Sitzen und eine Kammer mit 45 Sitzen für die Inder. Jedes dieser Parlamente soll nur für „die Belange der eigenen Volksgruppe“ zuständig sein.

Die Afrikaner sind vollkommen ausgeschlossen. Aber auch die Rechte der anderen farbigen Gruppen sind kastriert. Allein der Präsident, dessen Position zur Präsidialdiktatur ausgebaut werden soll, bestimmt die Aufgaben der Kammern. Angelegenheiten von „übergeordnetem nationalen Interesse“, also Wirtschafts-, Verfassungs- und Sicherheitsfragen dürfen sie von vornherein nicht behandeln.

Gegenüber den Afrikanern plant das Siedlerregime noch mehr Verschlechterungen ihrer Lebenslage. Dem Parlament liegt gleichzeitig mit dem Verfassungsentwurf ein Gesetzesantrag zur weiteren Verschärfung der Paß-Gesetze vor, und die neuerliche Vertreibung von Afrikanern aus den Städten in Homelands ist geplant.

Der neue Verfassungsentwurf, von der Jungen Union in der BRD als „unübersehbares Zeichen für mehr Demokratie“ gelobhudelt, wird in Azania einhellig abgelehnt. Die beabsichtigte Isolierung der Afrikaner durch die scheinbaren Rechte für die farbigen und Inder ist fehlgeschlagen. An der Front gegen die neue Verfassung sind Organisationen der Inder genauso beteiligt wie viele Mitglieder der farbigen Labour Party.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung v. 10.5.83; Xinhua News Agency 25.5.83; Focus 43/82 und 46/83; Neue Westfälische Zeitung 25.3.83

Einigungsverhandlungen zwischen ZANU und ZAPU

Wütend und drohend reagierten die westdeutschen Zeitungen auf die Bemühungen von ZANU/PF (Zimbabwe African National Union / Patriotic Front) und ZAPU (Zimbabwe National Peoples Union), die Differenzen zwischen beiden Parteien auszuräumen und eine Vereinigung der beiden Organisationen anzustreben. So verlangt die Zeitung „Christ und Welt“ z.B.: „Zur Diskussion steht auch Bonns zukünftige Einstellung zu Zimbabwe. Hier, wo Regierungschef Mugabe auf eine Einparteiendiktatur hinsteuert, (ist) eine dem Stammesgefüge angemessene förderative Lösung zu empfehlen, die blutigen Fehden miteinander verfeindeter Stämme den Boden entzieht.“ Verzweifelt haben die Imperialisten versucht, die Auseinandersetzungen zwischen einem Teil der ZAPU und der Regierung, die vor allem im Matabeleland stattgefunden haben, als „Stammesfehden“ darzustellen.

Inzwischen ist sicher: Die Regierung Zimbabwes konnte durch Verhängung des Ausnahmezustandes in der Matabele-Provinz und mit Hilfe der fünften Brigade der zimbabwischen Armee die Lage in der Provinz soweit normalisieren, daß der Ausnahmezustand in zahlreichen Städten und Dörfern aufgehoben ist. Den imperialistischen Feinden des unabhängigen Zimbabwe ist nicht gelungen, die Widersprüche zwischen den beiden Regierungsparteien ZANU und ZAPU soweit zu schüren, daß die Regierung auseinandergebrochen wäre, das Gegenteil ist der Fall. Ebenfalls ist der Versuch der Statthalter der Imperialisten in Südafrika mißlungen, durch Unterstützung reaktionärer Banden und Terror gegen die schwarzen Landarbeiter und die weißen Viehfarmer in der Matabele-Provinz Gründe zum Eingreifen zu schaffen. Die Imperialisten hatten auf solche Möglichkeiten spekuliert. Seit Monaten erklärt der südafrikanische Premierminister Botha, selbstverständlich werde seine Regierung „Hilferufe“ aus dem Nachbarland nicht zurückweisen. Der Unterstützung der Imperialisten bei einem solchen Unternehmen ist er sich sicher. Der frühere Präsident des rhodesischen Siedlerregimes Smith reist mit neuem britischen Paß durch die Welt, um Unterstützung für seine Umsturzpläne zu sammeln (Die britische Regierung hatte Smith 1969 den Paß nach der einseitigen „Unabhängigkeitserklärung“ entzogen).

Völlig zu Recht steigern ZANU und ZAPU also ihre Bemühungen, die beiden Organisationen, die gemeinsam den Kampf für die Unabhängigkeit Zimbabwes geführt haben, zu einer einheitlichen Front zusammenzuführen, die den Kampf für die Wahrung der Unabhängigkeit und die Überwindung der kolonialistischen Hinterlassenschaften dienen soll. Seit Anfang dieses Jahres haben Kommissionen beider Parteien die Verhandlungen über eine Einigung beider Parteien vorbereitet. Seit Mitte Mai haben die jeweiligen Zentralkomitees Kommissionen bestimmt, die diese Verhandlungen zu Ergebnissen führen sollen, über die die Zentralkomitees spätestens Ende des Jahres entscheiden wollen. Ein Mitglied der Verhandlungskommission der ZAPU, der Staatsminister John Nkomo, hob hervor: „Die Zentralen Komitees haben das Mandat für alle weiteren Schritte ... Wir dürfen nicht vergessen, daß auf unserem Weg Feinde lauern, die bereit sind, uns zu vernichten, wenn wir unsere Unabhängigkeit nicht festigen.“

Beide Parteien sind sich einig darin, daß sie ihre Hauptanstrengungen in den nächsten Jahren auf eine Umgestaltung der Wirtschaft konzentrieren müssen, die erstens die Abhängigkeit der Ernährung vor allem der städtischen Bevölkerung von der landwirtschaftlichen Produktion der weißen Großgrundbesitzer beseitigt. Dazu muß der Landmangel der schwarzen

Bauern beseitigt und die Produktivität der afrikanischen Landwirtschaften verbessert werden. Zweitens müsse die Kontrolle der imperialistischen Monopole, die immer noch ca. 65% des gesamten investierten Kapitals in Zimbabwe besitzen, über Industrie und Bergbau gebrochen werden und die Rechte der schwarzen Arbeiter zur Kontrolle ihrer Arbeitsbedingungen und zur Kontrolle der Produktion gestärkt werden. Schließlich sind sich ZANU und ZAPU einig darin, daß sie beide eine „sozialistische Umgestaltung“ der Wirtschaft und der politischen Verfassung Zimbabwes anstreben.

Bislang hatte die Regierung versucht, gebunden durch das Verbot von Enteignungen, das die Imperialisten im Verfassungsdiktat von Lancaster durchgesetzt hatten, die Landlosigkeit der schwarzen Bauern und die Überbevölkerung der Regionen, die die weißen Landräuber den Schwarzen zugewiesen hatten, durch Aufkauf von „weißen“ Farmen zu mildern. Im vergangenen Jahr hat sie mehr als 20000 Familien auf solches Land umgesiedelt, seit 1980 sind 28000 Familien von 162000, die bis Ende 1986 mit neuem Land versorgt werden sollen, umgesiedelt worden. 54000 sollen in diesem Jahr folgen. Der größte Teil dieser Bauern arbeitet in Produktionskooperativen zusammen, die vorwiegend Mais, Weizen, Gemüse und Baumwolle über den Eigenbedarf hinaus produzieren und Viehhaltung nur für den Eigenbedarf betreiben. Anfang April kündigte der Minister für ländliche Entwicklung Mahachi an, daß in diesem Jahr die Regierung nicht nur brachliegendes oder verlassenes „weißes“ Land aufkaufen und verteilen werde, sondern nun auch Land neh-



Mehr als 2/3 der Bevölkerung Zimbabwes lebt und arbeitet auf dem Land, die weißen Siedler besitzen nach wie vor den besten Boden.

Das neue Arbeitsrecht muß gegen den Widerstand der Siedler durchgesetzt werden

Die Politik der Regierung Mugabe ist darauf ausgerichtet, besonders das Lebensniveau der ca. 400 000 ländlichen Arbeiter und Hausangestellten zu heben, dem bis zur Unabhängigkeit geknechteten und elendesten Teils der Arbeiterklasse Zimbabwes. Eine der ersten Maßnahmen nach der Unabhängigkeit war die Festlegung von Mindestlöhnen für die afrikanischen Arbeiter.

Der Mindestlohn der ländlichen Arbeiter beträgt heute 50 Zimbabwe-Dollar monatlich gegenüber den Löhnen während der Siedlerherrschaft, die durchschnittlich 10,5 Zimbabwe-Dollar betragen. Zusammen mit dieser Festlegung wurden auch erstmals gesetzliche Regelungen der Arbeitszeit für Landarbeiter und Hausangestellte erlassen. Ihre Wochenarbeitszeit wurde auf 54 Stunden festgelegt mit einem freien Tag in der Woche; der Urlaub beträgt 14 Tage unbezahlt.

Die weißen Farmer reagierten auf diese Maßnahmen mit einer Welle von Entlassungen, mit Erpressung und Mißachtung der geltenden Gesetze. Um die Lage der ländlichen Arbeiter grundlegend zu ändern, ist

zunächst ihre rechtliche Gleichstellung mit den städtischen Arbeitern notwendig. Diese soll mit dem geplanten neuen Arbeitsrecht erfolgen.

Das alte Arbeitsrecht schloß die Masse der Arbeiter von gesetzlichen Regelungen der Arbeitsverhältnisse sowie von gewerkschaftlichen Rechten aus, denn als Werkträger galt nur „jede Person, die bei einem Unternehmer angestellt ist, um eine Arbeit zu verrichten. Eingeborene sind darin nicht inbegriffen.“ Für sie galt das „Herren- und Diener-Gesetz“ von 1901.

Das neue Arbeitsrecht beseitigt jede Unterscheidung der Arbeiter nach „Rasse, Hautfarbe, Glauben, Geschlecht und Alter“. Es gilt für alle Arbeiter in allen Branchen. Erstmals erhielten alle Arbeiter Zimbabwes das gesetzlich verankerte Recht auf gewerkschaftliche Organisation und Betätigung. Jeder Eingriff in dieses Recht von Seiten der Unternehmen ist strafbar. Die Bildung von Gewerkschaften soll nach dem Prinzip der Branchengewerkschaften erfolgen. Die Gewerkschaften sind berechtigt, Beiträge einzuziehen, die Arbeiter gegenüber dem Kapitalisten zu vertreten und Tarifverträge abzuschließen.

Auf betrieblicher Ebene wurden 1981 sogenannte „workers committees“ eingerichtet, die die Interessen der Arbeiter gegenüber dem Einzelkapitalisten und dem Farmer vertreten sollen. Diese Komitees können sich regional organisieren, dies ist bislang den Industriearbeitern gelungen, gegen die Zusammenschlüsse der Landarbeiter sind die Großfarmer eingeschritten. Die „workers committees“ sollen in Zukunft auch zum Streik aufrufen können.

Quellenhinweis: ISSA 4/5 1993; Facts and Reports, B/83, N/81, Y/81



Immer noch hat jeder Weiße mindestens einen Diener.

men werde, das zu wenig genutzt wird. Auf diesem Land sollen unter anderem Viehzuchtkooperativen und Jagdgebiete zur Deckung des Fleischbedarfs eingerichtet werden.

Doch die Umsiedlung von 162 000 Familien ist nicht ausreichend. Nach Untersuchungen des Ministeriums für ländliche Entwicklung brauchen mindestens 300 000 Familien aus den „schwarzen“ Regionen neues Land, wenn auch nur die Ernährung aus eigener Produktion in diesen Regionen gesichert werden soll. Um dieses Ziel zu erreichen, müßten die weißen Farmer mindestens 60% ihrer 15 Mio. ha Land verkaufen, eine Landmenge, die die Regierung nicht bezahlen kann und die die weißen Farmer vorerst nicht abgeben wollen. Die Möglichkeiten, in den „schwarzen“ Regionen den Boden zu verbessern, sind begrenzt. In den ersten zwei Jahren sind in diesen Gebieten vor allem die Schäden des Bürgerkrieges beseitigt worden. Nun komme es darauf an, so erklärte Mahachi, die Bearbeitung dieses Landes zu verbessern. Der Boden in diesen Regionen ist erheblich schlechter als in den „weißen“ Farmgebieten, die Bauern waren wegen der hohen Bevölkerungsdichte in diesen Regionen und weil sie keine Möglichkeiten hatten, ihre Böden zu verbessern, gezwungen, ihre Äcker völ-

lig auszulaugen. So konnten die Bauern in diesen Regionen vor 1960 ca. 175 kg Mais pro Hektar ernten, 1977 erreichten sie nur noch 105 kg pro ha. Aus den Familien dieser Regionen zogen die ausländischen Kapitalisten in Zimbabwe und Südafrika die hunderttausende Wanderarbeiter, deren Lohn kaum für deren eigenes Überleben reichte, geschweige denn für Zuschüsse, die in der Bodenverbesserung und in Bewässerungsanlagen dringend gebraucht wurden. Die Auswirkungen der Dürre der letzten beiden Jahren sind in diesen Gebieten besonders scharf.

Im Gegensatz zur Weizenernte der kommerziellen Farmer, die trotz bis zu 60% geringerer Niederschläge kaum niedrigere Ernten als in den beiden Vorjahren erwarten, sind in manchen Regionen die Ernten der schwarzen Bauern vollständig vertrocknet, der Viehbestand ist wegen des Wassermangels gefährdet. Die Regierung hat Maßnahmen zur Rettung des Viehs ergriffen, wo irgendmöglich werden junge Kühe in weniger wasserarme Gebiete transportiert. Um jeglichen Spekulationsgeschäften mit der knappen Ernte vorzubeugen, hat das Landwirtschaftsministerium die Aufkaufpreise für Getreide, Tabak, Soyabohnen, Erdnüsse und Baumwolle festgesetzt, Exporte

dürfen nur unter der Kontrolle des Außenministeriums und des Landwirtschaftsministeriums durchgeführt werden. Die Vereinigung der weißen Farmer reagierte empört. Unter solchen Bedingungen lohne sich ihre Produktion kaum noch.

Gegen die Klagen der weißen Großgrundbesitzer führen verschiedene Zeitungen mit Unterstützung der Regierung derzeit eine Enthüllungskampagne durch, die die Ausbeutung der Landarbeiter auf den Farmen angreift. Ca. 20% der Bevölkerung Zimbabwes lebt und arbeitet auf den Farmen der Weißen. Ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen sind noch immer – trotz der Anhebung der Mindestlöhne und der Begrenzung der Arbeitszeit – die schlechtesten im ganzen Land.

Die rasche Durchführung der Landreform, die sowohl den Landmangel der schwarzen Bauern als auch die Schinderei der Landarbeiter durch die weißen Farmer abschafft, hat mächtige innere und äußere Feinde. Die Einigungsbemühungen von ZANU und ZAPU können die Möglichkeiten, den Kampf erfolgreich weiterzuführen, verbessern.

Quellenhinweis: Zimbabwe Pressespiegel, hrsg. Zimbabwe Informationsgruppe, Harare, Dezember 1982 bis Mai 1983; Facts and Reports, Press cuttings on Southern Africa Nr. G, H, I, K 1983; Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 4/5, Mai 1983, hrsg. Informationsstelle Südliches Afrika, Blücherstr. 14, 5300 Bonn, Tel. 0228/213288



Bahumutsi Drama Group

Theater im Befreiungskampf des Volkes von Azania

Im Rahmen ihrer Europa-Tournee tritt die Bahumutsi Drama Group aus Soweto/Azania auch in mehreren Städten der BRD auf. Bahumutsi Drama Group, das sind vier afrikanische Schauspieler, die 1976, vier Monate vor dem Schüleraufstand in Soweto, eine Theatergruppe gegründet haben. Die erste Produktion „The Cry“ wurde sogleich verboten und konnte 1976 nicht aufgeführt werden. Nach der Aufführung von „The Nurse“ (Die Krankenschwester) wurde der Leiter der Schauspieltruppe von der Sicherheitspolizei verhört und erhielt fünf Monate lang keinen Paß für die Ausreise. Ständige Bedrohung durch Zensur und Polizei gehört mit zu den Arbeitsbedingungen von Bahumutsi.

Die während der Rundreise aufgeführten Stücke sind „Hungry Earth“ (Hungrige Erde) und „The Nurse“. Sehr weit gesteckt ist die dargestellte Thematik; sie reicht von der Geschichte der Kolonialisierung bis zu den verschiedenen Erscheinungsformen der Ausbeutung und des Elends der schwarzen Bevölkerung in der Gegenwart und vor allem: Dem Kampf gegen das Apartheidsystem und den Emanzipationsbestrebungen der Schwarzen wird breiter Raum gegeben.

In „Hungry Earth“ wird in der ersten Szene die koloniale Eroberung als Alptraum eines schwarzen Arbeiters darge-

stellt. Umlungu (weißer Mann) dringt nach Afrika ein. Umlungu steht hierbei stellvertretend für die christlichen Missionare („liebt diejenigen, die Euch mißhandeln“), die weißen Siedler und die Repräsentanten imperialistischen Kapitals, die das Land ausbeuten und die Reichtümer fortschaffen.

Einige Szenen gehen direkt auf die Arbeitsbedingungen der schwarzen Bevölkerung ein: Kinderarbeit auf einer Plantage, lebensgefährliche Arbeit in einer Goldmine (in „Hungry Earth“); Erniedrigung und Bevormundung schwarzer Krankenschwestern durch den vorgesetzten weißen Arzt (in „The Nurse“). Doch es bleibt nicht bei der Beschreibung des Elends. Der Kampf der Schwarzen für ihre Rechte und für die Befreiung des Landes wird propagiert. Der Prolog zu „Hungry Earth“ und die Gesänge (in Stamessprache) bringen das deutlich zum Ausdruck.

Prolog zu „Hungry Earth“:
„Steht auf Ihr Tapferen Afrikas
Steht auf beginnt den Kampf dort wo die Brüder starben
verhext ist unser Afrika doch schwarzes Blut wird fließen
Zu wässern den Baum unserer Freiheit

Unsre Tapfren stürmten im Kugelhagel
ihr Mutterland zu schützen
vor dem grausamen Umlungu

einer zwei zehn hunderte unserer Tapferen
schreckten nicht zurück auch wenn sie wußten
daß sie der Tod empfing

Mutter Afrika wach auf und bewaffne Dich selbst
Trockne der Tapferen Tränen
Mutter Afrika wach auf
sonst tut Dir Umlungu Gewalt an.“

Seine Eigenart gewinnt das Spiel von Bahumutsi vor allem durch die verwendeten theatralischen Mittel. Auf Dekoration wird weitgehend verzichtet. Im Vordergrund stehen die Aktion und die Gestik der Schauspieler; z.T. wird Pantomime eingesetzt, was äußerste Beschränkung bei den Requisiten ermöglicht. Oftmals sogar auf der Bühne wechseln die Schauspieler ihre Rollen. Dieser Verzicht auf eine vom Publikum getrennte Bühnenscheinwelt (im Gegensatz zum traditionellen Theater) verringert die Distanz zwischen Schauspielern und Publikum. Unbedingt hervorzuheben die Gesangspassagen, die von hoher künstlerischer Qualität sind.

Die Bahumutsi Drama Group macht gutes politisches Agitationstheater, das dem Betrachter einen Eindruck von der Lage und dem Kampf des Volkes von Azania vermittelt. Weitere Auftritte:
13. – 18.6. Hamburg
19. – 22.6. Westberlin
24.6. Passau
27.6. Regensburg

Krieg gegen die Russen, Liebschaften im All

Jerry Cotton im Kampf gegen die Russen, das Ganze als SF in die ferne Zukunft verlegt: das ist so etwa der Inhalt des Büchleins „Rachezug im Kosmos“. Der Held heißt „Stahlratte“, ist ein ehemaliger intergalaktischer Einbrecher und irgendwann von der Polizei „umgedreht“ und zum Spezialagenten gemacht worden. Seine Begleiterin ist die ebenso vollbusige wie kaltschnäuzige Angelina, früher von Beruf ebenfalls Gangsterin und seitdem bestens geübt im Messerwerfen. Beider Auftrag: Die Urheber einer Serie von galaktischen Eroberungen umzubringen, die bereits mehrere Planeten „unterjocht“ haben. Daß die daraus folgende Geschichte höchst unglaublich ist, alle kniffligen Situationen des „Spezialagenten Stahlratte“ in reichlich summarischen Kurzfassungen umschiffen werden, bis am Ende der Sieg winkt – was macht das schon, wenn dafür umso ausgiebiger die Schlägereien, Liebschaften usw. geschildert werden? Ganz nebenbei werden dem Leser dabei höchst irdische Eroberer „typen“ vorgestellt. Die „Bösen“ stammen nämlich von einer sehr kalten, fernen Welt, tragen ausgesprochen russisch wirkende Uniformen und bereiten ihre Eroberungen stets so vor, daß sie „unzufriedene Teile der Bevölkerung“ auf den zur Beute ausersehenen Planeten mittels fünfter Kolonnen unterstützen, ihnen zur Macht verhelfen und dann prompt – nun ohne groß auf Widerstand zu stoßen – den Planeten in Besitz nehmen.

Harry Harrison, Rachezug im Kosmos, Heyne SF 3974, München 1983, 3,80 DM

US-Putsch in Indonesien als „Geheimnis Asiens“

In Indonesien ließen die US-Imperialisten – unter Beifall der westdeutschen Imperialisten – 1966 Militär gegen die antiimperialistische Regierung Sukarno putschen, dabei etwa 300000 Mitglieder der kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) umbringen, und zwangen die indonesische Regierung, die Erdölquellen des Landes den Imperialisten mit Konzessionen zu Spottpreisen zur Verfügung zu stellen. Der mißglückte Versuch der PKI, 1965 in einem bewaffneten Aufstand die rechte Armee-führung, die mit den Imperialisten zusammenarbeitete, zu stürzen und damit die Regie-

rung Sukarnos zu zwingen, an einem Kurs der nationalen Unabhängigkeit festzuhalten, bildet den Hintergrund für den US-finanzierten Film „Ein Jahr in der Hölle“ des australischen Regisseurs Peter Weir. Tatsachen und Zusammenhänge sind aus dem Film allerdings nicht einmal andeutungsweise zu erfahren, dagegen verströmt Weir jede Menge Vorurteile vom „asiatischen Menschen“: Ist er arm, so ergibt er sich in sein Schicksal. Hat er Macht, so ist er korrupt wie Sukarno, von dem der Zuschauer ansonsten bloß noch erfährt, daß er ein Weiberheld gewesen sei. Trägt „der Asiate“ Uniform, so ist er dumm und brutal. Ist er Kommunist, so will er vielleicht was Gutes, ist aber von außen gesteuert. Jedenfalls hätte die VR China die Unruhen geschürt, indem sie die Waffen für den Aufstand der PKI lieferte. Warum der britische Botschafter seine Residenz verlassen mußte, erfährt man ebensowenig wie die Gründe für eine Demonstration gegen die US-Botschaft. Das ist auch nicht das Interesse Weirs, sondern diese Demonstration soll ja zeigen, wie sich „der Asiate“ in der Masse verhält: als fanatischer Pöbel. Außerdem ist „der asiatische Mensch“ mystisch-religiös und wie alle seine Eigenarten scheint das aus der „asiatischen Natur“, üppig wucherndem Dschungel mit geheimnisvollen Gefahren, zu stammen. Die Kulisse, vor der die rassische Überlegenheit des Kolonialistenpacks in einem ansonsten nicht besonders interessanten Liebesgeschichtchen eines australischen Reporters mit einer Agentin aus der britischen Botschaft glänzen kann, ist somit fertig.

Pfäffische Weltuntergangsstimmung

Im Mai dieses Jahres erschien das Buch „Die tödliche Utopie der Sicherheit“ vom diesjährigen Präsidenten des evangelischen Kirchentages Erhard Eppler. Nachdem Eppler 1980 als Spitzenkandidat der SPD in den baden-württembergischen Landtagswahlen kläglich gescheitert war, bemühte er sich geflissentlich, die eigene Unfähigkeit durch weltmännische Gedankensprünge zu verdecken, um Karriere und Einfluß in Kirchenkreisen auszubauen. In seinem 1981 erschienenen Buch „Wege aus der Gefahr“ setzte er sich mit der Friedensbewegung und den Interessen der lohnabhängigen

Mittelklassen auseinander. Eppler ist ein „Wertkonservativer“: Die Kämpfe der Bürgerinitiativen gegen den Bau von Kernkraftwerken oder der Friedensgruppen gegen die Atomraketen konservieren nach Meinung Epplers die Grundwerte dieser Gesellschaft, wenden sich gegen die Zerstörung und halten am Bestehenden fest. Diesem Publikum widmete er auch sein neues Buch. Er schreibt im zweiten Kapitel: „Es gibt keine sichere Methode, sich und die anderen umzubringen, als den Versuch, perfekte Sicherheit zu errüsten. Dies ist die These dieses Buches.“ Für Eppler ist der Krieg nicht mehr ein zeitlich begrenztes militärisches Kräftemessen, sondern schlicht „Auslöschung“. Das Buch ist eine Schilderung von pfäffischen Weltuntergangsstimmungen mit linkem Anspruch, um reaktionäre Positionen in Kreisen der Friedensbewegung zu verankern. Eppler kommt dann auch zu Überlegungen einer „Umrüstung“ und schließt sich Positionen für die Errichtung von „reinen Defensivwaffen“ an. Er meint, daß keines der Systeme heute so beschaffen ist, daß es als Vorbild dienen kann. Mit antiamerikanischen Positionen ist Eppler alter Europäer: „Nur eine Lockerung im westlichen Bündnis kann eine Chance dazu öffnen. Die Westeuropäer, eben weil sie freier sind, müssen vorangehen.“ Eppler vermeidet eine offene Hetze gegen den Osten aber beschreibt die Staaten des Warschauer Vertrages als überzeugungsfähig und führt Polen als „bleibenden Erfolg“ an, ein Werk „menschlicher Gesten“ am „bedrängten polnischen Nachbarn“.

„Sicherheit“ ist Utopie, nicht nur in Rüstungsfragen: „Wo Sicherheit zum Grundwert erhoben würde, müßte die Freiheit leiden.“ Eppler greift Vorstellungen von Sicherheit im Gesundheitswesen an, bezeichnet sie als „unmenschlich“ und schreibt, ein unaufhebbarer Rest an Unsicherheit gehöre zum menschlichen Leben. Eppler greift soziale Interessen an und propagiert die christliche Nächstenliebe und „Friede im Kleinen“. Eppler will ein „soziales Bündnis“ zwischen „klassischer Arbeiterbewegung und den neuen sozialen Bewegungen“ mit den Grundwerten des christlichen Abendlandes.

Erhard Eppler, Die tödliche Utopie der Sicherheit. Rowohlt, Reinbek 1983, 24 DM.

Nachrüstung

Welche Aufgaben stellt eine Volksentscheidskampagne?

Der folgende Diskussionsbeitrag des Kommunistischen Bundes (KB) bezieht sich auf Fragen des BWK bezüglich einer Stellungnahme des KB für eine Volksentscheidskampagne gegen die „Nachrüstung“ (s. S. 36/37) auf der 3. Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 16./17.4. in Köln. Zur besseren Übersicht drucken wir die Fragen des BWK (kursiv) und den Beitrag des KB nach Themenkomplexen geordnet ab.

Anfang Mai habt ihr die Gründe veröffentlicht, die Eurer Meinung nach für eine Volksentscheidskampagne gegen die Nachrüstung sprechen. Das Zentrale Komitee des BWK hat in dieser Sache inzwischen folgenden Beschluß gefaßt:

„Das Zentrale Komitee sieht für den BWK nicht die Notwendigkeit, gegen die bekanntgewordenen Bemühungen, einen Volksentscheid gegen die Raketenstationierung zu erwirken, generell zu polemisieren.“

Eine Kampagne für Volksentscheid stellt die Aufgabe,

– die Kritik der Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie zu verbreiten und

– ihre Politik der Popularisierung kapitalistischer Kriegsziele zu bekämpfen.“

Wir haben so beschlossen, weil wir meinen, daß die herrschende Klasse die Abscheu vor der Brutalität und die Furcht vor den Schrecken des Krieges aus dem Weg ihrer Kriegsvorbereitungen räumt, indem sie ihre Kriegsziele als Lebensinteresse der Bevölkerung populär macht. Das muß verhindert werden, dazu scheint uns eine Volksentscheidskampagne zweckmäßig, deswegen unterstützen wir sie, und unter diesem Gesichtspunkt hätten wir einige Fragen zu Eurer Begründung dieser Kampagne.

1. Nehmt Ihr an, daß die „Mehrheit im Volk“, die der NATO-Doppelbeschluß nach Meinungsumfragen nicht hat, stabil gebildet ist und durch einen Zählakt bloß noch politisch zu realisieren wäre?

Darüber läßt sich nur spekulieren. Ausruhen sollte man sich auf den Umfrage-Ergebnissen jedenfalls nicht. Eine Volksentscheidskampagne muß auch eine Meinungsschlacht gegen die Rüstungs- und Kriegspolitik werden.

2. Aus dieser Rüstung soll, so sagt Ihr, „die Fähigkeit entstehen, einen Krieg in Europa ‚erfolgreich‘ führen zu können und damit die Sowjetunion vollständig erpreßbar zu machen“. Wer sucht da welchen Erfolg? Wozu soll die Sowjetunion erpreßt werden? Wir hielten da eine genauere Bestimmung für sinnvoll, zumal in der öffentlichen Meinung die Ansicht besteht, ein Nutzen könne für die BRD nicht, höchstens für die USA und letztendlich nicht einmal für die entstehen, so daß als treibende Kraft dieser Kriegsvorbereitung ein „Wahnsinn“ erscheint und nicht menschenverachtende Rationalität z.B. des westdeutschen Imperialismus.

Der Hinweis auf die Absicht, die Sowjetunion „vollständig erpreßbar zu machen“, schließt unserer Ansicht nach die von Euch behauptete Mißverständlichkeit – es gehe nicht um rationale imperialistische Politik, sondern um „Wahnsinn“ – aus. Als Ziele einer Erpressung der Sowjetunion sehen wir sowohl die „Unruheherde“ in der Dritten Welt (wo die sowjetische Unterstützung und Einflußnahme zurückgedrängt werden soll) wie auch das mittel- und osteuropäische Glacis der Sowjetunion. Diese Zusammenhänge sind seit vielen Jahren konstant Gegenstand unserer Publizistik; insofern sehen wir das von Euch aufgeworfene Problem nicht.

3. Die Hoffnung, einen Krieg zu verhindern, indem man „nicht hingeht“, impliziere, so sagt Ihr, eine gefährliche Unterschätzung des Problems. Unter welchen Bedingungen sich genug finden, die „hingehen“, sagt Ihr nicht, sondern, daß man im modernen Krieg nicht so viele bräuchte. Ist das nicht auch eine gefährliche Unterschätzung des Problems? Hat sich's nicht stets so verhalten, daß eine herrschende Klasse kriegsfähig wurde, weil und soweit es ihr gelang, ihre Expansionsabsichten als einzig gangbaren Überlebenspfad und Entwicklungspfad der ganzen Gesellschaft bei einer Meute, die keineswegs die „Mehrheit“ sein muß, zu verankern? Muß nicht das vor allem verhindert werden?

Diese Frage scheint uns an dem konkreten Zusammenhang – unserem Vorschlag-Aufruf für eine Volksentscheid-Kampagne – vorbeizugehen. Wogegen wir uns wenden wollten, war dies: Das Problem, einen Kriegs-, „ausbruch“ zu verhindern, stellt sich unter den modernen Bedingungen komplizierter als je zuvor dar. Das wendet sich gegen die unserer Ansicht nach leichtfertige Vorstellung, es sei nicht so wichtig, jetzt die Stationierung der Mittelstrecken-Raketen zu verhindern. Die Stationierung neuer Waffen läßt sich allemal leichter verhindern als ihr Einsatz. Ansonsten stimmen wir Euch zu. Die Frage ist allerdings, WIE verhindert werden kann, daß die herrschende Klasse ihre Ziele „bei einer Meute, die keineswegs die ‚Mehrheit‘ sein muß“, „verankern“ kann. Gerade das ist naturgemäß besonders schwer.

4. Bewertet Ihr nicht die Furcht vor dem Krieg, die durch die Vernichtungskapazität moderner Waffen ausgelöst wird, politisch zu hoch? Die herrschende Klasse hat darauf immer Antworten geußt: hervorragende Rüstung, stramme Truppen, schneller Sieg und eventuell die eine oder andere Konvention. Das hat immer gezogen.

Hier klingt uns eine allzu resignative und letztlich politisch hilflose Betrachtungsweise heraus. Wenn das „immer gezogen“ hat – nämlich die Schaffung der politisch-ideologischen Voraussetzungen für die Führbarkeit von Kriegen – so heißt das nicht unbedingt, daß es auch künftig unter allen Umständen „ziehen“ wird. Andernfalls könnten wir es aufgeben, über den Kampf gegen den imperialistischen Krieg weiter zu reden. Wir gehen allerdings davon aus, daß eine Massenmobilisierung gegen den imperialistischen Krieg – falls sie überhaupt noch möglich ist – dann vor allem auf dem Grauen vor den Schrecken des modernen Massenvernichtungskrieges aufbauen wird, und nur sekundär auf Ablehnung der politischen Zwecke, für die Kriege geführt werden.

5. Ihr sagt, daß die Forderung nach einem Volksentscheid der Unterstützung durch vielfältige Massenaktionen bedürfe. Wäre nicht umgekehrt richtiger, daß die Volksentscheidkampagne ihren hauptsächlichsten Sinn in der Erleichterung von Massenaktionen hätte? An die Vorstellung, durch eine erfolgreiche Volksentscheidkampagne könne in der BRD zur guten Übung werden, „Überlebensfragen von Krieg und Frieden direkt vom Votum der Bevölkerung abhängig zu machen“, mögen wir uns nicht gewöhnen, wir halten das für unwahrscheinlich und sehen eher als Perspektive, der herrschenden Klasse Anhang abspenstig zu machen und Kraft für politische Massenaktionen zu sammeln.

Das ist kein Widerspruch. Es gibt eine wechselseitige Unterstützung zwischen Volksentscheid-Kampagne und Massenaktionen. Unsere Formulierung wendet sich lediglich gegen den Versuch, beide Seiten gegeneinander auszuspielen. Also entweder eine Volksentscheid-Kampagne als Mittel gegen eine befürchtete Radikalisierung der Kämpfe zu befürworten (diese Deutung liegt z.B. bei einigen Argumenten von Jo Leinen nahe), wie auch spiegelverkehrt die Furcht, eine Volksentscheid-Kampagne könne von der Entfaltung „direkter“ Massenaktionen ablenken. Den von Euch behaupteten Widerspruch zwischen einerseits der Popularisierung plebiszitärer Elemente gerade in den Fragen von Krieg und Frieden und andererseits dem Ziel, „der herrschenden Klasse Anhang abspenstig zu machen“, sehen wir nicht. Selbstverständlich geht es auch um letzteres. Wenn auf dem Weg zu diesem Ziel mit den ideologischen Barrieren des Parlamentarismus gebrochen wird – über Rüstung und Krieg beschließen die Regierungen; die Beteiligung des Volkes an den Entscheidungen über die eigene Existenz beschränkt sich auf den Gang zur Wahlurne einmal in vier Jahren – kann das unserer Ansicht nach nur nützlich sein.

6. Überdies halten wir für noch nicht ausgemacht, welche Richtung die Volksentscheidkampagne nehmen wird. Ihr vermerkt zu Recht, daß eine Initiative von den GRÜNEN und SPD-Abgeordneten wünschenswert wäre. Der westdeutsche Imperialismus will eine Hegemonialstellung in der EG und Ausdehnung nach Osten. Schon jetzt ist bei den GRÜNEN, von der SPD zu schweigen, die Rede von grenzüberschreitenden Friedensbemühungen. Wenn wir erleben müssen, daß eine Volksentscheidkampagne gegen die Raketenrüstung mit Bedingungen ans Ausland verkoppelt wird, so wird eventuell eine demokratische Weihe imperialistischer Kriegsziele herauskommen, vielleicht sogar eine Latte von Bedingungen, unter denen GRÜNE und SPD-Linker bereit wären, mitzurüsten, mitzukämpfen, mitzusiegen (alles von „unten“). Eure Befürchtungen hinsichtlich der GRÜNEN und der SPD-Linken teilen wir nicht. Bei aller Kritik, die wir bekanntermaßen ebenfalls an beiden Gruppierungen haben, gibt ihre Politik doch nicht Anlaß zu der Befürchtung, sie könnten unter vorstellbaren Bedingungen bereit sein, „mitzurüsten, mitzukämpfen, mitzusiegen“. (Daß speziell manche Grüne Befürchtungen, wie die von Euch geäußerte, verbal nahelegen, bestreiten wir nicht. Der Unterschied zu praktischer Unterstützung imperialistischer Kriegspolitik ist jedoch erheblich.)

Daß eine Volksentscheid-Kampagne auch für die Linke Probleme aufwirft, trifft zu. Gerade weil dem so ist, erscheint es uns

Vorschlag für eine Volksentscheidkampagne gegen die „Nachrüstung“

1. In wenigen Monaten soll die Stationierung der neuen Mittelstrecken-Raketen in Europa gemäß dem NATO-Doppelbeschluß von 1979 beginnen. Es ist zu erwarten, daß örtliche Vorbereitungen für die Stationierung schon in allernächster Zeit konkrete Gestalt annehmen werden.

2. Daß sich der Stationierungsbeginn durch den Verlauf der Verhandlungen in Genf erledigt oder zumindest zeitlich verschiebt, ist nicht zu erwarten: Für eine Einigung sind die Positionen allzu kontrovers und unvereinbar. Die Basis des sowjetischen Vorschlags ist ein ungefähres Gleichgewicht von NATO und Warschauer Pakt in Europa, wobei als Anhaltspunkt die Zahl vorhandener britischer und französischer Atomraketen dienen soll. Die NATO hingegen fordert, daß ihr eine Überlegenheit zumindest in der zahlenmäßigen Größe der britischen und französischen Atomraketen zugestanden werden müsse, indem diese in den Verhandlungen unberücksichtigt bleiben sollen. Die Sowjetunion soll zur Abrüstung verpflichtet werden, während die USA nach wie vor ihre Erstschatz-Atomraketen in Europa stationieren wollen. Diese sogenannte „Zwischenlösung“ bestätigt, daß es der NATO von Anfang an überhaupt nicht um eine Verhandlungslösung, sondern lediglich um einen Vorwand für die beschlossene Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles in Europa gegangen ist.

3. Zusammen mit der für die nächsten Jahre geplanten und z.T. bereits angelaufenen „konventionellen Nachrüstung“ der NATO soll die Fähigkeit entstehen, einen Krieg in Europa „er-

folgreich“ führen zu können und damit die Sowjetunion vollständig erpreßbar zu machen. Die Gefahr, daß die neuen Waffen nicht nur stationiert, sondern auch eingesetzt werden, ist groß. Der aktuelle Stand der Waffentechnologie macht die Verhinderung eines Krieges durch Verweigerung zu einem noch viel schwierigeren Problem als in der Vergangenheit – und schon in der Vergangenheit ist Kriegsverhinderung durch Massenwiderstand eigentlich niemals und nirgendwo gelungen. Der flotte Spruch „Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin“ impliziert eine gefährliche Unterschätzung des Problems – zumal bei der Art von „Blitzkrieg“, den die NATO für Europa vorprogrammiert, nach unserer Zustimmung ohnehin nicht lange gefragt werden wird. Umso wichtiger ist es, die allergrößten Anstrengungen zu unternehmen, um die atomare (und konventionelle!) „Nachrüstung“ der NATO, die in Wahrheit Kriegsrüstung ist, zum Scheitern zu bringen.

4. Kann die Friedensbewegung gegen die „Nachrüstung“, die größte und wichtigste politische Bewegung seit Bestehen der BRD, die Stationierung der neuen Mittelstrecken-Raketen noch verhindern? Nach allen bisherigen Erfahrungen muß man die Chancen dafür sehr skeptisch beurteilen. Die Geschichte demokratischer und antimilitaristischer Bewegungen in der BRD zeichnet viele schwere Niederlagen (Gründung der Bundeswehr/Remilitarisierung, Atomwaffen-Stationierung in der BRD, Notstandsgesetze u.a.m.), aber kaum echte Erfolge. Zu leichtfertigem Optimismus ist demnach kein Anlaß. Das Interesse der herrschenden Klasse an der „Nachrüstung“ ist so groß, daß sie den Widerstandsaktionen nicht leicht nachgeben wird. Dies umso mehr, weil der aktive Widerstand voraussichtlich auch in diesem Fall nicht mehr als eine letztlich doch relativ kleine Minderheit der Gesellschaft erfassen wird. Selbst die Unterschriftensamm-

höchst sinnvoll, daß wir als Teil der Linken Mitinitiator dieses Vorschlages sind, also von Anfang an nicht nur als äußerlicher Kommentator auftreten. Was aus der Volksentscheid-Kampagne letztlich wird, entscheidet sich wesentlich an der politischen Intervention der Linken.

7. Daß die anlaufende Volksentscheidkampagne die imperialistischen Begründungsbemühungen für die Raketenrüstung vor eine neue Aufgabe stellt, glauben wir nicht. Die Politik der Popularisierung von räuberischen und ausbeuterischen Zielen als einzigem Weg zum Gedeihen der Nation kann dagegen einfach fortgesetzt werden, ja, sich einer Volksentscheidkampagne in gewissem Grade sogar bedienen. Es trifft ja zu, daß die bestehende politische Bewegung gegen die Mittel ist, die die herrschende Klasse bereitstellt. Kann sie aber Erfolg haben, wenn sie sich nicht zur Bewegung gegen den Zweck entfaltet, der nach solchen Mitteln verlangt?

Es ist das Problem der meisten Massenbewegungen, daß sie sich an Fragestellungen entfalten, die uns als Sozialisten eher sekundär erscheinen, sich also eher gegen die Symptome als gegen die Krankheit richten. Das gilt besonders für die Bewegung gegen die „Nachrüstung“, die kaum eine Bewegung gegen den heute schon stattfindenden Krieg ist (siehe Malvinas, siehe Libanon) und die auch kaum eine Bewegung gegen die Totalität imperialistischer Kriegsvorbereitungen auf dem europäischen Schauplatz ist. (Weshalb sie sich z.B. bisher so gut wie gar nicht um die „konventionelle“ Komponente der „Nachrüstung“ kümmert.) Unsere Strategie besteht in der Zuspitzung der Streitfragen, an denen sich Massenbewegungen tatsächlich entwickeln, um von dort aus auch zu den Aspekten zu kommen, die unserer Ansicht nach die wesentlichen sind. Das heißt beispielsweise, daß wir jetzt die größtmögliche Polarisierung an der Frage der atomaren „Nachrüstung“ für den richtigen und einzigen Weg halten, um auch den Kampf gegen die Zwecke des imperialistischen Krieges voranzubringen.

Mit abstrakter Logik betrachtet könnte die Gefahr tatsächlich bestehen, daß sich die herrschende Klasse einer Volksentscheid-Kampagne bedient. In der Praxis wird sie das unserer Ansicht nach keinesfalls tun. Die Regierung kann sich nicht einmal in Andeutungen den Eindruck leisten, sie erwäge ein Eingehen auf die Volksentscheid-Forderung. Das würde, vor dem Hintergrund der ohnehin schon komplizierten Situation bei der praktischen Durchsetzung der „Nachrüstung“ in den europäischen Staaten, eine erhebliche Verunsicherung in der NATO auslösen und die geplante „Nachrüstung“ einem unkalkulierbaren Risiko aussetzen.

lung zum Krefelder Apell, die unverbindlichste und zugänglichste Form des Protestes, hat noch nicht einmal 10% der Wahlberechtigten erfaßt.

5. Unser stärkstes Argument und unsere stärkste Waffe im Kampf gegen die „Nachrüstung“ haben wir bisher noch gar nicht praktisch ins Spiel gebracht. Gemeint ist die Tatsache, daß nach sämtlichen bekanntgewordenen Meinungsumfragen und ähnlichen Untersuchungen keine Mehrheit im Volk für den NATO-Doppelbeschluß besteht und daß die konkrete Stationierung sogar von einer klaren Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird. **Um diese Mehrheit wirklich zu einem politischen Faktor zu machen, ist die Forderung nach einem Volksentscheid über die „Nachrüstung“ das einzige geeignete Mittel.** Zugleich würden wir mit dieser Forderung ausdrücken, daß nicht bloß die „Nachrüstung“, sondern überhaupt die Überlebensfragen von Krieg und Frieden direkt vom Votum der Bevölkerung abhängig gemacht werden müssen.

6. Die Bundesregierung wird selbstverständlich alles tun, um eine Volksabstimmung über die „Nachrüstung“ zu verhindern. Sie gerät dadurch aber in den größtmöglichen Druck, weil sie so zu dem Offenbarungseid gezwungen werden kann, daß sie die „Nachrüstung“ gegen den Mehrheitswillen des Volkes durchsetzen will. Die Bundesregierung würde vollständig der Möglichkeit beraubt, sich für ihre „Nachrüstungs“-Politik auf das Wahlergebnis vom 6. März zum berufen.

Wir halten es jedoch noch keineswegs für ausgemacht, daß der Bundesregierung die Verhinderung und gar das Verbot eines Volksentscheids gegen die „Nachrüstung“ gelingen würde. Auf jeden Fall sind die Möglichkeiten gut, die SPD auf die Unterstützung der Forderung zu verpflichten. Denn die SPD muß sich in den nächsten Monaten irgendwie zwischen Zustimmung und

Die Regierung wird also darauf beharren, daß in dieser Frage das Volk kein Mitspracherecht haben darf, was ihren Spielraum für ideologisch-propagandistische Manöver mit der Volksentscheid-Kampagne von vornherein sehr reduziert.

8. Ihr laßt Euch spöttisch über Gerede aus, diese Raketenrüstung durch Streiks verhindern zu wollen. Haltet Ihr das für die angemessene Beurteilung der gar nicht so kleinen und bedeutungslosen Aktionen gegen die Haushaltssicherungspolitik dieser und der vorangegangenen Regierung, wo doch jeder wußte: Das ging gegen Rüstungsfinanzierungspolitik nicht zum geringen Teil? Haltet Ihr solche Bewegungen wirklich für weniger entwicklungsfähig als die Angst eines Pfaffen vor vorschneller Himmelfahrt?

Das ist nicht Gegenstand unseres Vorschlag-Textes zur Volksentscheid-Kampagne, sondern bezieht sich auf eine individuell gekennzeichnete Einzelstellungnahme. Diese Stellungnahme bezog sich konkret nur auf das Anliegen der Troztkisten, die Hoffnung auf den politischen Streik als das entscheidende Feld im Kampf gegen die „Nachrüstung“ auszuspielen gegen militantere Kampfformen.

9. Haltet Ihr für überflüssig, von vorneherein klarzustellen, daß zwar sinnvoll ist, den politischen Einfluß der herrschenden Klasse zu bekämpfen und ihren Anhang zu mindern, aber völlig klar, daß der herrschenden Klasse eine zahlenmäßige Minderheit in der Bevölkerung ganz gut ausreicht, um zu tun, was sie will? Uns gefällt nicht, daß ihr eine vermutete Mehrheit gegen die Raketenrüstung als „stärkstes Argument“ der Bewegung hinstellt. Würde nicht völlig ausreichen, dies als einen schwachen Punkt der Bourgeoisie zu charakterisieren, an dem man ansetzen muß, um die wirklich starken Argumente zum Tragen zu bringen?

Richtig. Das Bestehen einer Mehrheit in der Bevölkerung gegen die „Nachrüstung“ ist überhaupt kein Argument, schon gar nicht jedoch „das stärkste Argument“ gegen die Raketenstationierung. Unsere Argumente sind ganz andere, und sie haben überhaupt nichts damit zu schaffen, ob eine Mehrheit der Bevölkerung sie derzeit für richtig hält oder nicht, oder sie überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt. Es wäre ausreichend und besser gewesen, nur von „unserer stärksten Waffe“ zu sprechen. Denn es handelt sich bei dem Bestehen einer Mehrheitsstimmung gegen die Raketenstationierung nicht bloß um einen „schwachen Punkt“ der Bourgeoisie, sondern tatsächlich um den allerschwächsten, soweit es die Durchführung der Stationierung angeht.

Quellenhinweis: Info des KB für einen Volksentscheid, Nr. 1 und Nr. 2, Bezugsadresse: Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19, Preis: 1,00 DM plus Porto

Ablehnung zur Raketen-Stationierung durchlavieren – und durch die Ablehnung der schlichten demokratischen Forderung, das Volk selbst entscheiden zu lassen, würde sich die SPD höchst unglaublich machen. Die Forderung nach einem Volksentscheid könnte somit in den kommenden Monaten zum Kristallisationspunkt einer noch nicht dagewesenen Polarisierung der bundesdeutschen Gesellschaft werden, in deren Ergebnis sich vielleicht doch noch eine Chance zur Verhinderung der Stationierung eröffnet.

7. Unser Vorschlag steht selbstverständlich nicht alternativ zu den anderen Formen des Widerstands, zumal auch die Forderung nach einem Volksentscheid der Unterstützung durch vielfältige Massenaktionen bedarf. Es wäre allerdings umgekehrt fatal, wenn die Möglichkeit der Volksentscheid-Forderung jetzt überflüssig zerredet und verschleppt würde. Die Zeit bis zum vorgesehenen Stationierungs-Beginn ist knapp und muß unbedingt optimal genutzt werden. Eine entscheidende Signalfunktion könnte es haben, wenn die Bundestagsfraktion der GRÜNEN, gemeinsam mit „Nachrüstungs“-Gegnern unter den SPD-Abgeordneten, baldmöglichst eine parlamentarische Initiative für die Durchführung eines Volksentscheids unternehmen würden. Um wirkungsvoll zu sein, sollte eine Initiative unserer Absicht nach noch vor der Sommerpause unternommen werden.

8. Wir bitten alle Teile der Friedensbewegung dringend, geeignete Formen und Mittel zu erörtern, mit denen die Forderung nach einem Volksentscheid in den kommenden Monaten vorangebracht werden kann.

Kommunistischer Bund

c/o Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Postf. 7685, 2000 Hamburg 19, Tel. 040/435320

Entwicklung der Zusatzversorgung im öff. Dienst (II)

1977 Beginn von Verhandlungen über die Zusatzversorgung auf Drängen der Arbeitgeber im öffentlichen Dienst. Die Arbeitgeber verlangen, die Gesamtversorgung müsse deutlich hinter dem letzten Nettoeinkommen zurückbleiben, und fordern zunächst eine durchgängige Kürzung aller Renten um etwa 20%, später eine Begrenzung auf 82% - 85% des letzten Nettoeinkommens. Die ÖTV bricht die Verhandlungen ab.

1978 Der Versuch des Dienstherrn, die Lohn- und Gehaltserhöhungen 1978 von Zugeständnissen der ÖTV bei der Zusatzversorgung abhängig zu machen, scheitert. In erneuten Verhandlungen erklärt die ÖTV ihre Bereitschaft, einer Begrenzung der Gesamtversorgung auf das letzte Nettoeinkommen zuzustimmen, und verlangt vom Dienstherrn eine Verbesserung der Zusatzversorgung für Teilzeitbeschäftigte etc. Die Arbeitgeber drohen damit, die Zusatzversorgung gesetzlich zu kürzen über die Einführung des Krankenversicherungsbeitrages der Rentner im Rahmen des 21. Renten Anpassungsgesetzes. Während die Einführung des KV-Beitrages eine Rentenkürzung von etwa 5% bei 1500 DM Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung bedeutet, soll die Gesamtversorgung von z.B. 1500 DM gleich um etwa 11% gekürzt werden. Mit der Verabschiedung des Renten Anpassungsgesetzes 1981 ist dieser Plan vom Tisch.

1981 Die ÖTV vereinbart mit den Arbeitgebervertretern eine Änderung der Zusatzversorgung: Während bisher die Anpassungen der gesetzlichen Renten nicht zu einer Neuberechnung der Gesamtversorgung führten (vergl. Pol. Ber. 12/83), wird ab 1982 bei jeder Veränderung der Bezugsgrößen (gesetzliche Rente und Beamtenversorgung) die Gesamtversorgung neu ermittelt. Das bisherige Berechnungssystem hatte dazu geführt, daß bis 1976 aufgrund der erheblich stärkeren Anhebung der Renten im Vergleich zur Beamtenversorgung das 75%-Maximum der Gesamtversorgung in vielen Fällen überschritten wurde, während nach 1976 aufgrund der Verschiebungen der gesetzlichen Rentenanpassungen bei neuen Rentenfällen die 75%-Gesamtversorgung unterschritten wurde. Praktisch führt die Vereinbarung in den meisten Fällen zu einer deutlichen Kürzung der Gesamtversorgung, die laut Vertrag durch Besitzstandswahrung über die Jahre verteilt wird.

Zusatzversorgung: auf 90% gekürzt

Die Zusatzversorgung für Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes soll künftig maximal 90% des letzten Nettoverdienstes betragen. Für schon länger im öffentlichen Dienst Beschäftigte soll es eine Übergangsregelung geben. Auch wenn derzeit der genaue Inhalt der Vereinbarungen noch nicht bekannt ist, kann als sicher gelten, daß die Unterschrift der ÖTV unter das Dienstherrn-Diktat für die meisten Beschäftigten eine Rentenkürzung um mehrere 100 DM bedeutet.

Ein Beispiel: Ein Arbeiter, der 40 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung zahlte und außerdem 30 Jahre im öffentlichen Dienst Zusatzversichert war, hatte bislang Anspruch auf eine Rente von 75% aller Bezüge der letzten drei Arbeitsjahre, geteilt durch 36. Angenommen, sein für die Rentenberechnung maßgebliches Gesamtversorgungsfähiges Entgelt (zur Berechnung vergl. Pol. Berichte 11/83, S.39) betrug 2400 DM, dann stand ihm eine Rente (aus gesetzlicher Rentenversicherung und Zusatzversicherung) von 1800 DM zu. Jetzt hat er nur noch Anspruch auf höchstens 90% seines letzten Nettolohns. Bei einem Monatsbrutto von zuletzt ca. 2200 DM hat er 1982 etwa 1605 DM ausgezahlt bekommen (Stkl.III, keine Kinder); seine Rente beträgt nur noch 1445 DM, 90% des letzten Netto. Sein Rentenanspruch ist durch den neuen Tarifvertrag also um 350 DM monatlich gesenkt worden!

Damit hat die jahrelange Kampagne der öffentlichen Arbeitgeber vol-

len Erfolg gehabt. Das Ergebnis ist nicht eine Beseitigung der "Überversorgung", d.h. eine Beschränkung der Höchstrente auf die Höhe des letzten Nettolohns oder -gehalts, sondern eine viel weitergehende Kürzung der Rentenansprüche von 2,3 Millionen Arbeitern und Angestellten und wahrscheinlich - trotz aller Übergangsregelungen - der Renten von hunderten tausenden Rentenbeziehern. Dieser Erfolg der Reaktion dürfte neue Maßstäbe setzen: Denn während in der gesetzlichen Rentenversicherung die Kapitaldeckung seit Jahrzehnten beseitigt ist, handelt es sich bei der Zusatzversorgung um Versicherungskassen, die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen aufgebaut sind, nach dem Prinzip der Kapitaldeckung arbeiten (vergl. S.39). Aus den Beiträgen des Dienstherrn und - bis 1973 - des Beschäftigten wird ein Versicherungskapital aufgeschätzt, aus dem später die Zusatzrente gezahlt wird. Die Kassen der Zusatzversorgungseinrichtungen sind voll; von daher gab es keinerlei Grund, mit einem Federstrich Versicherungsansprüche zu liquidieren. Eine private Lebensversicherung, die so verfährt, würde unweigerlich vor den bürgerlichen Gerichten landen.

Der Tarifabschluß setzt Maßstäbe für die Kapitalisten, die künftig noch mehr freie Hand haben bei der Verfügung über die rechtlich ungleich schlechter abgesicherten Betriebsrenten. Und er erlaubt der Reaktion, noch brutaler bei der Senkung der Renten aus der gesetz-

Grundsätze der ÖTV zur Zusatzversorgung

"Die von der Gewerkschaft ÖTV durchgesetzte Zusatzversorgung (Gesamtversorgung) für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst hat sich bewährt. Es besteht daher keine Veranlassung, das System der Zusatzversorgung zu ändern.

Das Ansinnen der öffentlichen Arbeitgeber, die Zusatzversorgung durchgängig zu kürzen, wird von der Gewerkschaft ÖTV kompromißlos abgelehnt.

Grundsatz muß weiterhin sein, daß dem Rentner der im Berufsleben erzielte Lebensstandard - unter Berücksichtigung der allgemeinen Einkommensentwicklung - in vollem Umfang erhalten bleibt.

Die Gewerkschaft ÖTV ist bereit, unter Wahrung von Besitzständen, Entwicklungen zu korrigieren, die von diesem Grundsatz abweichen. Sie wendet sich aber entschieden gegen die Verallgemeinerung einzelner Fälle, die durch

Mißbrauch bestehender Vorschriften zustande gekommen sind. Sie können und dürfen nicht als Vorwand für eine Verschlechterung der Gesamtversorgung dienen.

Die Große Tariffkommission der Gewerkschaft ÖTV hält es für notwendig, die Zusatzversorgung auch weiterhin an die sozialpolitischen Erfordernisse anzupassen. Deshalb fordert sie ...

- Aufrechterhaltung des Gesamtversorgungsanspruchs für nach tarifrechtlichen Vorschriften unföhrbare Arbeitnehmer, die aus Gründen, die sie nicht zu vertreten haben (z.B. wegen Rationalisierung), aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden. Dieses ist dadurch sicherzustellen, daß der aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschiedene Arbeitnehmer bei Eintritt des Versicherungsfalles als bei der Zusatzversorgungseinrichtung pflichtversichert gilt.

lichen Sozialversicherung vorzuziehen; denn eine wesentliche Schranke, die beispielhafte Rentenregelung im öffentlichen Dienst, ist beseitigt.

Die ÖTV hatte anfangs in der Auseinandersetzung um die Zusatzversicherung darauf beharrt, daß aus Beitragszahlung erworbene Renten Ansprüche nicht liquidiert werden können und daß die sog. "Überversorgung" wesentlich durch die Jahren drastisch gestiegene Abzugslast auf die Bruttolöhne entstanden ist. Diese Position hätte nur gehalten werden können durch gewerkschaftlichen Kampf um die Renten auch der gesetzlichen Rentenversicherung und gegen die wachsende Steuerlast. Das hat die ÖTV unterlassen. Sie kam dadurch in die schlechte Position, angebliche Privilegien zu verteidigen. Schlimm, daß auch Gewerkschaften wie die IGM in dieses Trommelfeuer eingestimmt haben. Schrittweise hat die ÖTV dann ihre Stellung geräumt: 1978 forderte sie, bei Änderungen der Zusatzversorgung das Verhältnis von Rente und Nettolohn wiederherzustellen, das 1967 (Tarifvertrag über die Zusatzversorgung) bestand - zwischen 92% und 100%. Die vernünftige Forderung, die jährliche Anpassung der Zusatzversorgung direkt an die Lohn- und Gehaltstarifverträge zu koppeln statt an die gesetzlich verordnete Beamtenbesoldung, wurde später fallengelassen. Mit dem unbegreiflichen Zugeständnis der neuen ÖTV-Spitze, mit den Löhnen und Gehältern 83 auch die Zusatzversorgung zu verhandeln und sich damit voll den Erpressungsmanövern des Dienstherrn auszuliefern, war die Niederlage dann programmiert.

Finanzlage der Zusatzversicherungen

Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL), die wichtigste Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst, zeigt sich ausgesprochen verschlossen bei Nachfragen über Bilanzen und Geschäftsberichte. Zur Beurteilung der Finanzlage der Zusatzversicherungen sind wir auf die Satzung der VBL sowie auf die Sozialberichte der Bundesregierung verwiesen.

In der VBL-Satzung heißt es unter §75: "Die Mittel der Anstalt werden aus Umlagen, Beiträgen zur freiwilligen Weiterversicherung und sonstigen Einnahmen aufgebracht... Das Anstaltsvermögen ist, soweit es nicht für Ausgaben benötigt wird, nach den Grundsätzen ... des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen anzulegen ... In Zeitabständen von drei Jahren hat die Anstalt eine versicherungsmathematische Bilanz für das Deckungsvermögen erstellen zu lassen, die der Anerkennung durch die Aufsichtsbehörde bedarf.."

Ferner ist in der Satzung ein Deckungsabschnitt von 10 Jahren festgelegt. Für diesen Zeitraum ist der Umlagesatz (die Zahlungen der Arbeitgeber) so festzusetzen, daß die Umlagen innerhalb dieses Deckungsabschnitts, die sonstigen Einnahmen (z.B. Zinsen aus Kapitalanlagen) und das zu Beginn des Deckungsabschnitts vorhandene Anstaltsvermögen ausreichen, um die

Leistungen der Zusatzversicherung für den Deckungsabschnitt (10 Jahre) und ein weiteres Jahr zu bestreiten.

Der kurze Blick in die VBL-Satzung zeigt, daß die Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst nach Grundsätzen geführt wird wie eine private Lebensversicherung, die Versicherungsansprüche durch das Versicherungskapital gedeckt sind. Von daher hat die Kürzung der Zusatzversorgung keinerlei Grundlage.

Aus den Sozialberichten der Bundesregierung geht hervor, daß die Hälfte der laufenden Ausgaben aller Zusatzversicherungen im öffentlichen Dienst aus Kapitalerträgen bestritten wird, daß die Einnahmen die Ausgaben weit übersteigen:

Einnahmen und Ausgaben in Mio.

	1975	1978	1982
Leistungen	3204	4077	5306
Einnahmen:			
-Zinsen etc.	1443	1928	2399
-Umlagen	2716	3080	3740
-Beiträge	346	477	575

Absehbar, daß der Posten Arbeitgeber-Umlagen demnächst drastisch sinken wird. Ziel der Reaktion ist, diese Versicherungen weitestgehend zu liquidieren und das große Versicherungsvermögen für ihre Expansionspläne zu benutzen.

- Angemessene Berücksichtigung des Verhältnisses der Vollarbeitszeit zur Teilzeitarbeit bei der Festsetzung der Versorgungshöhe, wenn während der Dauer der Gesamtversorgungsfähigen Zeit Teilzeitarbeit und Vollarbeitszeit geleistet worden ist.

Darüberhinaus ist sicherzustellen, daß sich aus künftigen gesetzlichen Maßnahmen, z.B. aus einem möglichen KV-Beitrag der Rentner, keine zusätzliche Belastung der Rentner aus dem öffentlichen Dienst im Vergleich zu den anderen Rentenbeziehern ergibt." (1.7.1978)

Dienstherr will Rente erheblich unter letztem Nettoeinkommen

"... Die auf Beschäftigungsverhältnissen beruhende Versorgung sollte im wesentlichen aus drei Gründen hinter dem letzten verfügbaren Arbeitseinkommen zurückbleiben:

1. Mit dem Ende des Berufslebens

fielen erfahrungsgemäß Kostenbelastungen weg (Berücksichtigung der Bedarfssituation).

2. Versorgungssysteme, die die Fortzahlung des aktiven Nettoeinkommens garantierten, begünstigten, daß die Betroffenen frühzeitig in die Versorgung drängten.

3. Die Erhaltung des letzten aktiven Arbeitseinkommens durch ein Versorgungssystem könne zur Unzufriedenheit bei jüngeren Arbeitnehmern führen.

Breier setzte sich dann mit einzelnen Fällen der Überversorgung bei Beamten und den anderen Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes auseinander und warf im Anschluß an die Feststellung, daß die Gesamtversorgung der Angestellten gegenüber den vergleichbaren Nettoversorgungsbezügen der Beamten teilweise um über 19% höher sei, die Frage auf, ob das geltende Steuerrecht, auf dem zu einem erheblichen Teil die Unterschiede beruhten, den heutigen Verhältnissen noch gerecht werde

..." (Ministerialdirigent Breier vor dem Verbandstag des Deutschen Sozialgerichtsverbandes 1978)

Vereinbarung über die Zusatzversorgung im Tarifabschluß 1982 (Wortlaut)

1. Die Tarifverhandlungen werden unmittelbar nach dem Abschluß der Lohnrunde mit dem Ziel fortgesetzt, sie noch 1982 abzuschließen.

2. Materiell ist anzustreben, das Verhältnis zum letzten Nettoentgelt an dem Zustand zu orientieren, der bei Einführung der Gesamtversorgung bestanden hat.

3. Für die vorhandenen Versorgungsrentenberechtigten sowie für Pflichtversicherte, die innerhalb eines in den Tarifverhandlungen festzulegenden Zeitraumes die Altersgrenze erreichen, werden abbaubare Besitzstandsregelungen vereinbart. Dabei ist die unterschiedliche eigene Beitragsleistung zu berücksichtigen.

Volksbefragung

Sammlung aller Kräfte gegen die Stationierung der Atomraketen



Im Herbst soll die Stationierung der NATO-Mittelstreckenraketen beginnen. Die Reaktion bereitet den Einsatz des gesamten staatlichen Unterdrückungsapparates vor und versucht offensichtlich, durch offene Konfrontation der Friedensbewegung Herr zu werden. Diese beginnt sich auf eine Kampagne für Volksbefragung gegen die neuen Atomraketen zu verständigen, um, wie der KB schreibt, die Mehrheit gegen die Raketen zum politischen Faktor zu machen.



Ausländergesetzgebung

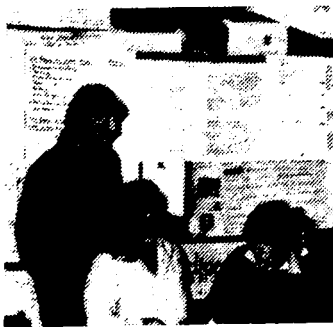
Zimmermann soll weitere Verbilligung der ausländischen Arbeitskräfte besorgen

„Die deutsche Wirtschaft braucht die Ausländer“, verbreiten die Kapitalisten, aber billiger sollen die türkischen, jugoslawischen, griechischen oder italienischen Arbeiter werden. Und so bereitet Zimmermann eine Verschärfung der Ausländergesetzgebung vor, die das gewährleisten soll. Der Familiennachzug soll künftig ganz verhindert, die Abschiebung alter und kran-

ker ausländischer Arbeiter die Regel werden und die ausländische Bevölkerung insgesamt unter der Peitsche ständiger Ausweisungsfahrer leben. Die von vielfältiger Hetze begleitete Ausländerpolitik der CDU/CSU-FDP-Regierung richtet sich gegen einen Teil der Arbeiterbevölkerung, der schwerste Arbeit für geringste Entlohnung verrichten muß und politisch entrechtet ist.

Bildungsurlaub

Albrecht will gewerkschaftliche Ausbildung weg haben



Das niedersächsische Bildungsurlaubsgesetz von 1974 hat es den Gewerkschaften ermöglicht, die Schulung ihrer Funktionäre über betriebliche oder allgemeinpolitische Themen im Rahmen des Bildungsurlaubs unter Fortzahlung des Lohnes und durch Bezuschussung aus Landesmitteln durchzuführen. Gegen dieses Recht auf gewerkschaftliche Bildung rich-

tet sich im Kern der neue Gesetzesentwurf der niedersächsischen CDU-Regierung. Das Verfahren, jede einzelne Veranstaltung vom Ministerium genehmigen zu lassen, eröffnet eine umfangreiche inhaltliche Kontrolle und führt zur Verunsicherung der Träger wie der Teilnehmer der Veranstaltungen. Der DGB plant Aktionen dagegen.

Grönland

Die Imperialisten wollen „Malwinen-Status“ durchsetzen

Die EG-Mitgliedstaaten hatten gegen den Beschluß der grönländischen Bevölkerung, aus der EG auszutreten, mit dem Vorschlag geantwortet, Grönland den Status eines „überseeischen Gebiets“ zu verpassen, Grönland als dänische Kolonie in der EG zu behalten. Dänemark warnt davor, „den Bogen gegenüber Grönland“ zu überspannen, weil die grönländische Regierung die Fischereigebiete für Fangschiffe aus EG-Staaten sperren will.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457